

Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien



ipw

23|2007

Liebe Leserinnen und Leser,

nach den Veränderungen in den 70ern des letzten Jahrhunderts stehen die österreichischen Hochschulen wieder einmal im Fokus eines Transformationsprozesses. Die gegenwärtige Transformation der Hochschulpolitik scheint sich jedoch eher der Leistungsorientierung denn einer kritischen Reflexion von „tertiärer Bildung“ verschrieben zu haben. Deshalb haben wir uns diesmal auch auf das Heftmotto **Hochschulpolitix** geeinigt – der Titel ist Programm – so spannen die Themen der aktuellen Ausgabe einen Bogen von Universitätstransformation in Österreich zu Hochschulpolitik auf europäischer Ebene. „Vernetzung der Studienlandschaft“ ist in diesem Kontext ein oft gebrauchter Begriff.

Diese Ausgabe entstand ebenfalls unter Einbindung des neu geschaffenen **Graduierenzentrums** an der Fakultät für Sozialwissenschaften, das sich zum Ziel gesetzt hat eine „offene Plattform“ für Doktoratsstudierende der Fakultät für Sozialwissenschaften zu sein.

Eine weitere Neuigkeit stellen in diesem Zusammenhang die **Dissertationsvorstellungen** dar: Sieben heterogene Dissertationsprojekte aus Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie werden hier vorgestellt.

Die Rubrik **Intern** befasst sich mit der Vorstellung zweier neuer Mitarbeiterinnen am ipw und dem Initiativkolleg „Vienna School of Governance“ das mit Herbst 2007 starten wird. **International** beschäftigt sich diese Ausgabe mit den Möglichkeiten für Studierende/JungwissenschaftlerInnen im Rahmen der ECPR und einer Studienreise nach Chile. Rezensiert wurden diesmal Erscheinungen zu Europavorstellungen in den Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens, Staatsformen als Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart und eine Überblicksdarstellung zu Staaten im arabischen Raum.

Mit dieser Ausgabe sind wir nun auch **online unter www.politix.at.vu** vertreten – Kommentare und Beiträge von UserInnen zum aktuellen Heft können hier jederzeit veröffentlicht werden.

Eine spannende und interessante Lektüre wünscht das Politix Redaktionsteam.

editorial

IMPRESSUM:

HerausgeberInnen dieser Ausgabe: Thomas Streitfellner und Meropi Tzanetakis, Institut für Politikwissenschaft (ipw)

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Ruth Kager, Luise Luksch, Stefan Marx, Julia Mourão Permoser, Martin Mittersteiner, Tina Olteanu, Thomas Streitfellner, Meropi Tzanetakis, Maximilian Wollner, Katharina Zahradnik, Gerti Zupanich

Kontakt: Birgit Sauer: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/ DW 47712, Fax: 0043/1/4277/ DW 9477, Mail: birgit.sauer@univie.ac.at

Covergrafik und Layout: Mittersteiner Martin (www.mcm.at.tt)

Herstellung: Institut für Politikwissenschaft (ipw), Auflage: 1000 Stück, Onlinepublikation unter <http://politikwissenschaft.univie.ac.at/>

Offenlegung gem. §25 MedienG.:

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

inhalt

Schwerpunktthema „Hochschulpolitix“

Eva Kreisky und Thomas König: <i>Neoliberale Universitätstransformation</i>	4
Gerda Marx: <i>Privatisierung der Universitäten – Freiheit oder Gängelung?</i>	7
Stefan Tacha: <i>Österreichische Bildungspolitik – Gut unterwegs in die falsche Richtung?</i> .	10
Elsa Hackl: <i>Studierendenmobilität und Quotenregelung</i>	12
Lukas Pokorny: <i>Modularisierung als Schwindel?</i>	16
Falk Reckling und Lucas Zinner: <i>Die Entwicklung des Doktoratsstudiums in den Sozialwissenschaften</i>	17
Ewa Agata Dziedzic: <i>Die Kandidatenmacher</i>	21
Gerti Zupanich: <i>Interview mit Barbara Blaha</i>	24
Julia Mourão Permoser: <i>„Training for First Time University Teachers“</i>	25
Julia Mourão Permoser und Paul Just: <i>Die „S1“ Stelle: Möglichkeiten und Grenzen der aktuellen Unipolitik für NachwuchswissenschaftlerInnen</i>	26

Graduiertenzentrum

Thomas König: <i>Das Graduiertenzentrum [GZ] an der Fakultät für Sozialwissenschaften</i>	28
Erik Tajalli: <i>Die Steuerungsgruppe des Graduiertenzentrums</i>	31
Thomas König: <i>Forschungsseminar „Sozialwissenschaftliche Denkmuster“</i>	33

Dissertationsvorstellungen

Ani Demecioglu: <i>Istanbul Armenian Community’s Reflection on and Response to the Armenian Genocide</i>	34
Alexandra Kofler: <i>Erzählte Identität(en). Identitätskonstruktionen in Narrativen der Liebe</i>	36
Priska Lautner: <i>JungakademikerInnen in prekären Arbeitssituationen unter besonderer Berücksichtigung von Soziologie-AbsolventInnen</i>	38
Silvia Nadjivan: <i>Wohl geplante Spontaneität. Der Sturz des Milosevic-Regimes 2000 als inszenierte Massendemonstration in Serbien</i>	39
Michaela Reischitz: <i>Demokratie in der Schule: Gelebte Schulautonomie auf Ebene der Kinder?</i>	41
Thomas Schmidinger: <i>Staatsschwächung und Warlordisierung an den Beispielen Sudan, Irak und Kosovo</i>	42
Meropi Tzanetakis: <i>Ein neoliberales Drogenbusiness?</i>	44

Intern / International

Luise Luksch: <i>Gundula Ludwig</i>	46
Tina Olteanu: <i>Stefanie Wöhl</i>	48
Josef Melchior: <i>Initiativkolleg ‚Vienna School of Governance‘</i>	49
Basisgruppe Politikwissenschaft: <i>Von LeistungsträgerInnen und Elfenbeintürmen</i>	50
Julia Mourão Permoser: <i>ECPR – Möglichkeiten für JungwissenschaftlerInnen</i>	53
Tanja Trost und Maximilian Eichinger: <i>Chile, All Ways Surprising</i>	54

Rezensionen

Matthias Falter: <i>Anspruch und Wirklichkeit</i>	56
Stefan Marx: <i>Europa – verflucht begehrt</i>	57
Maximilian Wollner: <i>Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart</i>	58
Maximilian Wollner: <i>Die arabischen Staaten. Geschichte, Politik, Religion, Gesellschaft und Wirtschaft</i>	60

in Kooperation
mit dem



**GRADUIERTEN
ZENTRUM SOWI**

Neoliberale Universitätstransformation*

von Eva Kreisky und Thomas König

Die Prozesse, die rund um die StudentInnenbewegung der ausgehenden 1960er Jahre angestoßen worden waren, Demokratisierung von Bildung, Ausweitung und entprivilegierende Umgestaltung des Universitätssystems sowie inhaltliche Veränderung von Wissenschaft, wurden im Verlauf der 1990er Jahre wieder umgedreht: Bildung wurde stetig auf Ausbildung reduziert und Praxisrelevanz wurde zu ökonomie- und gesellschaftskonformer Verwertbarkeit von Wissen umgedeutet. Die ohnehin bloß nachholende Etablierung der Sozialwissenschaften kam von neuem ins Stocken und das deliberative Klima an den Universitäten wurde erheblich gedämpft.

Spätestens seit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahre 1995 sind fundamentale, entdemokratisierende Umbauten der Universitätsstrukturen sowie Demontagen der seit den 1970er Jahren einigermaßen auf soziale Gerechtigkeit orientierten Studienbedingungen im Gange. Gewiss war auch von der Großen Koalition in der Legislaturperiode vor dem EU-Beitritt neoliberal vorgedacht worden. Zunächst gab es aber noch Hemmungen, das demokratie- und sozialorientierte Reformwerk der 1970er Jahre zunichte zu machen. Auch das Element der Frauenförderung wurde nicht gleich zur Gänze destruiert, aber Stück für Stück auf den EU-Standard des Gender Mainstreaming reduziert, als ihm die – aus Sicht der männlichen Universitätsgranden geradezu unverschämte – (frauen)politische Spitze genommen wurde. Das neoliberale Propädeutikum der Großen Koalition erhielt schließlich in einigen Aspekten durch den EU-Beitritt weitere Schubkraft. Zunehmend kam der Beratungstätigkeit wachsende Bedeutung zu – was sich wieder auf die Gestaltung der Universitäten als unternehmensgeführte Organisationen auswirkte (1).

Vom Sonderweg zur Normalisierung

Österreichs wissenschaftlicher und universitärer Sonderweg mit viel Schatten und wenigen ambitionierten Ansätzen sollte nun tatsächlich der Vergangenheit angehören. Mit der EU-Integration schien es nur noch von außen kommender Sachzwang, der mit der Entmachtung der Selbstverwaltungsgremien das Ende der Gruppenuniversität und mit partieller Privatisierung

der Studienkosten (»Studiengebühren«) die Beschleunigung universitärer Ausbildung erzwang. 1996 gab es noch eine breite und heftige Protestwelle, an der sich im Großen und Ganzen alle universitären Kurien beteiligten. Die (professoralen) Gegner des demokratischen Universitätsmodells nach dem Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975 hielten sich bedeckt. Die Dynamik der Entmachtung der Gruppenuniversität wurde vom Wissenschaftsministerium ausgelöst. Zudem waren es Wirtschafts- und Unternehmerverbände sowie konservative parlamentarische Kräfte, die politisch Rückendeckung gaben.

Die politische Verheißung universitärer »Autonomie« in mittlerer Reichweite spaltete die Kurie der Professoren. Manche von ihnen verspürten die »gute alte Ordinarienuniversität« neuerlich in Griffweite. Von sozialer Entmachtung der Studierenden und des Mittelbaus erwarteten sie eine Restauration ihrer historischen Machtfülle. Dass auch sie vom neuen Herrschaftssystem des »divide et impera« negativ betroffen werden könnten, überstieg ihre Phantasien. Tatsächlich sollte dieses Herrschaftsprinzip aber auch die soziale Gruppe der Professoren in verschärfte Konkurrenz treiben.

Rasant vollendet wurde der Umbau zur Neo-Universität schließlich mit dem massiven Rückenwind aus der 2000 neu gewonnenen »schwarz-blauen« Allmacht (2). Organisiert wie ein Unternehmen, sichert die Konzentration der Führungsfunktionen und Machtbefugnisse in der Person des Rektors (und der Dekane als seine »Abteilungsleiter«) den autoritären Durchgriff. Der Universitätsrat als Aufsichtsrat, weitestgehend durch wissenschaftsfremde und wirtschaftsnahe Personen besetzt, kann den Rektor ein wenig irritieren, er wird aber seine Alleingänge – sofern er es überhaupt möchte – nicht wirklich einbremsen. Insgesamt gehören die Angehörigen des Universitätsrats der eingeschworenen Gläubigergemeinde neoliberalen Umbaus an, auch sie halten in aller Regel reichlich wenig von demokratischer und sozialer Bändigung der »freien Marktkräfte«. In Folge punktueller Deregulierung, Ökonomisierung und Monetarisierung sind soziale Spaltung und Individualisierung

zung der Universitätsangehörigen gelungen.

Die heftigsten Einschnitte hatte es zunächst (nicht zufällig) für die Studierenden gegeben. Die Zeit ab 1995 liest sich wie ein durchgehendes Abschaffen verschiedener Freibeträge und sozialer Begünstigungen, bis 2001 die Studienkosten teilprivatisiert wurden (Einführung von Studiengebühren). Auch hier kokettierte ein Teil der Professoren mit dieser ministeriellen Politik, da sie sich von dieser Maßnahme eine Lösung der chronisch unterdotierten Universitäten erhofften. Aber erst mit ihrer »Autonomisierung« kamen die Universitäten 2004 überhaupt in den Genuss der (seit 2001 eingeführten) Studiengebühren. Die nach studentischen Köpfen größten Studienrichtungen, die das Gros der Studiengebühren »ein spielten«, konnten auch davon freilich kaum Nutzen ziehen. Das Konzept der Teilprivatisierung der Studienkosten erwies sich als ein geschickt angelegtes Umverteilungsprojekt von den Habenichtsen des (massen-)universitären Systems zu anlagenintensiven, aber relativ wenig durch Überlast an Studierenden geplagten Studien- und Wissenschaftsbereichen. Kein Wunder auch, dass gerade von hier aus der nächste Schritt der Forderung nach Exzellenzzentren wie Elitenuniversitäten erfolgen sollte.

Das Ende der Gruppenuniversität

Wie zuvor erwähnt, reichen die neoliberalen Gehversuche der Politik in die Prä-EU-Zeit zurück. Schon in der ersten Hälfte der 1990er Jahre war am Gebäude der Gruppenuniversität gesägt worden, indem – nach einem gewiss nicht unwillkommenen Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs – die Rechte der Studierenden in Habilitations- und Berufungskommissionen beschnitten, der Status der Professoren und Habilitierten dagegen schrittweise aufgewertet wurde. Letztere sollten in jeder Kommission die Mehrheit stellen. Damit wurde erstmals die Drittelparität ausgehebelt. Mit dem UOG 1993 wurden weitere Stützpfeiler der Gruppenuniversität entsorgt und die Transformation zur monokratischen Struktur konsequent fortgeführt, bis schließlich das Universitätsgesetz (UG) 2002 die angebliche Autonomie der Universitäten, aber jedenfalls die monokratische Macht und Omnipotenz den Rektoren und (ein bisschen davon) den Dekanen bescherte (3).

Die Universität gilt auch den Apologeten ihrer neoliberalen Reform in Österreich als wichtigster Ort, an dem Wissenschaftsvermittlung und wissenschaftliche Forschung stattfinden

(4).

Die »Baustelle Universität« in Österreich unterscheidet sich seit zehn Jahren nicht mehr maßgeblich von anderen europäischen Ländern, im Gegenteil: Österreich gilt nunmehr im deutschsprachigen Raum geradezu als erfolgreiche Vorhut neoliberaler Universitätstransformation. Die wichtigsten Elemente der Reform sind hinlänglich bekannt: Autonomie, Ökonomisierung, Lehre als Dienstleistung und Stimulierung des Konkurrenzprinzips durch »Drittmittelforschung«. Allenfalls wäre hinzuzufügen, dass auch diese Entwicklung in Österreich anfangs langsamer von statten ging als in so manchen anderen Ländern: Dies macht die Paradoxie sichtbar, wonach Österreich länger brauchte, um demokratische Universitätsreformen (insbesondere die Mitbestimmung der Studierenden und AssistentInnen) umzusetzen, dass diese hierzulande aber auch länger hielten als in allen anderen europäischen Ländern. Mittlerweile hat die Entwicklung mit dem UG 2002 und seinen radikalen Einschnitten aber Gleichschritt mit anderen Ländern gefunden. Dennoch sind zwei Bereiche der mit dem UG 2002 verknüpften jüngsten Wissenschaftspolitik hervorzuheben. Zum einen betrifft dies den Komplex der Hochschullehre, zum anderen den der Forschung.

Mit dem Übergang zur Bologna-Architektur werden die insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren erkämpften Moratorien und Spielräume für persönliche Entfaltung der Studierenden und Einübung in kritisches Denken erheblich eingeschränkt. Beschleunigung der Studien, nicht aber produktives Verweilen in kritischer Reflexion ist nun zunehmend angesagt. Studieren wird verstärkt mit intellektuell karger Berufsausbildung kurzgeschlossen. Das dem Namen »Universität« zugrunde liegende wissenschaftliche Versprechen, das eigentlich auch persönliche intellektuelle Entwicklung einschließen sollte, wird nun als überkommen entsorgt. Das Ideal der Neo-Universität sind Lehrmaschinen, die den »Kunden« zu Diensten sind. Das wissenschaftliche Erlebnis und der soziale Ort Universität werden unter dem Vorwand angeblicher Professionalisierung uniformiert und banalisiert.

Die BAs halten in Hinkunft ein wenig akademisches Brot für die lokalen »Massen« bereit. Die MAs und PhDs dagegen werden (monetär und sozial) veredelt und wenigen »Eliten« als wissenschaftliche Kuchen serviert. Diese werden es auch sein, die als „fahrende Scholaren“ den Duft der internationalen, eigentlich vor allem angelsächsischen akademischen Welt zu spüren bekommen werden. Vielfälti-

ge Zugangsbeschränkungen zum universitären Wissen werden in Hinkunft die Produktion (männlich dominierter) »globaler neoliberaler Führungskader« regeln (5). Der Ruf nach »internationaler studentischer Mobilität« wird vollends »unter dem Aspekt der kontrollierbaren Elitenbildung für künftige Einflusszonen und Wirtschaftsräume« stehen (vgl. die »neue Weltordnung«, die es mit dem Wort Sir Karl Poppers wieder »wohl zu bemannen« gilt) (6).

Zugleich kommt es auch zu einer disziplinären Verschiebung der sozialen wie monetären Bewertungen innerhalb der Universität: Natur- und Technikwissenschaften werden als wichtige Träger der »Wissensgesellschaft« erachtet und vergleichsweise üppig gefördert (das Projekt »Eliteuniversität«, Einrichtung und Ausstattung zahlreicher Forschungs- und Kompetenzzentren usw.). Die bislang ohnehin recht schlecht dotierten Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften dagegen werden gerne als »ideologische« Wissenschaften diskreditiert, wo doch nur noch die Ideologie der Marktprinzipien und des in die eigene Person investierenden Arbeitskraft-Unternehmers tolerierbar scheinen. Gesellschaftsutopische Denkpraxen sind wenig akzeptabel. Was aktuell zählt, sind »warenförmiges Wissen« und Fitmachen für den lebensweltlichen Kampf der Individuen (7). Die Neo-Universität selektiert also nicht nur in sozialer oder geschlechtlicher, sondern vor allem auch in ideologischer Hinsicht.

* Dieser Text entstammt einem Beitrag von Eva Kreisky und Thomas König für den Sammelband: Oliver Brüchert, Alexander Wagner (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen, Marburg, BdWi- Verlag, 2007.

Eva Kreisky

Professorin am ipw und Vizedekanin der Fakultät für Sozialwissenschaften

Thomas König

Wissenschaftlicher Assistent am Graduiertenzentrum der Fakultät für Sozialwissenschaften, schreibt seine Dissertation in Politikwissenschaft über die Uni Wien in den 1950er Jahren.

Fußnoten:

(1) Pasternack, Peer (2004): Hochschulen zwischen Überumpelung und Coaching, in: Werner Rügemer (Hg.), Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft. Bielefeld, 121-129.

Gubitzer, Luise (2005): Wir zahlen, wir fordern: Kundenschaft StudentInnen. Zur Ökonomisierung von Bildung, in: Paulo Freire Zentrum/Österreichische HochschülerInnenschaft (Hg.): Ökonomisierung der Bildung. Tendenzen, Strategieen, Alternativen. Wien, 27-52.

(2) Sandner, Günther (2006): Paradigmenwechsel? Hochschulpolitik seit dem Jahr 2000, in: Emmerich Talos (Hg.), Schwarz-Blau. Eine Bilanz des »Neu-Regierens«, Wien, 279-294.

(3) Ebd.

(4) Fischmeister, Hellmut F. (2003): Studieren, Lehren, Forschen – in Freiheit, in: Stefan Titscher, Sigurd Höllinger (Hg.), Hochschulreform in Europa – konkret. Österreichs Universitäten vom Gesetz zur Realität, Opladen, 57-76.

(5) Gubitzer, Luise (2005: 28), siehe Anm. 1.

(6) Bultmann, Torsten (2005): Zur aktuellen Transformation der Wissenssysteme, in : Christina Kaindl (Hg.), Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Eine Einführung in Wissenschafts-, Ideologie- und Gesellschaftskritik, Marburg, 11-16, hier S. 13.

(7) Resch, Christine (2005): Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise, Münster, 36.

Bennhold, Martin (2002): Die Bertelsmann-Stiftung, das CHE und die Hochschulreform: Politik der Reformen als Politik der Unterwerfung, in: Ingrid Lohmann, Rainer Rilling (Hg.), Die verkaufte Bildung – Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft, Opladen, 279-299.

Privatisierung der Universitäten – Freiheit oder Gängelung?

von Gerda Marx

„Organisation ist der Versuch, die Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten durch Regeln und andere Fest-Legungen einzuschränken“ (1)

Mit dem Universitätsgesetz 2002 (UG 2002, BGBl I 2002/120) erfolgte eine völlige Neugestaltung der österreichischen Universitätslandschaft. Das bisherige System der staatlichen Regulierung und akademischen Selbstverwaltung wurde dem Konzept des New Public Managements folgend neu gestaltet. Die Universitäten wurden aus der staatlichen Verwaltung ausgegliedert und als juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Vollrechtsfähigkeit versehen. Die damit verbundenen wichtigsten Maßnahmen brachten die Einführung eines Globalbudgets und Autonomie in Personal-, Budget- und Organisationsangelegenheiten. Oberste Organe sind der Universitätsrat und der Senat, das Rektorat sowie der/die RektorIn als einpersonale Führungsspitze. Das Prinzip der „starken“ Führung wird auch auf Fakultäts- bzw. Zentrumsebene beibehalten. Diese wird durch eine/n DekanIn, die sich etwa im Bereich der Universität Wien aus dem Kreis der Habilitierten rekrutiert, wahrgenommen.

Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten ist trotz der viel zitierten Deregulierung, Privatisierung und Autonomie wesentlich bestimmt durch gesetzliche vorgegebene Ziele (§ 1 UG 2002) und leitende Grundsätze (§ 2 UG 2002), sowie Aufgaben und Geltungsbereiche (§ 3 UG 2002). Dem Bund kommt eine Rechtsaufsicht über die Universitäten zu (§ 9 UG 2002). Auch die fachlichen Bereiche, in denen die einzelnen Universitäten tätig werden, sind gesetzlich festgelegt. Änderungen, etwa die Einführung eines neuen Studienfaches, kann durch eine Universität nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister herbeigeführt werden, während einer Universität die Einführung eines neuen Faches hoheitlich verordnet werden kann, sollte dies die Regierung oder der Minister wünschen.

Kontraktmanagement als Steuerungssystem

An die Stelle staatlicher Regulierung trat nach dem Konzept des UG 2002 die „Verhaltenssteuerung durch Vereinbarungen“. Dieses

Management by Objectives (MbO) ist eine Methode eines betriebswirtschaftlichen Steuerungskonzepts. Von der traditionellen input-orientierten Detailsteuerung möchte man mit dieser Methode zur leistungs- bzw. output- und outcome-orientierten Regelung kommen. Leistungsvereinbarungen zwischen der Universität und dem Bund, Zielvereinbarungen innerhalb der universitären Hierarchie als Mittel der Verhaltenssteuerung.

Leistungsvereinbarung als neues Finanzierungsmodell

Umgesetzt wird das betriebswirtschaftliche Konzept des MbO im Budgetbereich durch die Leistungsvereinbarung (§ 13 UG 2002) zwischen der jeweiligen Universität und dem Bund in Form eines öffentlich-rechtlichen „Vertrages“, der jeweils für drei Jahre abzuschließen ist. Ein Vertrag kommt durch die Willenseinigung (mindestens) zweier Personen zustande (§ 861 ABGB). Dies setzt im Wesentlichen die Parität der Vertragsparteien voraus. Ob dies im gegebenen Zusammenhang vorauszusetzen ist, bleibt dahin gestellt (2). Gleiche Augenhöhe kann mit rechtlichen Mitteln kaum hergestellt werden, sodass man die Semantik der „Vereinbarung“ entsprechend anpassen muss. Seit einer Aufhebung der früheren Regelung durch den VfGH (VfSlg 17.100) besteht im Falle der Nichteinigung die Möglichkeit der Anrufung einer Schlichtungskommission (§ 13a UG 2002).

Die Universitäten erhalten jeweils ein Globalbudget, das für drei Jahre im Voraus festgelegt ist und sich aus dem jeweiligen Grundbudget und dem formelgebundenen Budget zusammensetzt.

Zielvereinbarungen

Das auf Ebene der Leistungsvereinbarung festgelegte Globalbudget und der von jeder Universität autonom festgelegte Entwicklungsplan werden in drei Stufen umgesetzt. Auf der ersten Ebene schließt der Universitätsrat mit dem/der RektorIn eine Zielvereinbarung, die den Arbeitsvertrag des/der RektorIn und die Ausübung ihrer Funktion konkretisieren soll. Weiters schließt das Rektorat mit den LeiterInnen der Organisationseinheiten eine Zielver-

einbarung, in der den jeweiligen LeiterInnen Ressourcen zugewiesen und im Rahmen des Entwicklungsplanes die Erfüllung bestimmter Aufgaben zugewiesen werden. Die dritte Ebene betreffen Zielvereinbarungen zwischen den jeweiligen OrganisationsleiterInnen und den Angehörigen der Organisationseinheit, die jeweils mit jedem einzelnen Angehörigen als individuelle Vereinbarung zu schließen ist. Diese Zielvereinbarung ist „über die Leistungen in Forschung oder Entwicklung und Erschließung der Künste sowie in der Lehre abzuschließen, die von diesen Angehörigen zu erbringen sind. Dabei ist auf die Freiheit der Wissenschaft und der Künste und auf einen entsprechenden Freiraum der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Künstlerinnen und Künstler in der Forschung oder bei der Entwicklung und Erschließung der Künste sowie in der Lehre Bedacht zu nehmen.“ Diese Zielvereinbarungen werden an der Universität Wien nun mit dem „Jahresgespräch“ verknüpft. Ab dem Jahr 2007 ist die Abhaltung dieser Jahresgespräche zwischen der Führungskraft und dem/der MitarbeiterIn verpflichtend vorgeschrieben. Eine Nichtbeachtung stellt eine Verletzung der Dienstpflicht dar.

In der Vereinbarung zum Jahresgespräch sind die in Lehre und Forschung zu erfüllenden Aufgaben, der Beitrag des/der MitarbeiterIn, die Erfolgskriterien zur Zielerreichung und der zeitliche Rahmen festzulegen.

Am Ende des Geltungszeitraums der Zielvereinbarung hat jede Subeinheit einen Bericht über die Zielerreichung an den/die LeiterIn der Organisationseinheit und ein allfälliges Scientific Advisory Board der Organisationseinheit weiterzuleiten. Welche Konsequenzen eine mangelnde Erfüllung der Zielvereinbarung nach sich ziehen, ist rechtlich derzeit nicht zu beantworten, da der Rechtscharakter der Zielvereinbarung unklar ist (3).

Leistungsbericht und Wissensbilanz

Bis zum 30. April jeden Jahres hat die Universität dem/der BundesministerIn einen Leistungsbericht sowie eine Wissensbilanz vorzulegen (§§ 13 Abs 5 und 6 UG 2002).

Das UG 2002 enthält keine Definition des Begriffs „Wissensbilanz“. In den erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage zum UG 2002 (1134 BlgNR 21 GP) wird festgehalten: „Mit einer Wissensbilanz legt die Universität eine Bestandsaufnahme des zur Zeit in der Organisation verfügbaren Wissens vor, das für die Forschungs-, Lehr-, Lern-, Weiterbildungs- und Verwaltungsprozesse wichtig ist und auf das zugegriffen werden kann. Die Wissens-

bilanz soll den Universitäten vor dem Hintergrund politischer und selbst definierter Ziele als Instrument zur ganzheitlichen Darstellung, Bewertung und Kommunikation von immateriellen Vermögen, Leistungsprozessen und deren Wirkungen dienen.“

Die Wissensbilanz ist eng mit dem Thema „Finanzierung“ und „Leistungsvereinbarung“ verknüpft. Von den 53 obligatorischen Wissensbilanz-Kennzahlen werden neun Kennzahlen herangezogen, um die elf Indikatoren für das Formelbudget zu berechnen. Das Formelbudget beträgt 20% des Gesamtbudgets.

Qualitätsverbesserung

„Die Hochschulausbildung ist ein „Vertrauensgut“ (credence good). Selbst nach der Konsumation kann der Verbraucher dieses Gutes die Qualität noch nicht zuverlässig einschätzen (4).

Im Entwicklungsplan der Universität Wien werden Qualitätssicherung und die Verbesserung der Qualität der Lehre und Forschung betont. Das Bewusstsein für die internationalen Maßstäbe soll stärker ausgeweitet werden. Geplant sind Maßnahmen zur Qualitätssicherung wie Evaluation, Bewertung, Zielvereinbarung, Würdigung besonderer Leistungen in Forschung und Lehre, Beratung durch die Scientific Advisory Boards, ProfessorInnenberufung als spezifisches Element der Qualitätssicherung und Etablierung von Standards. Eine der genannten Maßnahmen bildet die kontinuierliche Durchführung von Informed Peer Reviews von Forschung, Lehre und Verwaltung.

Mögliche Fehlentwicklungen

Forschungsergebnisse schlagen sich in Publikationen – in unterschiedlichen Medien (Zeitschriften, Monografien) – nieder. Die unterschiedlichen Arten der Veröffentlichungen werden auch unterschiedlich gewichtet werden. Dem Trend folgend werden zunehmend die führenden amerikanischen Zeitschriften höher gewichtet. Diese führenden Zeitschriften bestimmen also die Standards (5). Diese Standards stimmen aber häufig nicht mit denen überein, die in der europäischen Forschungstradition herausgebildet wurden. Dies könnte über einen langen Zeitraum zu einem Verlust der europäischen Standards führen.

Die Gewichtung der Publikationen kann weiters auch, bei fehlenden Aussteuerungen, zu einem wissenschaftlichen Konservatismus führen, da Forscher über die Evaluation gezwungen

sind, entsprechend dem Mainstream, sprich den von den Herausgebern der Zeitschriften akzeptierten Paradigmen, zu forschen. Möglicherweise entsteht auch ein Trend, Forschungsergebnisse auf so viele Aufsätze wie möglich zu verteilen, um die entsprechende Anzahl an Publikationen nachzuweisen. Diese Umorientierungen konnten in Großbritannien bei Forschern beobachtet werden. Sie werden dort unter dem Stichwort „McUniversity“ diskutiert (6).

Obwohl die Universitäten seit 2004 privatisiert sind wurde eben erst ein Karrieremodell für Jungwissenschaftler gefunden. Auch steht den steigenden Studentenzahlen keine entsprechende finanzielle Dotierung bzw. Anpassung im Personalbereich gegenüber. Auch fehlt es an ausreichenden finanziellen Mitteln, um an fachspezifischen Veranstaltungen der Scientific Community teilzunehmen. Die Finanzierung der Teilnahme am wissenschaftlichen Diskurs oder an fachlichen Weiterbildungsmaßnahmen obliegt im Wesentlichen der Organisation und der Finanzierung des Einzelnen.

Schlussfolgerung

Die wesentlichen Entscheidungen in Organisations-, Personal- und Budgetangelegenheiten werden nun den Universitäten zugewiesen. Hat die Politik für diesen Einflussverlust ein funktionales Äquivalent für den Abschied von der operativen Ebene gefunden (7)? Die Politik nimmt eine strategische Steuerung über Ziele und den Aufbau eines Controllings vor. Die Universitäten leisten. Steuerung und Leistung werden verknüpft durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Damit erfolgt eine Hineinverlagerung der politischen Konflikte in die Universitäten. Eine politisch zu verantwortende Steuerung findet nicht statt.

Die bei Umsetzung der Universitätsprivatisierung verwendeten Steuerungselemente kommen aus der Betriebswirtschaftslehre. Ob diese Instrumente zu Effizienz- und Qualitätssteigerungen führen werden, bleibt abzuwarten. Es sind aber schon im Hinblick darauf, dass auch Leistungen der Universität erbracht werden, bei denen der Wettbewerbsmechanismus des Marktes nicht wirksam wird, Zweifel angebracht.

Die begleitenden Schlagworte der Universitätsreform wie „Erhöhung des Konkurrenzdruckes“, „Verstärkung der Konkurrenz zwischen den Universitäten“, „Verstärkung des interuniversitären Wettbewerbs“, „Reduzierung einer zunehmenden Verrechtlichung und

Bürokratisierung der staatlichen Steuerung der Universitäten“ klingen forsch, modern und professionell. Ob dies eine Steigerung der Qualität in Lehre und Forschung bringen kann, erscheint fraglich.

Gerda Marx

Universitätsassistentin am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien

Fußnoten:

- (1) Richard Weiskopf (2004): Management, Organisation und die Gespenster der Gerechtigkeit, in: Schreyögg/Conrad: Managementforschung, S. 14
- (2) Funk (2002): Das Universitätsrecht als Grundlage für ein effektives und effizientes Universitätsmanagement, in: Schnedl/Ulrich (Hrsg.): Hochschulrecht. Hochschulmanagement. Hochschulpolitik, S. 31
- (3) Kucsco-Stadlmayer (2006): Zielvereinbarungen im Dienst- und Arbeitsrecht, zfhr, S. 6
- (4) Kieser (2000): Alternative Organisationsmodelle autonomer Universitäten, in: Titscher/Winckler u.a. (Hrsg.): Universitäten im Wettbewerb, S. 234
- (5) wie Anm. 4
- (6) wie Anm. 4, sowie Parker/Jary (1995): The McUniversity - Organization, Management and Academic Subjectivity, Organization 2, S. 319-338 und Willmott (1995): Managing the Academics: Commodification and Control in the Development of University Education in the U.K., Human Relations 48, S. 993-1027
- (7) Zechlin (2002): Die österreichische Politik verabschiedet sich von der strategischen Steuerung ihrer Universitäten, zfhr, S. 139
- (allgemein) Schimank (2002): Förderinitiative des BMBF: Science Policy Studies. Expertise zum Thema: Neue Steuerungssysteme an den Hochschulen, http://www.fernuni-hagen.de/SOZ/weiteres/preprints/BMBF_Studie.pdf

Österreichische Bildungspolitik

- Gut unterwegs in die falsche Richtung?

von Stefan Tacha

In den letzten Jahren haben wir massive Veränderungen in der österreichischen Hochschulstruktur erlebt. Während Manches, wie die Einführung des dreigliedrigen Studiensystems, schleichend und mehr oder weniger unbemerkt vor sich ging und geht, schaffen es andere „Innovationen“ des Wissenschaftsministeriums, wie die Manipulation der ÖH-Wahlen, in den Mittelpunkt des Medieninteresses und somit in den öffentlichen Diskurs. Doch Eines scheint sie alle zu vereinen: Nämlich ihr scheinbarer Ursprung in internationalen Zwängen, zumindest wenn man den jeweils Verantwortlichen Glauben schenken will.

Vom europäischen Hochschulgedanken zur EU-Wissenschaftspolitik

Im Frühjahr 1998 unterzeichneten die dafür zuständigen HochschulministerInnen der Staaten Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland, anlässlich des 800-jährigen Bestehens der Pariser Sorbonne Universität, die „Joint Declaration on Harmonisation of the Architecture of the European Higher Education System“ (nachlesbar unter www.bologna-berlin2003.de/en/main_documents/). Ziel war es, ein europäisches Hochschulsystem mit vergleichbaren Abläufen in allen Mitgliedsstaaten zu schaffen und somit die bisher geringe Mobilität von StudentInnen und WissenschaftlerInnen zu erhöhen.

Ein Jahr später wurde daraus das, was wir heute als Bologna Prozess kennen. Die Ergänzungen der mittlerweile 29 teilnehmenden Staaten zeigen bereits sehr deutlich, welcher Weg hier eingeschlagen werden soll. Aufgabe des zu schaffenden Hochschulraumes ist demnach, hauptsächlich die internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie die globale Attraktivität der europäischen Hochschulen zu verbessern. Spätestens bei der Tagung des Europarats 2000 in Lissabon wurde die Disziplin festgelegt, in welcher die Universitäten sich von nun an messen sollten: die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. In den letzten Jahren haben wir immer wieder Vorstöße jener Menschen erlebt, welchen lediglich der erste Teil dieser Definition am

Herzen liegt. Die nennenswertesten Beispiele in diesem Bereich dürften das General Agreement on Trades in Services der World Trade Organisation sowie die Bolkenstein-Richtlinien der Europäischen Union sein, in deren Verhandlungsrunden immer wieder versucht wurde, unter vielen Anderen, auch den Bildungssektor zu privatisieren.

Voreilender Gehorsam oder eine Verkettung unglücklicher Zufälle?

Mit der Einführung der Studiengebühren wurde in Österreich nicht nur eine zusätzliche Hürde für StudentInnen aus sozial schwächeren Familien eingeführt, sondern auch eine wichtige bildungspolitische Entscheidung getroffen. Die StudentInnen werden ab diesem Zeitpunkt nicht mehr als Mitglieder der Universität, sondern bloß als deren KundInnen verstanden. Unter dem Deckmantel der Autonomie bekam auch die Einrichtung Universität selbst im Rahmen des Universitätsgesetz 2002 und dem daraus resultierenden Organisationsplan eine unternehmensähnliche Struktur. Ein Großteil der demokratischen Entscheidungsgremien wurde durch dem Rektorat weisungsgebundene, monokratische Organe ersetzt, den verbliebenen Organen hingegen praktisch jegliche Entscheidungskompetenz genommen. Dem Rektorat selbst wurde der Unirat, ein Kontroll- und Entscheidungsgremium ähnlich einem Aufsichtsrat, zur Seite gestellt, welcher mehrheitlich vom Ministerium beschiedt wird. Um sicher zu gehen, dass die Universitäten trotz all dieser Verbesserungen, ihr Ziel international wettbewerbsfähig und attraktiv zu sein nicht verfehlen, werden sie vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur mittels eigener Verträge dazu verpflichtet. Sollte sich eine Universität weigern diese so genannten Leistungsvereinbarungen zu unterzeichnen oder es nicht schaffen die darin festgehaltenen Leistungen zu erfüllen wird das bereits zu geringe Budget weiter gekürzt.

Is there no alternative?

Der hier eingeschlagene Weg und die dahinter stehenden Motive haben sich inzwischen dermaßen zum Mainstream entwickelt, dass sich im öffentlichen Diskurs, falls überhaupt, nur noch die Frage stellt ob wir es auf diese Art und Weise schaffen, unser Ziel der internati-

onalen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität zu erreichen. Natürlich könnte man jetzt anmerken dass der Sparwahn die Elitenwünsche ad absurdum führt, aber vermutlich wäre es viel wichtiger sich darüber Gedanken zu machen ob wir nicht bereits bei der Prioritätenreihung eine andere Grundeinstellung vertreten. Dieser Schritt zurück für einen Blick aus der Metaebene eröffnet viele Alternativen.

Es war einmal in einem Land in dem sich die Menschen anders entschieden haben...

Natürlich können auch wir hier nur wenige Phantasiegeschichten über ein mögliches Bildungssystem anschneiden, viele Weitere gilt es noch da draußen in Diskussion mit Anderen zu finden. Doch wie könnte es nun aussehen, ein alternatives Selbstverständnis von Bildung?

Was wäre wenn die Abfederung der sozialen Selektionsmechanismen eine unserer Prioritäten wäre? Aufgabe der Schule wäre es, von Beginn an die Kinder nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten ausgleichend zu fördern und sie für Wissen zu faszinieren, anstatt sie unter einer Gauß'schen Glockenkurve Normal zu verteilen. Eine Bildungsbiografie in der jeder und jedem der Erwerb sowohl praktischer wie auch wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Fähigkeiten ermöglicht wird und die im Normalfall für alle mit einem Universitätsstudium endet.

Zugegeben, für alle die jetzt kritisieren, es gäbe doch nicht so viele AkademikerInnenarbeitsplätze, sie haben recht. Genauso wie diejenigen, die anmerken dass viele wichtige Berufe wie Mechanikerin oder Kellner keiner 16-jährigen Ausbildung bedürfen. Gerade diese Analyse zeigt aber auch, dass selbst heutzutage Ausbildung nur ein Teil von Bildung ist. Man stelle sich nur vor, Menschen würden nur noch jenes Wissen bekommen, welches sie für ihren späteren Beruf benötigen. Wer würde dann noch etwas über den Nationalsozialismus oder gar die Philosophie lernen. Das würde eine Menge Zeit und Geld sparen. Doch eine Bevölkerung aus Menschen denen es möglich ist, über ihren Tellerrand hinweg politische Zusammenhänge zu erkennen und sich für gesellschaftliche Verbesserungen zu engagieren, anstatt mit Hilfe des Alkohols ihrer frustrierenden Lebensrealität zu entfliehen, auch das könnte – zumindest in einem der reichsten Länder der Welt – Grundanliegen eines Bildungssystems sein.

StudentInnen, die ihre Studienwahl aus Interesse und nicht aus Angst vor dem Arbeitsmarkt trafen, könnten außerdem zu weniger Studienabbrüchen führen, vielleicht sogar

die Studienmotivation und somit die wissenschaftliche Qualität steigern. Die Entkopplung von Studium und darauf folgender Berufstätigkeit schafft auch erst die Möglichkeit, für Menschen der älteren Generation, sich einem Studium zu widmen und bietet der gesamten Universität die Chance deren Wissen und Lebenserfahrung zu nutzen. Vorausgesetzt natürlich, die Universität versteht sich nicht mehr als Dienstleistungsbetrieb, sondern als Raum für Mitglieder verschiedenster wissenschaftlicher Disziplinen, als Ort für Austausch und Diskurs, an dem die aktive Teilnahme aller Beteiligten erwünscht ist.

Das bedeutet vor allem auch, die StudentInnen nicht mehr länger als KundInnen, sondern endlich wieder als Mitglieder der Hochschulen zu verstehen. Die Abschaffung der Studiengebühren drängt sich allein deswegen schon auf, von den sozialen Auswirkungen gar nicht zu reden. Aus mehreren Gründen wäre es sogar sinnvoll, eine ausreichende finanzielle Unterstützung zu erwägen. Mehr als 80% der StudentInnen sind momentan berufstätig und laufen somit Gefahr, unnötig in ihrem Studienfortschritt behindert zu werden und sich nur halbherzig auf ihre wissenschaftliche Arbeit konzentrieren zu können. Beachtenswert in diesem Zusammenhang scheinen auch noch die Auswirkungen von ca. 170.000 berufstätigen StudentInnen, davon ein großer Teil in prekären Beschäftigungsverhältnissen, auf den Arbeitsmarkt bezüglich Arbeitslosenrate und Lohndumping.

Damit setzen die Verantwortlichen die StudentInnen in direkten Konkurrenzkampf mit den sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten. Ob es das war was Gusenbauer und Molterer meinten als sie sich die 6€ Jobs zur „Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft“ ausgedacht haben? Leider konnten wir das bis dato nicht feststellen, da keiner von beiden zu ernsthaften Gesprächen darüber bereit war. Es bleibt allerdings zu befürchten, dass es mit der Bildungspolitik in diesem Land nicht zum Besten bestellt ist und es nicht nur Neuwahlen sondern einen breiten öffentlichen Diskurs braucht, um eine Richtungsänderung zu bewirken.



Stefan Tacha
Pädagogik-Student und Sozialreferent der ÖH Uni Wien



Studierendenmobilität und Quotenregelung

von Elsa Hackl

Im Durchschnitt gingen in den letzten drei Jahren jährlich rund 60 Studierende des Instituts für Politikwissenschaften der Universität Wien im Rahmen des ERASMUS Programms für ein Semester oder ein Jahr an eine Universität in einem anderen EU Staat, etwa 40 ERASMUS StudentInnen kamen pro Jahr an das Institut. Dies entspricht in etwa einem Drittel aller ausländischen Erstinskribierenden des Instituts. Diese wiederum machen ziemlich konstant ein Viertel der gesamten Erstzugelassenen aus. Bei der Gesamtheit der Studierenden am Institut betrug der Anteil jener mit ausländischer Staatsbürgerschaft im WS 2006/07 rund 15%; dieser Prozentsatz ist in den letzten Jahren leicht, aber kontinuierlich angestiegen. (1)

Mit diesem Anteil an ausländischen Studierenden liegt das Institut für Politikwissenschaft im Trend. Die zunehmende Internationalisierung der Hochschulen, die sich vor allem in der Steigerung des Anteils ausländischer Studierender ausdrückt, wird als die gegenwärtig auffälligste Veränderung des Hochschulwesens bezeichnet.

Daten dazu werden im Rahmen der UOE-Bilddungsdaten, die auf einer Zusammenarbeit zwischen UNESCO/UIS, OECD und Eurostat basieren, erhoben. Diese Daten belegen, dass die Zahl der Studierenden, die außerhalb des Landes eingeschrieben sind, deren StaatsbürgerInnen sie sind, seit Ende der 1990er Jahre um etwa 1 Million oder um rund 60% gestiegen ist. 2004 waren weltweit 2,7 Millionen ausländische Studierende inskribiert. Von diesen studierten 2,3 Millionen, das sind 85%, im OECD-Raum. (2)

Geringer als im (und in den) OECD Raum generell entwickelten sich die Wanderungen von Studierenden innerhalb Europas. 1999 studierten 318.000 und 2004 353.300 StudentInnen in einem anderen E-25, bzw. EWR- oder Beitrittsland, das ist eine Steigerung von nur 11%. (3)

Österreich liegt über dem EU Durchschnitt: zwischen 1999 und 2004 ist die Zahl der Studierenden mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft von 27.539 auf 33.297, also um 20%, gestiegen. (4)

Die dargestellte Entwicklung wirft zahlreiche Fragen auf. Zum Beispiel definitorische: Wie

werden „ausländische“ Studierende definiert? Ist diese Gruppe mit mobilen/migrierenden Studierenden gleichzusetzen? Dann Fragen zu den Wanderbewegungen: Woher und wohin gehen „BildungsmigrantInnen“? Welche politischen Maßnahmen werden von den Staaten ergriffen, um Studierende aus dem Ausland anzuziehen oder fernzuhalten? Wie steht es mit Brain Drain, Brain Gain und Brain Waste? Viele weitere Fragen sind offen.

Im Folgenden werden zwei Fragenkomplexe herausgegriffen und kursorisch behandelt: Erstens, wie verhält sich die Steigerung der ausländischen Studierenden zur Entwicklung der Studierenden insgesamt? Es gab seit jeher eine Gruppe von Studierenden, die mobil war. Ist deren Anteil größer geworden? Welchen Beitrag leisten der Europäischen Hochschulraum und die Mobilitätsprogramme dazu? Und zweitens, wie reagiert die österreichische Hochschulpolitik auf die zunehmende studentische Mobilität, insbesondere auf die europäische?

Wie entwickelt sich der Anteil mobiler Studierender?

Das Wachstum der Gesamtzahl der Studierenden zeigt - wie das der Zahl ausländischer Studierender - Unterschiede nach Staaten/gruppen. Beide Entwicklungen verlaufen jedoch nicht parallel.

Die Gesamtzahl der Studierenden stieg weltweit von rund 99 Millionen im Jahre 1999 auf rund 132 Millionen im Jahre 2004, also um 33%. (5) Die Zahl ausländischer Studierender in diesem Zeitraum ist also überproportional zur Gesamtstudierendenzahl angestiegen. Der Anteil von Studierenden, die nicht StaatsbürgerInnen des Landes sind in dem sie studieren, an den Gesamtstudierenden erhöhte sich von rund 1% auf 2%.

In der EU-25 stieg die Zahl aller Studierenden im genannten Zeitraum um 16%, von 14,891.700 auf 17,318.700. (6) Innerhalb Europas ist die Zahl der ausländischen Studierenden somit etwas weniger stark gestiegen als die Studierendenzahl insgesamt. Der prozentuelle Anteil ausländischer Studierender blieb mit rund 2% in den fünf Jahren ziemlich konstant.

Für Österreich gestaltet sich ein Vergleich des Wachstums der Gesamtstudierendenzahlen mit den Zahlen ausländischer Studierender schwierig, da 2001/02 Studiengebühren eingeführt wurden und in der Folge die Zahl der Studierenden an den Universitäten sank. Die prozentuellen Anteile von Studierenden mit ausländischer Staatsbürgerschaft der beiden Vergleichsjahre ergeben folgende Veränderung: 1999 hatten von den 220.831 ordentlichen Studierenden 27.539, also 12,5%, eine ausländische Staatsbürgerschaft. 2004 verfügten 33.297, das sind 17%, von den 195.775 Studierenden über eine solche. (7) Möglicherweise wäre aber bereits der Prozentsatz von 1999 höher anzunehmen und damit die Steigerung weniger hoch: Nimmt man nämlich an, dass ein Großteil des Schwundes an Studierenden nach Einführung der Studiengebühren auf die Exmatrikulation inaktiver Studierender („KarteistudentInnen“) zurückgeht, so ist zu vermuten, dass es sich dabei im wesentlichen um ÖsterreicherInnen handelte. AusländerInnen, die zum Studium nach Österreich kamen, werden kaum völlig inaktive Studierende sein. Teilweise benötigten sie auch Aufenthaltsgenehmigungen, die einen Studienerfolgsnachweis voraussetzen.

Die Fachhochschulen werden hier nicht berücksichtigt, da sie einen neuen und kleinen Sektor ausmachten. (1999: 9.652, 2004: 23.394). (8) Unberücksichtigt bleiben in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch die großen Unterschiede im AusländerInnenanteil nach Universitäten. 2004 etwa hatte das Mozarteum Salzburg einen Anteil an ausländischen Studierenden von 55%, die Universität Linz dagegen von nur 7%.

Man kann annehmen, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Zahl der ausländischen Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen in Österreich rund 40.000 beträgt. (9) Diese Zahl macht Eindruck, entspricht sie doch in etwa der Gesamtstudierendenzahl, die Österreich zu Beginn der sechziger Jahre aufwies.

Es sind die Absolutzahlen ausländischer Studierender - weltweit 2,7 Millionen/in der EU 350.000/in Österreich 40.000 -, die beeindrucken und die Aufmerksamkeit auf die Mobilität bzw. Migration von Studierenden richten. Interesse wird aber auch dadurch hervorgerufen, dass die studentische Mobilität zu einer globalen wurde.

Zu einer Beschleunigung der Internationalisierung bzw. zur Globalisierung des Hochschulstudiums kam es vor allem, weil politische

oder wirtschaftliche Grenzen fielen und damit neue Studierendenströme hinzukamen. So stieg die Zahl mobiler Studierender aus Mittel- und Osteuropa von 1999 bis 2004 um beinahe 100.000. Vor allem aber im asiatischen und pazifischen Raum expandiert die Hochschulbildung und damit auch die Zahl mobiler StudentInnen massiv. In den hier behandelten fünf Jahren erhöhte sich die Zahl der Studierenden, die aus diesem Raum ins Ausland gehen, um rund 400.000. (10)

Angeheizt wird der Prozess dadurch, dass die Universitäten, beginnend in Australien, unter dem Druck sinkender staatlicher bzw. inländischer Finanzierung, aktiv ausländische Studierende einzuwerben begannen. Damit wurde Hochschulbildung als Folge und Vorwegnahme der Globalisierung zur handelbaren Dienstleistung. Eine weitere treibende Kraft stellen nationale Standortpolitiken dar: Tatsächlicher oder beschworener Wettbewerb um Talente bewirkt, dass Staaten teilweise dazu übergehen, Studierendenmobilität (und einen Verbleib nach dem Studium) zu unterstützen. (11)

Wann ist es in der Hochschulpolitik opportun die europäische und wann die nationale Karte zu spielen?

Die oben angeführten Zahlen zeigen, dass innerhalb der EU die Studierendenmobilität bei 2% stagnierte. Auch von außerhalb hielt sich die Zuwanderung in die EU in Grenzen „Dies legt die Annahme nahe, dass (...) die Zahl ausländischer Studierender in jüngster Zeit vorwiegend außerhalb der EU gewachsen ist“. (12)

Eine Ursache, warum die Mobilität im gesamten OECD Raum mehr als in der EU gewachsen ist, liegt im oben erwähnten rapiden Wachstum der Zahl der (mobilen) Studierenden im asiatischen Raum. Diese mobilen Studierenden bevorzugen nichteuropäische OECD Staaten als Studienländer.

Dies ist aber kein Grund, warum innerhalb der EU-25 die Studierendenmobilität kaum wächst, weniger als die Studierendenzahlen in der Union insgesamt. In allen EU Mitgliedstaaten ist man damit beschäftigt, den Europäischen Hochschulraum durch eine Harmonisierung der Studienarchitektur zu schaffen und das ERASMUS Programm, das zur Beförderung der Mobilität ins Leben gerufen wurde, feiert heuer das Jubiläum seines zwanzigjährigen Bestehens.

Mit ERASMUS gehen gegenwärtig etwa

154.000 StudentInnen, dies sind weniger als 1% aller europäischen Studierende, jährlich an eine ausländische Universität. Mobilität ist eben schwer institutionalisierbar: Ein verpflichtendes Auslandsstudium/jahr ist nicht finanzierbar, für ein freiwilliges werden die Anreize oder die Notwendigkeit offensichtlich geringer eingeschätzt als die Vorteile eines Studiums im Heimatland. (13)

Österreich ist sowohl im ERASMUS Programm als auch in anderen Aspekten des Europäischen Hochschulraums sehr aktiv. (14) Es überrascht daher, dass bei dieser Unterstützung der Hochschulzugang nicht entsprechend geregelt wurde.

Ende Jänner dieses Jahres konnten die Medien deshalb erneut über einen Konflikt zwischen der EU und Österreich berichten: Am 24. Jänner teilte die Europäische Kommission Österreich mit, dass sie die Regelung der österreichischen Regierung von 2005 betreffs Hochschulzugangs von Studierenden aus anderen EU Mitgliedsstaaten als nicht in Einklang mit der Rechtslage der Europäischen Union erachte.

In Kürze zur Erinnerung: Am 7. Juli 2005 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) (15) die österreichische Regelung des Universitätszugangs von Studierenden aus anderen EU-Staaten gekippt und die „österreichische Lösung“, die anderen EU-BürgerInnen - wie den übrigen AusländerInnen auch - den Zugang zu den heimischen Universitäten verwehrt, wenn diese nicht auch einen Studienplatz in ihrem Heimatland nachweisen, als dem Diskriminierungsverbot des EG-Vertrages widersprechend aufgehoben. Die österreichischen Regierungen hatten es seit 1990, als der EU-Beitritt vorbereitet wurde, verabsäumt, eine adäquate, EU verträgliche Zulassungspolitik zu erarbeiten.

In Vorbereitung des Beitritts hatte man sich damit begnügt, das UniStG nur durch eine spitzfindige Formulierung des betreffenden Passus zu ändern. Diese wurde auch vom UG02 übernommen. Nach dem EuGH Urteil 2005 wurde rasch das UG02 novelliert und für deutsche Numerus-Clausus-Studien Auswahlverfahren bzw. fixe Quoten für ÖsterreicherInnen (75%), EU-BürgerInnen (20%) und andere Nationalitäten (5%) vorgesehen. Aufgrund dieser neuen gesetzlichen Grundlage erging die Verordnung zur Festlegung von Studien, in denen die Homogenität des Bildungssystems schwerwiegend gestört ist. Als Studienrichtungen mit Quotenregelung wurden Medizin und Zahnmedizin, befristet bis 31.12.2007, festgelegt. (16) Diese Quotenregelung wurde

nun von der Kommission als nicht in Einklang mit dem EuGH Urteil zurückgewiesen.

Sowohl das EuGH Urteil, als auch das Schreiben der Kommission von Jänner 2007 lösten in Österreich zahlreiche europakritische Reaktionen aus. VerteidigerInnen des offenen Hochschulzuganges befürchteten als Resultat die Einführung eines Numerus Clausus auch in Österreich, die Ärztekammer warnte - trotz langer Wartelisten beim Turnusplatz - vor einem Medizinerangel (17) und nationale PolitikerInnen sahen eine ungerechtfertigte Ausdehnung von EU Kompetenz. Bundeskanzler Gusenbauer meinte zum Schreiben der Kommission im Februar bei seinem Besuch bei Bundeskanzlerin und EU-Ratsvorsitzender Angela Merkel, wenn Österreich gemeinsam mit Deutschland eine Lösung gefunden hätte, bräuchte sich die Kommission nicht einzumischen. (18)

Was ist mit der österreichischen Hochschulpolitik passiert? Hat sie mit dem Universitätsgesetz 2002 nicht die Universitäten ausgegliedert und diese damit zu Akteuren im Europäischen Bildungsraum gemacht? Wurde die Bologna Deklaration (19) nicht seinerzeit unter österreichischer EU Präsidentschaft erarbeitet und ist Österreich nicht „Musterschüler“ (20) im Bologna Prozess?

Es scheint, als hätte die österreichische Hochschulpolitik die Europäisierung bzw. Internationalisierung lediglich zur Durchsetzung ihrer Reformen der Universitätsorganisation und des Studienrechts benutzt ohne die Konsequenzen von Europäisierung zur Kenntnis zu nehmen.

Das Diskriminierungsverbot und die Freizügigkeit von Personen sind Prinzipien des EGV, die nicht bilateral von Bundeskanzler Gusenbauer und Bundeskanzlerin Merkel außer Kraft gesetzt werden können. Der Hochschulzugang, also ein Teilbereich des Studienrechts, kann nicht so definiert werden, als seien österreichische StaatsbürgerInnen die Regel und andere EU-BürgerInnen die Ausnahme.

Da die Hochschulsysteme noch national finanziert werden, ist es allerdings klar, dass die Mobilität von Studierenden nicht einseitig zu Lasten einiger Staaten gehen kann. Österreich ist nicht das einzige Land, das mit einer positiven studentischen Wanderbilanz zu kämpfen hat. Ebenso betroffen sind Belgien durch die Wanderbewegungen aus Frankreich, aber auch Großbritannien und Irland. Die beiden letztgenannten Staaten nehmen allein im Rahmen des ERASMUS Programms mehr als

doppelt so viele Studierende auf als sie entsenden. (21) Vor diesem Hintergrund haben es die österreichische Regierungen verabsäumt, andere betroffene Staaten einzubinden und eine Regelung für einen Lastenausgleich vorzubereiten.

1749 hatte Friedrich d.Gr. seinen Landeskindern den Besuch ausländischer Universitäten verboten. 1809 wurde dieses Verbot durch Wilhelm von Humboldt mit seiner Schrift „Über die Aufhebung des Verbots, fremde Universitäten zu besuchen“ (22) zu Fall gebracht. Meint man es ernst mit dem Europäischen Hochschulraum, bedürfte es nun eines Vorschlages, der diese Freizügigkeit der Studierenden auch weiterhin garantiert.

Voraussichtlich wird dieser Vorschlag aber nicht aus Österreich kommen. Ein solcher müsste nämlich eine Abgeltung der Studienkosten durch das Heimatland an das Studienland vorsehen. Für die österreichische Hochschulpolitik hätte ein solches System aber zwei unliebsame Folgen: Erstens, hätte es Rückwirkungen auf die interne Hochschulfinanzierung. Zahlt Österreich pro StudentIn einen bestimmten Betrag an das Studienland (und zahlen die andere EU Staaten für ihre Studierenden an Österreich), dann wird auch die interne Mittelverteilung den Studierenden folgen müssen (was für Politikwissenschaft an der Universität Wien durchaus vorteilhaft wäre). Zweitens, wird es für Österreich nicht ausreichen, mit dem hohen Anteil an ausländischen Studierenden zu argumentieren. Es werden Studierende mit ausländischer Staatsbürgerschaft, die bereits auf einen langen Aufenthalt in Österreich zurückblicken, hier die Schule besuchten und die oder deren Eltern in Österreich steuerpflichtig sind, von sogenannten internationalen Studierenden, die zwecks Studium nach Österreich kommen (BildungsmigrantInnen), zu unterscheiden sein. Nur letztere, deren Anteil selbstverständlich unter dem von Studierenden mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft liegt, können in ein finanzielles Lastenausgleichssystem einbezogen werden. (23)

Elsa Hackl

Mitarbeiterin des ipw, beschäftigt sich mit der Mobilität bzw. Migration von Studierenden und verfasst 2005 eine Studie zur Attraktivität Österreichischer Universitäten für Studierende aus MOE- und SOE-Staaten.

Fußnoten:

- (1) Datenquellen: Bmbwk (Hochschulstatistik), Universität Wien (Forschungsservice und Internationale Beziehungen).
- (2) OECD (2006) Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2006. Das in dieser Publikation letzte erfasste Jahr 2004 wird im Folgenden mit 1999 verglichen, weil dafür die Datenlage am vollständigsten ist.
- (3) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&...(01.02.2007)
- (4) Bmbwk (2002 bzw. 2006) Hochschulbericht 2002; Statistisches Taschenbuch 2006.
- (5) Unesco, Eurostat, DG RTD
- (6) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&...(01.02.2007)
- (7) Hochschulbericht 1969. In den siebziger Jahren bei 13%, dann sank er bis in die neunziger Jahre auf unter 10% und stieg anschließend wieder an.
- (8) Bmbwk (2002 und 2006) a.a.O.
- (9) Schätzung aufgrund der vergangenen Entwicklung, stimmt mit den vorläufigen Daten überein.
- (10) http://www.uis.unesco.org/ev.php?URL_ID=5187&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201 (7.2.2007)
- (11) ACE Issue Brief Raises Questions About Future U.S. Dominance in International Student Enrollment, http://www.acenet.edu/AM/PrinterTemplate.cfm?Section=Press_Release2&CONTE vom 16.10.2006 (09.02.2007)
- (12) OECD (2006) a.a.O.
- (13) So scheint ein Auslandsstudium für eine politische Karriere in Ö von geringer Bedeutung zu sein. Von 20 Regierungsmitgliedern weisen zwei ein Auslandsstudium auf: die Außenministerin, Dr.Plassnik, studierte nach dem Rechtswissenschaftsstudium in Wien am Collège de Bruges, und der Wirtschaftsminister, Dr. Bartenstein, ein Semester an einer Universität in Ohio.
- (14) Bmbwk (2002). Sozialbericht 2002.
- (15) C-147/03 Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen Republik Österreich.
- (16) BGBl.I Nr.74/2006; BGBl. II Nr.238/2006, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 345/2006.
- (17) Ein Hilfeschrei der Universitäten, Der Standard 30.1.2007 und Ärztekammer warnt: Ohne Quote droht Mediziner mangel, Der Standard 1.2.2007.
- (18) Uni-Zugang: Gusenbauer kritisiert die EU-Kommission, Die Presse 7.2.2007.
- (19) Die sogenannte Bologna Erklärung, eine gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister zur Schaffung eines Europäischen Hochschulraums, wurde am 19.Juni 1999 von VertreterInnen aus 29 Staaten unterzeichnet.
- (20) Der Geist ist willig. Österreichs Fortschritte im europäischen „Bologna Prozess“, Neue Züricher Zeitung vom 5.2.2007.
- (21) Erasmus: Hochschulaustausch in den neuen Mitgliedstaaten immer beliebter, IP/06/319 von 16/03/2006.
- (22) W.v.Humboldt (1964) Schriften zur Politik und zum Bildungswesen, Bd.IV, S.237f.
- (23) OECD (2006) Bildung auf einen Blick 2006 versucht zum ersten Mal diese beiden Gruppen zu unterscheiden: danach betrug der Anteil an ausländischen Studierenden in Diplomstudien in Österreich 2004 rund 15%, der von internationalen Studierenden rund 12%. Zählt man Personen, die zwar nicht zum Studium nach Österreich gekommen sind, aber nach einiger Zeit des Aufenthalts hier ein Studium beginnen, ebenfalls nicht zu den ausländischen Studierenden, dann verringert sich der Anteil internationaler Studierender wahrscheinlich weiter.

Modularisierung als Schwindel?

von Lukas Pokorny

„Die Universität Wien hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Studiengänge bis zum akademischen Jahr 2007/08 auf die zweistufige Architektur umzustellen, welche die Bologna-Erklärung vorgibt.“ (1)

Existenzgrundlage der Bologna-Architektur ist die Schaffung einer europaweiten curricularen Kompatibilität. Skepsis und Opposition, nicht zuletzt im Lager der gestaltenden Kräfte (Curriculararbeitsgruppen), werden wohl vielerorts für einen „Etikettenschwindel“ in Hinblick auf die viel diskutierte Modularisierung sorgen. Unter dem Lemma „Modularisierung“ versteht man die Gliederung eines Studienganges in inhaltlich definierte Segmente (=Module). Ein Modul wiederum ist „die Zusammenfassung von Studienleistungen zu didaktisch sinnvollen Einheiten“ (2).

Das Modul besteht allerdings, und hier „liegt der Hund begraben“, aus einer oder mehreren alt gedienten, herkömmlich aufbereiteten Lehrveranstaltungen. Leider wird die Modularisierung deshalb vielerorts als das verstanden, was sie m. E. beileibe nicht sein soll: eine schlichte, inhaltlich kategorisierende Überstülpung über ein bestehendes curriculares System. Manch einer wird vermeinen, dass dies schön und gut ist, solange die studentische transuniversitäre respektive interdisziplinäre Mobilität verbessert oder zumindest gewahrt bleibt und die Kostenkalkulation in unseren für den Bildungssektor sparsamen Zeiten erleichtert wird. Dazu sei gesagt:

Der Geist der curricularen Reformation sollte einen zündenden Gedanken widerspiegeln bzw. diesen wenigstens implizieren; neben der Analogisierung der Studienpläne auch die Sanierung altererbter Lehrinhalte und -strukturen. Da die gestaltenden Kräfte nun die ECTS-Punkte-Richtlinien der einzelnen Module (5, 10 oder 15 ECTS-Punkte), mit Ausnahme der Erweiterungscurricula, umgehen können, wird von Kompatibilität nicht mehr viel übrig bleiben. Der Bologna-Prozess sollte m. E. ferner eine modernisierende Umgestaltung der Curricula mit sich bringen, was gänzlich gegen die vielerorts angedachte oder gar praktizierte reine „Überstülpung“ (= Etikettenschwindel) spricht.

Zudem befürchte ich durch die Modularisie-

rung eine Einschränkung der studentischen interdisziplinären Mobilität. Studierende werden durch curricular verankerte Erweiterungscurricula, vormals „Service-Module“ – wenn man so will handelt es sich hierbei um eine neue Generation von (nicht allzu frei wählbaren) freien Wahlfächern – in ihrer individuellen Wahlfreiheit im Hinblick auf die interdisziplinäre Vertiefung beschnitten. Im schlimmsten Fall könnte ein Studiengang also den Studierenden Selektionsmöglichkeiten aus einem Pool weniger ausgesuchter Erweiterungscurricula bestimmter Fachdisziplinen anbieten und so dezidiert Einfluss nehmen auf die Streuung der Spezialisierung bzw. Schwerpunktsetzung seiner Studentenschaft.

Letztlich sei noch einiges zur Kostenkalkulation nach der erfolgten Modularisierung angemerkt. Sie wird, so sei vorweg gesagt, sicherlich erleichtert, da die Zuständigen die bis dato arbiträren Studierendenströme im Zuge der jeweiligen freien Wahlfächer planerisch nicht dingfest machen konnten. Daher gleicht die administrativ erfasste „Buchung“ der Erweiterungscurricula in den verschiedenen Studiengängen, die der einstigen Willkür und Wahlvielfalt entgegenwirkt, einem finanzplanerischen Segen. Zumindest die Controller kommen auf ihre Kosten...

Grundsätzlich würde ich mich dem Geist des Projekts „Modularisierung“ gegenüber als wohl gesonnen positionieren, doch zeigt sich leider wieder einmal, dass gute Ideen in der Praxis nicht immer funktionieren müssen. Letztlich wird sich das ganze Vorhaben – Kompatibilität dank Modularisierung – wohl als Schimäre entpuppen.

Lukas Pokorny

Studienassistent und Lehrbeauftragter auf der Koreanologie

Fußnoten:

(1) Kompendium. Eckpunkte zur Curricularentwicklung. S.3 http://bologna.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/bologna/Dokumente/Kompendium_23.11.2006.pdf [Zugriff: 8.2.2007]

(2) Arbeitspapier zur Umsetzung der europäischen Studienarchitektur an der Universität Wien. S. 9 http://bologna.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/bologna/Dokumente/Empfehlung_Arbeitsbehelf_6.10._Endfassung.pdf [Zugriff: 8.2.2007]

Die Entwicklung des Doktoratsstudiums in den Sozialwissenschaften ⁽¹⁾

von Falk Reckling und Lucas Zinner

Glauben Sie, dass Sie es aushalten, dass Jahr um Jahr Mittelmäßigkeit nach Mittelmäßigkeit über Sie hinaussteigt, ohne innerlich zu verbittern und zu verderben? Dann bekommt man selbstverständlich jedesmal die Antwort: Natürlich, ich lebe nur meinen »Beruf«; - aber ich wenigstens habe es nur von sehr wenigen erlebt, dass sie das ohne inneren Schaden für sich aushielten.

Max Weber (1919) „Wissenschaft als Beruf“

Über die Doktoratsstudien in Österreich ist wenig bekannt. Wie das Doktoratsstudium verläuft, warum das Doktorat überhaupt angestrebt wird und was es bewirkt, ja welche Unterschiede es zwischen den Disziplinen gibt, darüber fehlen bisher valide empirische Kenntnisse (2). Daher können an dieser Stelle auch keine abschließenden, empirischen Ergebnisse analysiert oder bewertet werden. Vielmehr handelt es sich um eine Diskussion einiger – ganz bewusst simplifizierter – internationaler Trends der Doktoratsausbildung in den Sozialwissenschaften.

Zwei Aussagen lassen sich schon jetzt treffen: 1. Das Doktorat in den Sozialwissenschaften erfreut sich trotz fehlender Finanzierungsmöglichkeiten einer großen Nachfrage. Zu den Zahlen: 2004 gab es in Österreich ca. 2400 Inskriptionen in sozialwissenschaftlichen Doktoratsstudien, im Studienjahr 2003-04 ca. 500 Abschlüsse (3). Im gleichen Zeitraum hat bspw. der FWF aber nicht mehr als 40-50 vollzeitäquivalente Doktoratsstellen finanziert. Rechnet man nun noch Universitätsstellen, Stipendien, die Finanzierungen über ÖNB-, ÖAW-, EU- oder Ministerienprogramme hinzu, wird man auch bei großzügiger Hochrechnung die eklatante Lücke zwischen der Nachfrage nach einem Doktorat einerseits und dessen professioneller Finanzierung andererseits nicht wegdiskutieren können. Daraus folgt: 2. Die Doktoratsausbildung in den Sozialwissenschaften leidet an einigen strukturellen Defiziten, die letztlich zu einem Wettbewerbsnachteil auf dem internationalen Wissenschaftsmarkt führen.

Modell: Einzelkämpfende Bohémien

Übertrieben dargestellt lässt sich das Doktoratsstudium in den Sozialwissenschaften im deutschen Sprachraum etwa so beschreiben (4): EinE StudentIn mit wissenschaftlichen Neigungen oder Interesse an der Aufwertung seiner/ihrer sozialen Reputation oder mit dem Bedürfnis, noch mehr Zeit für die Orientierung am Arbeitsmarkt zu gewinnen, wendet sich mit einer recht vagen Thematik an eineN ProfessorIn. Nach welchen Kriterien der/die ProfessorIn sich bereit erklärt, die Betreuung zu übernehmen, ist nicht formalisiert. Die große Bedeutung dieser Entscheidungen für den weiteren Werdegang der jungen ForscherInnen, nämlich einerseits die grundsätzliche für ein Doktorat und dann für eineN BetreuerIn wie andererseits auch für die ProfessorInnen, die eine Betreuung zusagen, wird oft nicht wahrgenommen. Sehr gut beschreibt Irving P. Herman (5), wozu sich DoktorandInnen verpflichten (sollten), wenn sie sich für ein Doktorat entscheiden. Doch nachdem lediglich die bekannten Mindestvoraussetzungen für die formale Zulassung zum Doktoratsstudium zu erfüllen sind, ist der erste Schritt oft rasch getan. Klar ist dann zumeist von Anfang an auch, dass die DoktorandInnen nicht mit einer kostendeckenden Finanzierung ihrer Arbeit rechnen dürfen. Anstellungen an Universitäten sind rar, substantielle Stipendien gibt es in Österreich kaum, FWF-, EU- oder OeNB-Projekte müssten erst mühsam von ProfessorInnen beantragt werden und das auf die Gefahr hin, nach der Evaluierung abgelehnt zu werden. Für die meisten DoktorandInnen, vor allem für jene ohne gut situierten familiären Hintergrund bedeutet dies, einen Großteil ihrer Zeit für kostendeckende Erwerbstätigkeiten aufwenden zu müssen und damit faktisch die Dissertation als privates Hobby aus dem Erwerbsleben auszulagern. Bedenkt man, dass nicht wenige Dissertationen einen wesentlichen wissenschaftlichen Beitrag liefern und die betreuenden ProfessorInnen oft davon profitieren, wird man in vielen Fällen vom Doktorat als „wissenschaftlichen Prekariat“ sprechen müssen.

Aber auch wenn eine der wenigen Universitäts- und Drittmittelstellen ergattern werden konnte, bedeutet das noch lange nicht, Zeit für die Dissertation gewonnen zu haben. Es ist gerade in vielen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen durchaus nicht unüblich, dass der wissenschaftliche Nachwuchs durch Lehre, Administration oder Zuarbeiten für die Forschungsinteressen der BetreuerInnen über Jahre in Beschlag genommen wird. Klar ist von Anfang an, dass die Betreuungskapazitäten der ProfessorInnen begrenzt sind. Man kann zumindest damit rechnen, sie bei den Abschlussprüfungen wieder zu treffen. Alles andere wie studienbegleitende Seminare, regelmässige Diskussionen, Unterstützung bei Auslandsaufenthalten oder beim Erwerb von Zusatzqualifikationen (u.a. scientific writing, Präsentationstechniken, etc.) oder Sozialisation in die Drittmittelwerbung sind eher dem Zufall überlassen, als dass sie in ein obligatorisches Ausbildungsprogramm integriert wären.

Mit dieser – bewusst überzogenen – Charakterisierung des Doktoratsstudiums in vielen sozialwissenschaftlichen Disziplinen lassen sich einige idealtypische Strukturmerkmale des klassischen Dissertationsmodells herausarbeiten:

- Als DoktorandIn steht man – als AngestellteR, ProjektmitarbeiterIn, StipendiatIn oder externeR DoktorandIn – in einem starken Abhängigkeitsverhältnis von den betreuenden ProfessorInnen.
- Die Auswahlkriterien der ProfessorInnen für DoktorandInnen beruhen oft auf informellen Kanälen und weniger auf transparenten Leistungskriterien. Das kann bspw. dazu führen, dass sich internationale Mobilität für StudentInnen bei Stellenbesetzungen oder Stipendien nachteilig auswirkt, weil damit oft der Karriere fördernde informelle Kontakt zum Institut abnimmt. Dieses mobilitätsaverse bzw. -feindliche Anreizsystem zieht sich in einigen Fällen bis zur Erlangung der Professur durch.
- Die Ausbildung und Art der Betreuung während des Doktoratsstudiums sind kaum strukturiert, vielmehr obliegen sie der Eigeninitiative der BetreuerInnen oder DoktorandInnen.
- Schließlich ist oft nicht der Einstieg in eine wissenschaftliche Karriere Ziel des Doktorats, sondern das Erlangen sozialer Reputation oder eine berufsorientierende Überbrückung.

Diese Struktur mag unter Bedingungen, unter denen die Hochschulausbildung den bürgerlichen Eliten vorbehalten war, angemessen gewesen sein. „Wissenschaftliche Bohémien“ konnten sich noch zwecklos der Wissenschaft widmen, weil sie sich keine Gedanken über ihr

tägliches Auskommen machen mussten. Für ein Wissenschaftssystem, das nicht nur Berufung sondern auch Beruf ist, mit wachsender Internationalisierung und demnach erhöhtem Wettbewerb sind diese Strukturen aber nicht mehr adäquat. Insbesondere angelsächsische Länder haben dem ein offenkundig leistungsfähigeres System der Doktoratsausbildung entgegengesetzt: die Graduate Schools.

Modell: Graduate Schools

So unterschiedlich Graduate Schools in den einzelnen Ländern und Disziplinen auch angelegt sind, weisen sie doch gemeinsame Merkmale auf:

- Getragen werden Graduate Schools von einem Kollektiv international ausgewiesener WissenschaftlerInnen, die mit einer ähnlichen Thematik befasst sind und für diesen Themenbereich gemeinsam DoktorandInnen ausbilden.
- Die Auswahl der DoktorandInnen erfolgt nach formalen Kriterien und dem Wettbewerbsprinzip, d.h. die Stellen werden international ausgeschrieben, es erfolgen i.d.R. Interviews mit der Faculty und schließlich werden die besten BewerberInnen ausgewählt. Daraus resultiert zumeist eine internationale Zusammensetzung der DoktorandInnen.
- Gemeinsam durchlaufen die DoktorandInnen ein Curriculum, das meist auch Zusatzausbildungen („transferable skills“) und Auslandsaufenthalte an anderen Spitzeninstitutionen beinhaltet. Häufig finden nach einem Jahr Zwischenprüfungen statt, um noch einmal die Eignung der DoktorandInnen zu überprüfen.
- Betreut werden die DoktorandInnen kontinuierlich und immer von mehreren Personen der Faculty, oft zusätzlich durch externe BetreuerInnen.
- Im Rahmen der Graduate Schools sind DoktorandInnen „Early Stage Researchers“. Sie erhalten nicht nur eine professionelle Ausbildung, sondern für ihre wissenschaftliche Tätigkeit auch eine entsprechend vollwertige Finanzierung.
- Auch wenn nach Abschluss des Doktorats nicht alle AbsolventInnen davon Gebrauch machen werden, soll die Ausbildung zumindest potentiell den Einstieg in eine internationale wissenschaftliche Karriere ermöglichen.

Die Vorteile von Graduate Schools gegenüber dem klassischen Modell liegen auf der Hand:

- Die Auswahlverfahren mit „objektivierten“ Leitungskriterien führen zu größerer Fairness, Transparenz und Treffsicherheit und zu einer gewissen Planbarkeit schon zu Studienzeiten.
- Die Ausbildung durch eine Faculty vermindert individuelle Abhängigkeiten und erleich-

	Klassisches Modell	Graduate Schools
Träger	einzelne ProfessorInnen	ProfessorInnen, Fakultäten, Schools
Status	MitarbeiterIn eines Professors bzw. in Projekten, StipendiatIn oder externe/r DoktorandIn	PhD-StudentIn, Early Stage Researcher
Auswahlverfahren	überwiegend informell	formell mit kompetitiver internationaler Ausschreibung
Ausbildung	geringe Formalisierung: Dissertation und Rigorosum bzw. Disputation	hohe Formalisierung: strukturiertes Ausbildungsprogramm neben der Dissertation
Betreuung	sporadisch - primär Doktorvater/-mutter	kontinuierlich - mehrere Betreuungspersonen
Ausbildungsziel	Qualifizierung für universitäre und außeruniversitäre Berufsziele + Sozialprestige	Qualifizierung für wissenschaftliche Laufbahn und internationale Konkurrenzfähigkeit

nach: Ewald Berning / Susanne Falk (2005): Promovieren an den Universitäten in Bayern

tert die Sicherung von Qualitätsstandards.

- Die Ausbildung im Team verhindert die Isolation von NachwuchsforscherInnen und verbessert die Zusammenarbeit zwischen Senior- und Junior-ForscherInnen.
- Das strukturierte Ausbildungsprogramm senkt die Dissertationszeiten und ermöglicht (u.a. durch Zusatzangebote) einen leichteren Einstieg in eine wissenschaftliche Karriere.
- Die professionalisierte Bezahlung gewährleistet eine soziale Absicherung der DoktorandInnen.

Das System der Graduate Schools hat aber auch Nachteile bzw. bewirkt massive Änderungen in der gesamten Doktoratsausbildung.

- Ein freier Zugang für alle interessierten DoktorandInnen zu den Graduate Schools ist ausgeschlossen. Zugang erhalten nur jene, die die definierten Qualitätskriterien erfüllen und sich im Wettbewerb durchsetzen.
- Fachdisziplinen, in denen die einzelne Forscherpersönlichkeit eine maßgebliche Rolle spielt und weitaus weniger die Forschungsgruppe (z.B. Philosophie), wird vermutlich der Zugang zu Graduate Schools schwerer fallen. Dies muss durch den Ausbau leistungsbezogener Individualstipendien mit entsprechender Einbindung der BetreuerInnen kompensiert werden.
- Weil die Ansprüche der Graduate Schools an ihre DoktorandInnen so hoch sind, wird das Motiv des Titelerwerbs allein oder das eines „Hobby-Doktorats“ kaum noch ausreichen. Wird und soll ein so motiviertes Doktorat in Zukunft möglich sein, wird man langfristig mit „Mehrklassendoktoraten“ rechnen müssen.

Um sich von der Funktionsfähigkeit von Graduate Schools zu überzeugen, ist es in den Sozialwissenschaften seit einiger Zeit nicht mehr notwendig, sich ausschließlich an den Spitzenuniversitäten der USA zu orientieren. So wurde an der Provinzuniversität Tilburg v.a. im Bereich der Wirtschaftswissenschaften in relativ kurzer Zeit ein erstaunlich erfolgreiches System von Graduate Schools etabliert (<http://www.tilburguniversity.nl/> „_parent“ [\[www.tilburguniversity.nl/\]\(http://www.tilburguniversity.nl/\)\). Das European University Institute in Florenz bietet in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften wie auch in der Geschichte und den Rechtswissenschaften eine weltweit renommierte Doktoratsausbildung an \(<http://www.iue.it> \[www.iue.it\]\(http://www.iue.it\)\).](http://</p>
</div>
<div data-bbox=)

Aber auch in Österreich gibt es viel versprechende

Initiativen. So hat der FWF die strukturierte Doktoratsausbildung, die zuvor schon im Rahmen der Wissenschaftskollegs möglich war, mit dem Programm der Doktoratskollegs auf eine breitere Basis gestellt (<http://www.fwf.ac.at/de/projects/dk.html> <http://www.fwf.ac.at/de/projects/dk.html>). Bisher konnte eine Initiative in den Sozialwissenschaften die internationale Evaluierung erfolgreich durchlaufen: „Vienna Graduate Schools of Finance“ (<http://www.vgsf.ac.at> www.vgsf.ac.at).

Die Universität Wien hat mit der Einrichtung der Initiativkollegs komplementäre Anreize für eine langfristige Etablierung von Graduate Schools gesetzt. Ab Oktober 2007 werden 12 derartige Kollegs eingerichtet sein und vielleicht Nuclei künftiger Graduate Schools bilden. Hier konnten sich im Wettbewerb drei Initiativen aus den Sozialwissenschaften durchsetzen (6). Hinzu kommen Aktivitäten wie das Graduiertenzentrum Sowi an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien, das zur Förderung der Ausbildung und Vernetzung der DoktorandInnen an der Fakultät etabliert wurde.

Auf europäischer Ebene zeigte der EUA TRENDS V Report (2006), dass bereits 30% der untersuchten Hochschulen eine Art von Graduate School etabliert haben. All diese Initiativen haben nun auch auf nationaler Ebene zu konzentrierten Bestrebungen geführt, die gesamte nationale Doktoratsausbildung in Form von „DoktorandInnenschulen“ umzugestalten. Ein erster Vorschlag dazu wurde von „Joanneum Research“ unterbreitet (7). Des Weiteren wurde im aktuellen österreichischen Regierungsprogramm (Kapitel 4, Punkt 2) der Weiterentwicklung der Strukturen für die ersten Jahre von ForscherInnen an einer Universität und somit dem „Umbau der Doktoratsausbildung in Richtung Graduiertenschulen“ hohe Priorität eingeräumt.

Damit folgt man Initiativen, die seit Jahren auf europäischer Ebene zu beobachten sind. Seit 2003 (EUA Graz Declaration, Juni 2003) beschäftigt sich die European University Association (EUA) intensiv mit dem Thema der

strukturierten Doktoratsprogramme und betont damit ihre Bedeutung an der Schnittstelle zwischen europäischem Hochschul- und Forschungsraum. Daneben haben sich auf Studierendenebene Initiativen gebildet, die sich speziell dem Thema der Doktoratsausbildung widmen (EURODOC (8)). Im Auftrag der EU-Kommission wurde seitens der EUA in Zusammenarbeit mit ESIB (9), EURODOC und dem Bildungsministerium in Frankreich und Österreich ein Bericht zu Doctoral Programmes verfasst, welcher beim Ministerrattreffen in London im Frühjahr 2007 präsentiert wird. Einige Kernaussagen dieses Berichts lassen sich knapp zusammenfassen:

- Graduate Schools tragen wesentlich zur Profilbildung der Universität bei.
- Die Zugangsregelungen zur jeweiligen Graduate School müssen in der Autonomie der jeweiligen Universität liegen.
- Der intensiven Betreuung und Begleitung, oft durch ein Team von BetreuerInnen, der Leistungsüberprüfung und dem Mentoring der TeilnehmerInnen einer Graduate School kommt eine besondere Bedeutung zu.
- Neben der wissenschaftlichen Betreuung soll besonderer Wert auf den Erwerb von sog. transferable skills gelegt werden, nicht zuletzt um die Chancen der AbsolventInnen am Arbeitsmarkt zu verbessern.
- Doktorarbeiten im Rahmen von Graduate Schools werden mit zumindest 3 Jahren (Vollzeit) zu bemessen sein.

Die Diskussionen zum Thema Doctoral Programmes führten auch zur Beschreibung von (Mindest-)Standards für Dissertationen: „Core processes and outcomes should include the completion of an individual thesis (based upon an original contribution to knowledge or original application of knowledge) that passes evaluation by an expert university committee with an external representation“. Auch hier spiegelt sich die Bedeutung, die nationale Doktoratsausbildung an internationalen Maßstäben zu messen, wider. Die Universitäten in Europa befinden sich im Wandel, angetrieben von einem Prozess, der kurz mit dem Wort Bologna umrissen wird. Dieser Prozess wird auch die Doktoratsausbildung, den dritten Zyklus, neu definieren, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa. Graduate Schools werden in ihren verschiedenen nationalen Ausprägungen hier eine bedeutende Rolle spielen.

Zur Wissenschaft berufen

Max Weber hat der anfangs zitierten drastisch beschriebenen Ochsentour, die NachwuchswissenschaftlerInnen bevorsteht, dann doch noch eine positivere Wendung gegeben, die

aber gleichwohl auch die Bedingungen definiert, die auch heute noch Voraussetzung für „exzellente“ Forschung sind:

„Und wer also nicht die Fähigkeit besitzt, sich einmal sozusagen Scheuklappen anzuziehen und sich hineinzusteigern in die Vorstellung, dass das Schicksal seiner Seele davon abhängt: ob er diese, gerade diese Konjektur an dieser Stelle dieser Handschrift richtig macht, der bleibe der Wissenschaft nur ja fern. Niemals wird er in sich das durchmachen, was man das »Erlebnis« der Wissenschaft nennen kann. Ohne diesen seltsamen, von jedem Draußenstehenden belächelten Rausch, diese Leidenschaft, dieses: »Jahrtausende mussten vergehen, ehe du ins Leben tratest, und andere Jahrtausende warten schweigend«: – darauf, ob dir diese Konjektur gelingt, hat einer den Beruf zur Wissenschaft nicht und tue etwas anderes. Denn nichts ist für den Menschen als Menschen etwas wert, was er nicht mit Leidenschaft tun kann.“

Falk Reckling

Leiter der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Abteilung des FWF, falk.reckling@fwf.ac.at

Lucas Zinner

Stellv. Leiter der DLE Forschungsservice und Internationale Beziehungen der Universität Wien, lucas.zinner@univie.ac.at

Fußnoten:

- (1) Der Artikel spiegelt die persönliche Meinung der Autoren wieder und nicht notwendigerweise die ihrer Institutionen.
- (2) Momentan führt das „Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung“ an der Universität Klagenfurt unter Leitung von Professor Pechar eine Studie im Auftrag des FWF und BMWF durch. Diese Studie umfasst Interviews mit ExpertInnen, quantitative Umfragen unter DoktorandInnen und WissenschaftlerInnen sowie einen internationalen Vergleich. Mit ersten Ergebnissen wird im Sommer zu rechnen sein: siehe <http://www.iff.ac.at/hofo/projects/d2-2DOC%20F.htm>
- (3) Universitätsbericht 2005: http://www.bmbwk.gv.at/universitaeten/pm/publ/univbericht_05.xml
- (4) Siehe u.a.: Ewald Berning / Susanne Falk (2005): Promovieren an den Universitäten in Bayern: http://www.ihf.bayern.de/dateien/monographien/Monographie_72.pdf
- (5) Irving P. Herman, Following the Law, Nature, 445, S 228 (2007)
- (6) „Aspekte globaler Wirtschaftsbeziehungen“, „Transformation Processes in Central Europe“ und „Wiener Schule für Governanceforschung“, <http://forschung.univie.ac.at/de/portal/initiativkollegs/>
- (7) http://www.bmbwk.gv.at/medienpool/13934/endbericht_stipendienreform.pdf
- (8) European Council of doctoral candidates and young researcher, <http://www.eurodoc.net/>
- (9) ESIB - The National Unions of Students in Europe, <http://www.esib.org/>

Die Kandidatenmacher

Wer/ Wie / Was/ Wieso/ Wo (nicht) Wissen schafft - ein psychologisches Spiel

von Ewa Agata Dziedzic

Thema

Reproduktion von männlich kodierten, konservativ-kapitalistischen Dominanzschemata in Folge der Globalität des Kapitalismus. Zumindest nach Wallerstein (1). Oder: Elite-Universität als letzte Zuflucht der männlichen Dominanz bildungs- und wirtschaftspolitischer Akteure. Eine andere Themen-Eingrenzungs-Alternative wäre: Herausarbeitung der Korrelationen zwischen (männlicher) Hegemonie in einer bestimmten Sozietät und deren Ausformungen in Bezug auf die Genese gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Eliten auf der Basis neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftsrealitäten. Komplizierter und komplexer als dieser ist, soll der Diskurs um eine österreichische wissenschaftliche Elite-Uni jedoch nicht gemacht werden.

Bestimmung

2006 hat der Ministerrat die unter dem Arbeitstitel „Austrian Institute of Advanced Science and Technology“ (AIAST) geplante „University of Excellence“ vulgo „Elite-Uni“, in letzter Namensgebung ISTA bzw. IST-Austria (Institute for Science and Technology Austria) nach Gugging (NÖ) vergeben. So viel zur umkämpften Frage der Standortbestimmung.

Angefangen hat die Debatte um die von dem Physiker Anton Zeilinger 2002 als eine „Flaggschifforganisation, Spitzenforschungseinrichtung“ bezeichnete Idee einer „University of Excellence“ spätestens dann, als dieser seine Pläne zwei Jahre später dem Rat für Forschung und Technologieentwicklung präsentierte. 2004 wurde vom Wissenschaftszentrum eine Machbarkeitsstudie (2) durchgeführt und wieder zwei Jahre später legten dann die drei Ex-Präsidenten Harari (Weizmann-Institut, Israel), Kübler (ETH Zürich, Schweiz) und Markl (Max-Planck-Gesellschaft, Deutschland) ihre Vorstellung für ein Gelingen eines „Elite-Instituts“ vor. Der Endbericht sah vor, dass ab 1. Oktober 2006 in Österreich Forschung auf höchstem Niveau betrieben werden soll.

Dass das „Internationale Komitee“ von der Industriellenvereinigung (IV) finanziert wurde, nach dem die ursprünglichen Projekt-Masterminds (Arnold Schmidt, Peter Schuster, Anton Zeilinger) abgesprungen sind, könnte für

weitere Überlegungen aufschlussreich sein. Ebenso, dass der IV-Präsident Veit Sorger von einem „Markstein“, den man mitfinanzierte, „ohne Anspruch, dass wir uns in die wissenschaftliche Arbeit einmischen wollen“, sprach (3).

Vorbilder

Mittelmäßigkeit ist ein hässliches Wort. Alle europäischen Universitäten sind viel zu durchschnittlich. Und erst allmählich kommt Europa zur Erkenntnis, dass man außergewöhnliche, einzigartige Institutionen schaffen muss. Diese Meinung vertritt zumindest Haim Harari, der Leiter des erwähnten „Internationalen Komitees“ (4).

Auch die Ergebnisse des Uni-Rankings der Shanghai Jiao Tong University (Februar 2007) weisen auf die Vormachtstellung der US-Universitäten hin: An der Spitze liegt eindeutig die Elite-Uni Harvard (5).

Tatsächlich sind die ältesten und renommiertesten US-Universitäten private Einrichtungen und unterstehen keinem Forschungsauftrag im Interesse der Öffentlichkeit. Wie Firmen gemanagt, vermarkten sie einen großen Teil des Wissens, das sie schaffen. Aus der Ertragslogik heraus erklärt sich auch, in welche Richtungen geforscht wird. Das Forschungsbudget verdoppelte sich immerhin in den letzten fünf Jahren auf mehr als 25 Milliarden Dollar. Aus der Sicht von Wirtschaft (und Wissenschaft) hat sich das System also bewährt. Ob ein derartiger Ausblick als ein Grund angegeben wird oder nicht: Auch Österreichs Experten haben sich für dieses „exklusive“ Modell entschieden.

Beispiele

Experten, verstanden als Angehörige einer Funktionselite, nehmen nicht nur Einfluss auf Entscheidungen, sondern wollen meist die Entscheidungsfreiheit auch bei/ unter sich belassen. Dass in den USA kürzlich Drew Gilpin Faust als erste Frau zur Universitätspräsidentin von Harvard gewählt worden ist, soll deshalb nicht die bestehende Unterrepräsentanz von Frauen im „Wissenschaftsbetrieb“ verschleiern (6). Dass „an Österreichs Universitäten der Frauenanteil unter den Habilitierten

drei mal so hoch wie unter den Professuren (ist)“(7) mag viele Gründe haben. Selten als welche angegeben werden aber z.B. die so genannten „Gate-keeping-positions“ männlicher Wissenschaftler, welche die Qualitätsmaßstäbe und somit etablierte Indikatoren für wissenschaftliche Qualität bestimmen. Die fragliche Transparenz der Vergabepraktiken der fellowships, der Aufbau der Förderstrukturen oder der so genannte „Freundschaftsbonus“ bzw. „Male bonus“ wären weitere Beispiele hierfür. Eine Rekrutierung von Entscheidungsträgern aus eigenen Reihen schafft jedenfalls auch in Österreich informelle Macht der eigenen Netzwerke.

Wird jetzt angenommen, dass hinter der Lissabon-Strategie sowie dem Bologna-Prozess (8) dieselben, auf wirtschaftliche Expansion und Gewinnmaximierung fixierten Akteure stehen und zudem der Fokus der Disziplinauswahl auf Elite-Universitäten auf die Bereiche der Naturwissenschaft und Technik beschränkt ist, stellt sich die Frage, ob es nicht zwangsläufig zur Verstärkung der (vor)herrschenden Dominanz kommen muss. Dass eine Erhöhung der AkademikerInnenquote zum Zweck einer „Aufbesserung“ der Statistik nicht zwangsläufig zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit führt, sollte bekannt sein. Dass die Besetzung von Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Justiz oder Wissenschaft durch soziale Herkunft und Homogenität geprägt ist, kann spätestens seit Hartmanns Untersuchungen (9) zumindest schwieriger bestritten werden. Und dass die Forderung nach Chancengleichheit eine Wettbewerbsformel und als solche die Kehrseite des Leistungsprinzips ist, hat schon 1974 Heckhausen behauptet (10). Da die Chancen in menschlichen Gesellschaften aber durch Menschen reguliert werden, ist der „Wille zur Macht“ vielleicht besser begründbar als die „Herdenmoral“. Und elitäres Gedankengut lässt sich womöglich auch besser in einer institutionalisierten Struktur erforschen, auch wenn dieses nicht eine vorsätzliche oder bewusste Diskriminierung im Sinne führt.

So schwebt das Szenario, dass ebenso in Europa bald „an der Spitze“ Universitäten, die nach dem Vorbild der US-Unis viel stärker sozial selektiv wirken, stehen werden, und „daneben“ in Massenuniversitäten die „Normalbevölkerung“ schnell ausgebildet wird, nicht nur Hartmann vor. Die Einsicht, dass die Vernachlässigung geisteswissenschaftlicher Reflexion des gesellschaftlichen Status Quo zu einer Einengung der Perspektive auf die Relevanz von Fragestellungen führt, hilft kaum weiter. Und dass die Zentrierung technischer und naturwissenschaftlicher Forschungszweige zu

einer allgemeinen Verminderung der wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen führt, wird kaum gleichzeitig zur Verminderung der ökonomischen führen.

Fragen

Vielleicht soll bzw. sollte aber auch die theoretische Reflexion bei den Geisteswissenschaften bleiben. Im ISTA sind jetzt praktisch die ersten Personalentscheidungen gefallen: Der ehemalige stellvertretende Geschäftsführer des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF), Gerald Murauer, wurde im Februar 2007 zum Interims-Manager bestellt, die zweite Stelle mit dem ehemaligen Geschäftsführer der Christian Doppler Gesellschaft (CDG), Laurenz Niel, belegt. Die Benennung des Generalsekretärs (General Manager) muss auf die noch ausstehende Entscheidung des Instituts-Präsidenten warten. Harari will den ISTA-Chef auf jeden Fall parallel zu den ersten Wissenschaftlern für die „Elite-Uni“ suchen. Seine Annahme: „Ein erstes Experiment am Campus wird es nicht vor der ersten Jahreshälfte 2008 geben“(11), weist auf die Ungewissheit der Zeitdimension hin. Zuerst müssen einmal bis Ende 2007 die auf dem 44 Hektar großen Gelände der Landesnervenklinik Gugging untergebrachten PatientInnen übersiedelt werden. In 15 Jahren erhofft sich Harari dann 600 bis 1.000 Angestellte und 40 Wissenschaftler-Gruppen, die sich zuerst einmal der Grundlagenforschung widmen werden (12). Ganz der Konkurrenzpraxis entsprechend soll auch ein Wettbewerb für das erste Auditorium ausgeschrieben werden.

Antworten

Das Institut wird von einem Präsidenten, der von Vertretern von Bund und Land sowie dem Kuratorium bestellt wird, geleitet. Bewerben können sich Postdocs oder PhD-Studenten. Diese müssen Studiengebühren bezahlen, können jedoch Stipendien sowie ein Dienstverhältnis in Rahmen der Forschungstätigkeit bekommen. Nach derzeitigen Plänen ist im ISTA keinerlei Mitbestimmung der Doktoranden und jungen Forscher vorgesehen und die Befürchtung, in studienrechtlichen Fragen und bei Gestaltung und Organisation der PhD-Programme der Willkür der Leitung des ISTA ausgeliefert zu sein, ist vorhanden. Ebenso ist das Universitätsgesetz 2002 und das HochschülerInnenschaftsgesetz für das ISTA nicht anwendbar. Fest steht aber, dass für die ersten zehn Jahre Kosten von 571,5 Mio. veranschlagt und für den laufenden Betrieb des In-

stituts 455 Mio. Euro reserviert wurden. Der Bund verdoppelte eingeworbene Drittmittel bis zu einem Betrag von 95 Mio. Euro. Die einmaligen Errichtungskosten von 80 Mio. Euro werden von Niederösterreich getragen. Dazu kommen Grundstückskosten von 35 Mio. Euro und Kosten für eine Verkehrsanbindung von 1,5 Mio. Euro. Beim letzten von der Industriellenvereinigung organisierten Abendessen versicherte der IV-Präsident Veit Sorger aber, dass man bei der Finanzierung jedenfalls auf die Industrie zählen könne. Unternehmen wie Voest Alpine oder Böhler-Uddeholm wären neben der Industriellenvereinigung nur zwei weitere Beispiele...(13)

Konklusio

Wenn Wissen als eine Kapitalsorte (14) verstanden werden kann, die Ökonomisierung des öffentlichen Sektors oder auch die Implementierung von neoliberalen Zielwerten in Bildungsbereiche nicht verdrängt wird, müsste die vorläufige Schlussfolgerung wohl lauten:

Forschung ist die Umwandlung von Geld in Wissen. Innovation die Umwandlung von Wissen in Geld. Der Verzicht auf Gender-Endungen bewusst.

Ewa Agata Dziedzic
Dissertantin
am ipw

Weltbeste Unis 2006		
Rangliste der Top 500 mit Veränderung zu 2005		
Weltweit		
1	Harvard/USA	→
2	Cambridge/GBR	→
3	Stanford/USA	→
4	Berkeley/USA	→
5	MIT/USA	→
6	Caltech/USA	→
7	Columbia/USA	→
8	Princeton/USA	→
8	Chicago/USA	↗
10	Oxford/GBR	→
Deutschsprachiger Raum		
27	ETH Zürich/SUI	→
51	U. München/GER	→
Österreichische Unis		
ab 101 – Reihung in 50er-Gruppen		
ab 201 – Reihung in 100er-Gruppen		
151-200	Uni Wien	↘
201-300	Uni Innsbruck	→
201-300	Med Uni Wien	NEU
301-400	Uni Graz	→
301-400	TU Wien	→
401-500	Med Uni Graz	→
401-500	Med Uni Innsbr.	→

Quelle: APA, Shanghai Jiao Tong Universität
DER STANDARD

Abbildung aus:
Schlechte Noten für Wien im Uni-Ranking; Url:
<http://derstandard.at/?url=?id=2566339>, vom 31.8.2006 (28.02.2007)

Fußnoten:

- (1) Wallerstein, Immanuel (1979). *The Capitalist World-Economy*. Cambridge: University Press.
 - (2) Wallerstein, Immanuel/Balibar, Etienne (1991). *Race, Nation, Class. Ambiguous Identities*. London: Verso.
 - (2) "Vienna University of Excellence (VUE)" – Machbarkeitsstudie: Url: <http://www.wzw.at/index.php?s=1&show=36&a=0&la=de> (27.02.2007)
 - (3) Nimmervoll, Lisa: „Elite-Uni“ soll von Wien aus starten, Url: <http://derstandard.at/?url=?id=2470541>, vom 08.03.2007 (28.02.2007)
 - (4) Pauli, Ruth: „Forschung ist organisierte Neugier“, Url: <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3946&Alias=wzo&lexikon=Wissenschaft&letter=W&cob=248211>, vom 16.09.2006 (27.02.2007)
 - (5) Uni Wien soll „europäische Forschungsuni“ werden: Url: <http://science.orf.at/science/news/147386>, vom 26.02.2007 (26.02.2007)
 - Anm: Gegen die umstrittene Tatsache, dass Österreich für das Jahr 2005 erst auf Platz 85 rangiert, hilft vielleicht der vom kürzlich wiedergewählten Rektor Winckler geäußerte Wunsch, die Uni Wien soll (auch) eine „europäische Forschungsuni“ werden.
 - (6) Summers, Lawrence H.: Letter from President Summers on women and science, Url: <http://www.president.harvard.edu/speeches/2005/womensci.html>, vom 19.01.2005 (25.02.2007)
 - Anm: Als Erinnerungsstütze kann hier die 2005 von Harvard-Präsidenten Lawrence Summers getätigte Aussage, wonach Frauen die „innere Befähigung“ zu besonderen Leistungen in den Naturwissenschaften fehle, fungieren.
 - (7) Hey, Barbara/Neissl, Julia (2005). *Gender Proofing des Auswahlverfahrens für ProfessorInnen an der Karl-Franzens Universität Graz*. Endbericht Koordinationsstelle für Geschlechterstudien, Frauenforschung und Frauenförderung. Graz.
 - (8) Die Lissabon-Strategie - Für ein Europa der Spitzenklasse. Themen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament, Url: <http://www.spd-europa.de/index.php?pageId=13> (25.02.2007)
 - (9) Hartmann, Michael (2002). *Der Mythos von Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
 - Hartmann Michael (2004). *Eliten in Deutschland. Rekrutierungswege und Karrierepfade*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B10/2004, S.17-24.
 - (10) Heckhausen, Heinz (1974): *Leistung und Chancengleichheit*. Göttingen. Verlag für Psychologie/ Hogrefe.
 - (11) Chef, Forscher und Name für Elite-Uni gesucht: Url: <http://derstandard.at/?url=?ressort=uni>, vom 04.01.2007 (26.02.2007)
 - (12) Für Ista in Gugging gilt: Gut Ding braucht Weile: Url: <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3936&Alias=wzo&cob=272744>, vom 01.03.2007 (01.03.2007)
 - (13) Der Generaldirektor der Böhler-Uddeholm AG, Claus Raidl, ist im Dezember 2006 bei der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums zum Vorsitzenden (Board of Trustees) gewählt worden.
 - (14) Annahme, dass ein über Generationen angehäuftes Wissen zur weiteren Durchsetzung von Herrschaftsverhältnissen oder zur Machterhaltung benutzt wird, d.h.: Wissen als eine der Kapitalsorten der Reproduktion alter oder Etablierung neuen Gedankengutes aufgrund ökonomischer Interessen dient.
- Vgl. dazu: Bourdieu, Pierre (1983). *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: Kreckel, Reinhard v. (Hrsg): *Zur Theorie sozialer Ungleichheiten*. Göttingen: Soziale Welt. Sonderband 2. S.190 f.

Interview mit Barbara Blaha

von Gerti Zupanich



Barbara Blaha, Vorsitzende der ÖH und Germanistikstudentin, hat nach dem Regierungswechsel 2007, wegen ihrer Enttäuschung über das nicht eingehaltene Wahlversprechen der SPÖ, vehement Stellung gegenüber

„ihrem“ Bundeskanzler bezogen. Sie wollte es zunächst nicht glauben, dass der Studienbeitrag aufrecht bleiben sollte. Ihrer raschen Reaktion, gemeinsam mit anderen Studierenden eine Protestaktion zu starten, ist es zu verdanken, dass sich der Druck auf die Regierung verstärkte und die Öffentlichkeit aufmerksam wurde. Gerade ihr Parteaustritt aus der SPÖ – eine Konsequenz der Beibehaltung des Studienbeitrages – hat ihre mediale Präsenz verstärkt. Sie wurde öffentlich als Galionsfigur des studentischen Widerstandes wahrgenommen. Die Medien bemühen sich seither um Interviewtermine und auch Politix wollte Barbara Blahas Stellungnahme einholen.

Politix: Welche Schlüsse können aus der Nichteinhaltung eines Wahlslogans der einstigen Oppositionspartei SPÖ gezogen werden? Was können sich Studierende von dieser neuen Regierung erwarten, in Bezug auf Verbesserungen im Studienalltag?

Barbara Blaha: Es war natürlich eine große Ernüchterung, als mir klar wurde, dass das Wahlversprechen der SPÖ nicht eingehalten wurde. Mit unseren spontan einsetzenden Demonstrationen ist es den Studierenden jedenfalls gelungen ihren Forderungen Nachdruck zu geben. Bundeskanzler Gusenbauer ist durch unsere Protestaktionen unter Zugzwang gekommen, hat versucht etwas in Richtung finanzieller Absicherung zu verbessern und die Erhöhung der Stipendien angekündigt. Wenn man/frau sich das Regierungsprogramm genauer ansieht, hätten auch andere Personengruppen Grund genug gehabt auf die Straße zu gehen. Zum Beispiel die PensionistInnen, wegen der Nichtrücknahme der Pensionsverschlechterungen durch die vorherige Regierung. Oder der Gewerkschaftsbund, weil bei den Lehrlingen der Kündigungsschutz massiv

eingeschränkt wurde. Doch anscheinend bezieht der ÖGB eine abwartende Position. Ich fand es auch richtig bei der Angelobung der neuen Regierung zu protestieren. Ob wir Studierende nach der großen Enttäuschung auf eine Verbesserung des Studienalltags bauen können? Da bleibt auch uns nur, abwarten!

Politix: Mit welchen Aussagen warst du konfrontiert, als die heftigen Reaktionen der Studierenden einsetzten? (Stichwort Gusenbauer, der die Demos als eine der „linken Berufsdemonstranten“ bezeichnet hatte). Gab es irgendwann eine „private“ Aussprache zwischen euch nach deinem Parteaustritt?

Barbara Blaha: Ich sehe so eine Aussage, gerade wenn sie ein sozialdemokratischer Bundeskanzler macht, als unwürdig an, um nicht zu sagen als Frechheit. Die Diktion und Argumentation hört sich fast als ident mit der, der schwarz-blauen Regierung an. Gusenbauer scheint seine Aussage danach Leid getan zu haben und er versuchte sie abzuschwächen. Auch seine ursprünglichen Argumente bezüglich der Fotos des FPÖ-Parteiobmanns Strache, von wegen „Jugendsünden“ gehen in dieselbe Richtung. Als ein „privates“ Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und mir kann ich unser Treffen nicht bezeichnen. Einige Jugendorganisationen und ich von der ÖH sind ins Bundeskanzleramt eingeladen worden. Nach anderthalb Stunden sind wir ohne Annäherung der Standpunkte auseinander gegangen. Über meinen Parteaustritt haben wir nicht gesprochen.

Politix: In Beobachtung diverser Diskussionen in den Medien fällt auf, dass du dich oft in einer Runde meist männlicher VertreterInnen behaupten musstest, die arrivierte und bereits lange in der Politik tätig sind. Bist du als Person – auch weil jung und weiblich – respektvoll behandelt worden? Oder, möglicherweise nach dem Motto: was kann diese junge Studentin uns an Argumenten entgegen setzen. Die Realität wird ihr schnell zeigen, wie Politik- und Machtmechanismen funktionieren?

Barbara Blaha: Egal, welche Termine ich auch wahrnehme, ich bin schon daran gewöhnt als Frau meist nur Männern gegenüber zu sitzen, ob dies nun Rektoren oder Regierungsvertreter sind. Mit der Zeit legt frau sich eine „dicke Haut“ zu, um in den Männerrunden bestehen zu können. Durch die bisher gemachten Erfahrungen bin ich schon sehr sicher geworden.

Politix: Noch eine letzte Frage. Bei der vorher-

rigen Ministerin Gehrler hatten BeobachterInnen den Eindruck, dass Anliegen seitens der Studierenden übergangen oder erst gar nicht angehört wurden. Hoffst oder bemerkst du eine Veränderung zum Positiven in der neuen Regierungskoalition und bei den Rektoren, sowohl was die allgemeine Einstellung zur Hochschulpolitik betrifft als auch die eingeforderte Mitgestaltung der Studierenden-VertreterInnen, die de facto 2002 abgeschafft wurde?

Barbara Blaha: Mit unserem zuständigen Minister, Gio Hahn, hatte ich bereits kurzen Kontakt. Er verhielt sich eher unverbindlich und zurückhaltend. Wie er sich gegenüber den Studierenden positioniert, wird sich erst

zeigen. Die erste Bewährungsprobe hat er im Sommer mit dem Finanzminister Molterer, wenn er mit ihm die Ausweitung der Stipendien aushandeln muss. Eigentlich habe ich mir von einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung schon positive Veränderungen erwartet, wobei mir klar war, dass mit einer ÖVP nicht alle sozialdemokratischen Uni-Forderungen umgesetzt werden können. Dass die Bilanz nach nur einem Monat dermaßen ernüchternd ausfällt, hat mich in meiner anfänglichen positiven Grundhaltung gebremst.

Das Interview führte **Gerti Zupanich**, Absolventin am ipw und Redaktionsmitglied

“Training for First Time University Teachers” (Bratislava, Januar 2007)

Ein Erfahrungsbericht von Julia Mourão Permoser

Am 15. und 16. Januar 2007 fand ein Training in Bratislava statt, das hauptsächlich auf Doktoratstudenten ausgerichtet war und zum Ziel hatte, JungwissenschaftlerInnen auf die Lehre vorzubereiten. Dieses Training war eines einer Serie workshop-artiger Veranstaltungen, die von der epsNet (European Political Science Network) initiiert wurden und heute zusammen mit mehreren anderen Organisationen sowie doktorat.at, Slovak PhD. Students' Association, Universität Wien und Comenius University in Bratislava gestaltet und durchgeführt werden. Die Trainings bieten eine hervorragende Möglichkeit für Doktoratstudierende sich mit erfahrenen ProfessorInnen sowie mit anderen jungen LektorInnen über die Herausforderungen der Lehre auszutauschen und Einblicke in neue Methoden und Techniken des Unterrichts zu gewinnen.

Das Training in Bratislava dauerte zwei Tage und war in drei Bereiche unterteilt. Zuerst referierten erfahrene ProfessorInnen über erfolgreiche Methoden des Hochschulunterrichts. Dann präsentierten die JungwissenschaftlerInnen ihre ersten Erfahrungen mit der Lehre. Und zuletzt gab es einen interaktiven Workshop. Zu den Schwerpunkten des Trainings zählten folgende Themen: „Wie strukturiert man am besten eine Lehrveranstaltung?“, „Wie kann man Studierende motivieren?“, „Welche originelle Aktivitäten können zur Qualität einer Lehrveranstaltung beitragen?“, „Wie kann man komplizierte Theorien verständlich für die Studierenden machen?“ etc.

Die Kosten des Trainings – Anreise, Unterkunft und Verpflegung – wurden für ausgewählte TeilnehmerInnen voll finanziert. Die TeilnehmerInnen mussten dafür einen Artikel schreiben, der dann von der epsNet in der Serie „How to Teach Political Science? The Experience of First-time University Teachers“ publiziert wird. Außerdem sind die Artikel auf der Website des Trainings verfügbar. Weiters stehen dort auch viele interessante Links über Hochschulunterricht zur Verfügung, sowie ein Archiv mit Essays, die in den vergangenen Trainings präsentiert wurden. Darüber hinaus können auch Call for Papers für zukünftige Trainings heruntergeladen werden. Das nächste Training findet in Ljubljana von 22. bis 24. Juni 2007 statt. Interessierte können alle relevanten Informationen unter dem folgenden Link bekommen: <http://www.fses.uniba.sk/staff/gregusova/English/EPSNet/>

Angesichts der dramatischen Vernachlässigung der Lehre an Österreichischen Universitäten und der daraus folgenden Knappheit an Trainingsangeboten für junge Lehrende, bieten die von der epsNet veranstalteten Workshops eine seltene Gelegenheit für NachwuchswissenschaftlerInnen ihr Engagement und Professionalität zu zeigen und weiterzuentwickeln. Für alle, die die Lehre wirklich ernst nehmen, kann ich die epsNet Trainings nur empfehlen.

Julia Mourão Permoser

Universitäts-Assistentin in Ausbildung am ipw und Redaktionsmitglied

Die „S1“ Stelle:

Möglichkeiten und Grenzen der aktuellen Unipolitik für NachwuchswissenschaftlerInnen

von Julia Mourão Permoser und Paul Just

Im Zusammenhang mit dem UG 2002 (1) wurde eine Neustrukturierung des wissenschaftlichen Universitäts-Personals unternommen. Der Mittelbau wurde abgeschafft und alle neuen Verträge wurden auf begrenzte Zeit ausgestellt. Außerdem ist das wissenschaftliche Personal seitdem auf drei Säulen unterteilt: UniversitätsassistentInnen in Ausbildung (S 1), UniversitätsassistentInnen (S 2) und UniversitätsprofessorInnen. Mit den so genannten S1-Stellen wurde eine neue Stelle geschaffen, die einen Beginn in die wissenschaftliche Karriere für DissertantInnen darstellt. Während früher der Doktor-Titel für den Eintritt in eine wissenschaftliche Karriere unabdingbar war, kommt es jetzt mit den S1-Stellen zu einer Öffnung der Universität nach unten. Allerdings sind die Möglichkeiten für junge WissenschaftlerInnen sehr begrenzt, weil die momentane Hochschulpolitik Vertragsverlängerungen nicht zulässt. Eine Verbesserung könnte der Kollektivvertrag mit sich bringen, der nach vierjährigen Verhandlungen kurz vor Abschluss zu stehen scheint.

Auf dem Institut für Politikwissenschaft gibt es momentan sieben S1 Stellen, also Doktoratstudierende, die als „UniversitätsassistentIn in Ausbildung“ angestellt sind. Einerseits dürfen sie die Hälfte ihrer Zeit für die eigene Forschung (sprich die Dissertation) verwenden, andererseits soll die restliche Zeit für die wissenschaftliche Mitarbeit am Institut genutzt werden. Darunter fallen Dinge wie das Abhalten von Lehrveranstaltungen, die Beteiligung an Forschungsprojekten und die Unterstützung des/der jeweiligen ProfessorIn. Somit sind die S1-Angestellten im Gegensatz zu StipendiatInnen oder InitativkollegiatInnen stärker in die Arbeit des Instituts eingebunden. In diesem Sinne soll die S1-Stelle nicht lediglich als eine neue Förderungsmöglichkeit für DissertantInnen angesehen werden, sondern als die Neueinführung einer Berufskategorie.

In vielerlei Hinsicht bedeutet dies eine grundlegende Veränderung von bisheriger Personalpolitik an der Hochschule. Zu den Vorteilen der neu eingeführten S1-Stellen zählt zweifellos, dass das Schreiben einer Dissertation als eigentliche Arbeit angesehen wird. Darüber hinaus hat die S1-Stelle zumindest the-

oretisch das Potenzial, die Universität zu demokratisieren, indem jungen Menschen mit sozial schwächeren Hintergründen – die sich einen Spätanfang im Berufsleben nicht leisten können – eine akademische Karriere erleichtert wird. Schließlich trägt die S1-Stelle dazu bei, einen brain drain in andere finanzstarke Bildungssysteme zu verhindern, wie das jahrelang mit Deutschland und seinem ausgeprägten Stiftungswesen der Fall war. Insofern deutet die Schaffung der S1-Stellen auf den politischen Willen hin, das akademische Potential der jungen Generation zu fördern.

Dieses Ziel scheitert jedoch an den mangelnden Zukunftsperspektiven, die die gegenwärtige Hochschulpolitik den jungen NachwuchswissenschaftlerInnen bietet. Denn laut geltender Universtitätspolitik ist eine Verlängerung bzw. Umwandlung des S1-Vertrages in einen S2-Vertrag untersagt. Nachdem die auf vier Jahre befristete S1-Stelle ausläuft, sind zwei Jahre auf einer anderen Institution zu verbringen. Das heißt, dass sich UniversitätsassistentInnen in Ausbildung nach vier Jahren nach einer anderen Arbeitsstelle umsehen müssen, bevor sie im Falle einer erfolgreichen Bewerbung weiter auf der Karriereleiter ihrer Heiminstitution hinaufklettern können.

Was könnten die politischen Intentionen hinter dieser Regelung gewesen sein? Die Abschaffung der Pragmatisierung und Verhinderung des Klientelismus? Sicherlich, aber wie sollte die Karrierelaufbahn junger NachwuchswissenschaftlerInnen weitergehen? Offensichtlich folgt die gegenwärtige Hochschulpolitik in diesem Punkt dem US-amerikanischen Vorbild ohne den österreichischen Kontext zu berücksichtigen. So gibt es in Österreich im Gegensatz zu den USA nur wenige mögliche wissenschaftliche ArbeitgeberInnen für junge WissenschaftlerInnen. Andererseits gibt es auf EU-Ebene immer noch zu wenige Post Doc-Stellen für Leute, die nach dem Doktorat noch keine Erfahrungen gesammelt haben. Auch wenn dies der Fall wäre, bedeutet die oben erwähnte Regelung einen Zwang zur Mobilität, der gewisse Gruppen benachteiligt. Insbesondere Familien und Frauen sind davon betroffen. Letztlich schafft diese Regelung auch einen negativen Anreiz für junge Wis-

senschaftlerInnen. Sie haben keinen Grund, ihre Forschungsinteressen auf die des Instituts einzurichten und sich vollen Herzens in der Lehre und in anderen institutsspezifischen Aktivitäten zu engagieren. Denn ein solches Engagement würde keinen positiven Einfluss auf ihre weitere Karriere haben.

In den USA werden solche Probleme durch das so genannte „Tenure-track“-Modell gelöst. In diesem Modell werden WissenschaftlerInnen in regelmäßigen Abständen evaluiert und nach der Produktivität und Qualität ihrer Lehre und Forschung bewertet. Anders als in Österreich spielen auch Lehrveranstaltungsbewertungen durch Studierende und institutsinternes Engagement eine wichtige Rolle. Von den Ergebnissen solcher Evaluierungen hängt die Verlängerung der Verträge ab. Im Fall einer negativen Bewertung können die WissenschaftlerInnen ohne weiteres gekündigt werden. Nach mehreren Vertragsverlängerungen erhält der/die WissenschaftlerIn einen „Tenure“, was mit der österreichischen Pragmatisierung vergleichbar ist. Der Tenure-track ist allerdings kein Bestandteil einer Uni-Karriere in den USA, sondern steht nur für eine kleine Anzahl von WissenschaftlerInnen offen. Laut einem aktuellen Bericht verfügten 2003 nur etwa 40% des wissenschaftlichen Hochschul-Personals in den USA über eine Tenure-track-Stelle (2).

Ein ähnliches Modell für eine Universitätslaufbahn wird gegenwärtig auch in Österreich im Rahmen der Verhandlungen zu einem Kollektivvertrag diskutiert. Obwohl keine offiziellen Ergebnisse von den Verhandlungen offen gelegt wurden, berichteten die Medien Anfang März 2007 über eine Einigung zwischen der Beamten-gewerkschaft und dem Dachverband der Universitäten (3). So soll es möglich sein, sich nach einer 4-6 jährigen Stelle als UniversitätsassistentIn (vergleichbar mit der jetzigen S1) auf eine so genannte „Laufbahnstelle“ zu bewerben. Darunter versteht man eine Post Doc-Stelle als „Assistant Professor“, die mit einer Qualifikationsvereinbarung mit der Universitätsleitung verbunden ist. In dieser Qualifikationsvereinbarung werden bestimmte Ziele, wie etwa das Schreiben einer Habilitationsschrift, festgeschrieben. Diese müssen in einen Zeitraum von sechs Jahren erfüllt werden. Innerhalb dieser Zeit wird der Fortschritt jährlich überprüft. Werden die festgelegten Ziele erreicht, wird die Stelle automatisch in eine unbefristete Stelle als „Associate Professor“ umgewandelt. Diese Stelle ist allerdings, so wie alle anderen, nach einer zweimaligen negativen Evaluierung auch kündbar. Um einen Vertrag mit erweitertem Kündigungsschutz zu bekommen, muss sich der/die Wissenschaft-

lerIn um die Stelle eines „Full Professor“ bewerben.

Dieses Laufbahnschema unterscheidet sich also vom jetzigen Modell (UG 2002) indem es NachwuchswissenschaftlerInnen ermöglicht wird, ohne Unterbrechungen, an einem Institut Karriere zu machen. Die zwei Jahre an einem anderen Institut sind nicht mehr notwendig und man steigt bei Erfüllung der Qualifikationsvereinbarung automatisch in die nächst höhere Position auf. Somit scheint das Laufbahnschema eine bessere Lösung für jene Probleme, die durch die Pragmatisierung verursacht worden sind, zu sein. Einerseits können unproduktive Stellen einfacher gekündigt werden, andererseits bietet dieses Modell ausreichende Zukunftsperspektiven für junge WissenschaftlerInnen. Offen bleibt jedoch, wie viele Stellen dafür eingeplant werden. Laut derStandard.at geht der Vorsitzende des Dachverbandes der Universitäten, Rudolf Ardelt, zwar optimistisch von einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen vor dem Sommer 2007 aus (4). Dennoch weist in diesem Zusammenhang der Betriebsrat der Universität Wien daraufhin, dass momentan die Ergebnisse der laufenden Verhandlungen nicht eingeschätzt werden können (5). Letztendlich wird es am politischen Willen liegen, zu zeigen, wie viel die Förderung von NachwuchswissenschaftlerInnen wert ist.

Julia Mourão Permoser

Universitäts-Assistentin in Ausbildung am ipw und Redaktionsmitglied

Paul Just

Studienassistent am ipw

Fußnoten:

(1) Universitätsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 120/2002, <http://www.univie.ac.at/personal/info/pdf/ug2002.pdf>

(2) Center for the Education of Women, University of Michigan, 2006. Non Tenure Track Faculty: The Landscape at U.S. Institutions of Higher Education. Executive Report, November 2006, <http://www.umich.edu/~cew/PDFs/NT-Execsumm06.pdf> (06.03.2007)

(3) science.ORF.at, Neues Uni-Laufbahnschema vorgestellt, <http://science.orf.at/science/news/147248> (15.2.2007)

(4) DerStandard.at, Das neue Uni-Laufbahn-Schema: Kündigung jederzeit möglich, <http://derstandard.at/?url=?id=2770033> (02.03.2007)

(5) Betriebsrat Nachrichten 05, <http://brwup.univie.ac.at/index.php?id=14652#c30329>, (Februar 2007)

Gelegentlich entsteht Neues:

Das Graduiertenzentrum [GZ] an der Fakultät für Sozialwissenschaften

von Thomas König

Es komme ihm so vor, als täte der österreichische Staat alles, um seinen StaatsbürgerInnen, denen er zuerkennt, die höchsten Bildungsstufen zu erreichen, gleichwohl das Absolvieren derselben systematisch zu vermiesen. So kommentierte kürzlich ein Berliner Kollege die hiesige Situation der DoktorandInnen, nachdem er – einigermaßen ungläubig – erfahren hatte, unter welchen Bedingungen hierzulande das Doktorat gemacht wird. Tatsächlich ist es für Außenstehende nicht gerade einfach zu verstehen, wie hier vorgegangen wird. Man kann ja dem Gerede von Eliten einigermaßen kritisch gegenüber stehen. Aber mit allein logischen Parametern ist nicht zu begreifen, warum es im österreichischen Wissenschaftssystem so etwas wie Nachwuchsausbildung gibt, wenn doch der ausgebildete Nachwuchs keinen Anreiz bekommt, diese Ausbildung zu machen.

Das ist die eine Seite. Die andere verblüfft genauso: Zugleich stehen wir nämlich vor der Tatsache, dass allein in der Politikwissenschaft an der Uni Wien die Zahl der DoktorandInnen von 290 im Wintersemester 2004/05 auf 406 im Wintersemester 2006/07 gestiegen ist (und insgesamt dürften, ohne Kenntnis der genauen Zahlen, bereits knapp 1000 DoktorandInnen an der Fakultät für Sozialwissenschaften zugelassen sein). Liefere also, wie der Berliner Kollege mutmaßte, die nationale Strategie auf eine Reduktion von wissenschaftlichem Nachwuchs hinaus – sie wäre komplett gescheitert.

Natürlich ist die perplex-komplexe Situation nicht in Kennziffern der letzten drei Jahre abzubilden, dafür währt sie viel zu lange schon an. Es ist auch allen, die die österreichische Innensicht kennen, klar, dass es gar keine eindeutige Strategie der Nachwuchsausbildung gibt. Das ist eine einigermaßen betrübliche Einsicht. Was es schon gibt – und hier wird die Einsicht vor dem Hintergrund der Eliten-Diskussion interessant – das sind einige recht unterschiedliche Strategiebildungskonzepte, die aber nicht deutlich werden, weil sie eben hinter dem Elitendiskurs schwelen. Nur wenige

dürften heute in der Lage sein, der komplexen Entwicklung insgesamt noch folgen zu können, die in Stichworten von „Bolognaprozess“ bis „Zielvereinbarungen“ reicht. Und mitten drinnen, als eine Art Anomalie im Gefüge: das Graduiertenzentrum an unserer Fakultät.

Die neue Welt

Indem die Universitäten die Vollrechtsfähigkeit erfahren haben und nun also „autonom“ sind, wurde das hiesige Hochschulwesen sehr plötzlich auf die Ebene „modernster“ wissenschaftspolitischer Gesetzgebung und Verwaltung katapultiert. Im Zuge dessen hat sich die (verspätete) Erkenntnis durchgesetzt, dass, wer gute Wissenschaften state of the art im Land haben will, auch gute Ressourcen für die Nachwuchsausbildung zur Verfügung stellen muss. So weit, so logisch. Aber, wie gesagt, die Konzepte dafür sind recht unterschiedlich. Das macht es zusätzlich schwierig zu verstehen, wie sich die in Kraft gesetzten Instrumente zur Nachwuchsförderung zueinander verhalten.

An der Uni Wien sind in den letzten drei Jahren folgende Instrumente eingesetzt worden: 1) MitarbeiterInnen der Universität bekommen die Studiengebühren zurückerstattet (Dies ist eine keineswegs selbstverständliche, weil an kaum einer anderen Uni verfügte Geste, die sich natürlich vor allem an den Nachwuchs richtet). 2) Stellen werden bevorzugt mit Nachwuchs (den so genannten „Wissenschaftlichen AssistentInnen in Ausbildung“, also DoktorandInnen) besetzt. 3) Vermehrtes Augenmerk wird auf die Einrichtung von Doktoratsprogrammen gelegt; dabei stellen die vom Rektorat eingerichteten Initiativkollegs gewissermaßen eine „Anschubfinanzierung“ dar. Das sind nur drei Beispiele; sie befinden sich auf ganz unterschiedlichen organisatorischen und budgetären Ebenen, und haben dennoch dasselbe Ziel der Nachwuchsförderung. Österreichweit wären noch viel mehr Initiativen zu nennen.

Eine weitere Initiative der Universität Wien

ist das Graduiertenzentrum, und doch ist sie nochmals anders als die andern. Das liest sich schon an ihrer Entstehungsgeschichte ab: Als eine Idee von 5 Doktoratsstudierenden, die anlässlich der Fakultätstagung im Juni 2005 vorgestellt wurde und – zur Überraschung aller Beteiligten – nicht nur die Aufmerksamkeit des Rektors, sondern auch seine Befürwortung bei den Zielvereinbarungsgesprächen 2005 der Fakultät für Sozialwissenschaften gefunden hat und sich damit materialisierte. Die rasche Umsetzung der zwar ausgetüftelten, in der wissenschaftspolitischen Bedeutung aber nicht gerade „bequemen“ Konzeption des GZ weist darauf hin, dass die Uni-Autonomie tatsächlich flexibel sein und eine kürzere Phase zwischen Entwicklung und Realisierung von wissenschaftsorganisatorischen Projekten bewirken kann. Es ist außerdem möglich, initiativ und damit erfolgreich zu sein. Das sind wichtige und in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Signale für NachwuchswissenschaftlerInnen.

Als ich einer Philosophin die kurze Geschichte des GZ erzählt habe, brachte sie ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass in Österreich die wirklichen Innovationen im Bildungsbereich immer nur von oben verfügt worden seien. So kann man natürlich auch die Entstehung des GZ deuten. Wenn man das aber nicht nur als eine gewisse Resignation vor der mangelnden Effizienz der (ehemals) demokratischen Strukturen an den österreichischen Universitäten verstehen möchte, liest es sich wie eine Aufforderung, an dem autoritären Mechanismus substantielle Veränderungen zu bewirken. Das GZ könnte einen kleinen Beitrag dazu darstellen. De iure seit März, de facto seit Mai 2006 ist es nun eingerichtet. Warum ist es nicht mehr als eine weitere der inzwischen schon recht zahlreichen Dienstleistungseinrichtungen auf der Uni? Und wie komme ich dazu, das Konzept des GZ als „nicht grade bequem“ zu bezeichnen? Konkret möchte ich das beantworten, indem ich die angeführte wissenschaftspolitische Konzeption des GZ reflektiere und im Weiteren einige konkrete Maßnahmen, die wir in den letzten Monaten durchgesetzt haben, vorstelle.

Konzept, Programmatik, Strategie

Das größte Missverständnis in Bezug auf das Graduiertenzentrum lässt sich mit der Frage umreißen, ob es sich dabei um ein Graduiertenkolleg handelt. In aller Deutlichkeit: nein! Von einem Kolleg unterscheidet sich das GZ in jeder Hinsicht: es ist inhaltlich nicht auf eine bestimmte Themenstellung festgelegt,

sondern zunächst einmal „leer“. Es bündelt auch nicht (wenige) DoktorandInnen um dieses Thema, sondern ist zuallererst eine offene Plattform – zugänglich für alle, die an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Uni Wien Doktorat studieren. Dahinter steckt ein dezidiertes bottom-up-Konzept, welches das GZ nun tatsächlich von allen anderen Formen der DoktorandInnenförderung unterscheidet. Hier sind DoktorandInnen nämlich aufgefordert, selbst Hand anzulegen. Es wird deutlich, wie sehr sich diese Idee von anderen Strategien im Feld der Nachwuchsausbildung, die alle mehr oder weniger deutlich von einem top-down-Konzept ausgehen, unterscheidet.

Nur, was bedeutet „leer“, „offen“ und „selbst Hand anlegen“? Jedenfalls nicht, dass das GZ keine Programmatik besitzt. Vielmehr ließe sich diese Programmatik folgendermaßen als Hypothese beschreiben: Wenn es der österreichischen Wissenschaftslandschaft, insbesondere in den Sozialwissenschaften, bisher an Vernetzung, wissenschaftlichem Austausch und Anschluss an den internationalen state of the art gebrach, dann sind insbesondere die NachwuchswissenschaftlerInnen zu motivieren, initiativ zu werden. Einerseits hat das GZ den Auftrag, beratend im Doktoratsstudium tätig zu sein. Andererseits – und vor allem – sind Doktoratsstudierende (hier programmatisch im Sinne der EU-Diktion als „Early Stage Researchers“ verstanden) auch eingeladen und aufgefordert, selbst für Vernetzung, internationalen Austausch und wissenschaftliche Diskussion zu sorgen.

Das GZ selbst ist lediglich die Plattform, die Initiativen hinsichtlich Budget und Ressourcen unterstützen kann (siehe dazu auch die Website: <http://univie.ac.at/gz-sowi> -> „Projekte“). Denkbar ist dabei alles: von Forschungsgruppen, bestehend aus Doktoratsstudierenden, die eine Finanzierung für eine Klausur oder ein Coaching haben wollen, über die Organisation von Räumlichkeiten für regelmäßige Lesekreise, bis zur Organisation von wissenschaftlichen Tagungen und Workshops. Die einzigen zwei Bedingungen sind dabei: die Initiativen müssen von den Doktoratsstudierenden der Fakultät getragen werden, und die Veranstaltung muss Doktoratsstudierenden der Fakultät zugute kommen. Das Ziel des GZ ist es, dass sich die oft genannten Probleme des Doktoratsstudiums, namentlich Vereinsamung und fehlender disziplinärer und internationaler Anschluss und Austausch in Zukunft nicht mehr stellen.

Das zu schaffen bedeutet allerdings einen ge-

hörigen Bruch mit den bisherigen universitären Gepflogenheiten und ist daher ein schwierigeres Unterfangen, als es zunächst den Eindruck machen würde. Dabei sind weniger dezidierte Widerstände als Hindernis zu sehen denn vielfaches Unwissen über die konkrete Situation und den universitären wie wissenschaftlichen Kontext, über die genaue Rechtslage und die tatsächlichen Möglichkeiten (und Grenzen) kreativer Wissenschaftsorganisation darin – und zwar sowohl auf Seiten des wissenschaftlichen Nachwuchses als auch auf Seiten der BetreuerInnen. Die strategische Arbeit des GZ und seiner MitarbeiterInnen geht zunächst also vor allem dahin, hier Aufklärungs- und Vernetzungsarbeit selbst voranzutreiben. Eine der interessantesten (und zugleich zu wenig genutzten) Effekte der Universitätsreform ist, dass es eine Reihe von Einrichtungen gibt, die für Unterstützung und Bereitstellung von Ressourcen bestehen. Vernetzung bedeutet also für das GZ selbst zunächst einmal, Kooperation mit diesen Einrichtungen zu erschließen.

Und die NachwuchswissenschaftlerInnen? Ihnen bietet das GZ gegen Aufwandsentschädigung die Möglichkeit, mit ihren Initiativen strategisches und praktisches Wissen durch Wissenschaftsorganisation zu sammeln. Sofern es auch einmal eigene Räumlichkeiten für das GZ gibt, stehen diese dann als konkreter, offener Raum für Treffen, Diskussion und Austausch zur Verfügung. Leider ist diese wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des GZ bis dato noch nicht realisiert worden. Letztlich sollen die unter dem Schirm des GZ organisierten wissenschaftlichen Veranstaltungen, insbesondere Workshops, auch zu einer Verbesserung des doch recht dürftigen Angebots im Doktoratsstudienplan beitragen. Das Doktoratsstudium steht auch im Mittelpunkt der Strategie des Graduiertenzentrums. Diese läuft nämlich auf die Etablierung eines neuen Doktoratsstudienplans hinaus, in dem das GZ die koordinierende Einrichtung für die Fakultät ist, über die verschiedene Ausbildungsschwerpunkte innerhalb des Doktoratsstudiums abgewickelt werden.

Für so viel Strategie und Programmatik bedarf es intensiver Diskussionen und einer guten Einbettung in der Fakultät. Letzteres ist gewährleistet durch die Leitung des GZ durch Dekan Richter und Vizedekanin Kreisky, sowie durch zahlreiche Vernetzungstätigkeiten und der Kooperation mit dem Methodenforum der Fakultät. Ersteres ist gesichert, weil das Graduiertenzentrum von Anbeginn strategisch und programmatisch begleitet wird: Die Steuerungsgruppe des GZ setzt sich aus rund 25

Doktoratsstudierenden der Fakultät zusammen und trifft sich zweimal im Semester, um die Tätigkeiten des GZ kritisch zu reflektieren und Vorschläge für weitere Aktivitäten zu geben.

Was getan werden muss

Als konkrete Arbeitsbereiche haben sich in den letzten neun Monaten vier Bereiche herauskristallisiert: 1) Verbesserung der Methodenausbildung im Bereich der empirischen Sozialforschung. 2) Informationen über aktuelle Trends im Bereich Forschungsförderung, Wissenschaftsmanagement, etc. aufbereiten. 3) Profilbildung der Doktoratsausbildung durch enge Kooperation mit den Forschungsschwerpunkten der Fakultät. 4) Entwicklung alternativer Formen von Lehre im Bereich des Doktoratsstudiums.

Ad 1) Für eine vertiefende Methodenausbildung wurde die Reihe „Methodenwerkstatt“ (MWS) entworfen, die bereits überaus erfolgreich läuft und bereits so etwas wie das Flaggschiff des GZ darstellt. Erstens, weil es eine erfolgreiche Kooperation verschiedener Partner ist: Neben dem GZ werden die Methodenwerkstätten von powi04 (Graduiertensektion der ÖGPW), der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) und dem Methodenforum der Fakultät für Sozialwissenschaften, mit freundlicher Unterstützung der Abteilung GSK des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, ausgerichtet. Das grundlegende Konzept der MWS ist es, renommierte, in der Forschung stehende ExpertInnen von außen zu holen und projektorientiert, das bedeutet in Auseinandersetzung mit den Dissertationskonzepten der TeilnehmerInnen arbeiten zu lassen. Jede MWS dauert drei Tage. Nach dem erfolgreichen Start mit MWS #1 (Inhalts- und Diskursanalyse) Ende Feber 2007 werden die kommenden Methodenwerkstätten im April (#2: Soziale Netzwerkanalyse), Mai (#3: Fokussierte Ethnographie) und September 2007 (#4: Kategorienanalyse) stattfinden. Verantwortlich für die Organisation der MWS ist eine Gruppe von (derzeit 9) DoktorandInnen der Fakultät. Call for Applications finden sich auf der Website des Graduiertenzentrums.

Ad 2) Die Informationsveranstaltungen zum Bereich Forschungsförderung und Wissenschaftsmanagement finden in einem verstärkten Ausmaß in Kooperation mit dem FWF (Fonds für Wissenschaft und Forschung) und der Forschungsabteilung der Uni Wien statt. Dazu wird es Ende März eine erste öffentliche Veranstaltung geben. Ebenfalls in diesen Be-

reich fällt eine Workshop-Reihe im April zum Umgang mit Literaturdatenbankverwaltungsprogrammen (etwa endnote, citavi, etc.). Als besonderes Projekt ist hier auch ein Dissertationsworkshop speziell für AnfängerInnen zu nennen, der eine intensive Woche im September umfassen wird. Diese Veranstaltungen werden vom MitarbeiterInnenteam des GZ organisiert. Auch hier gilt: Ankündigungen stehen auf der Website.

Ad 3 und 4) Für die Profilbildung der Fakultät wurden im Entwicklungsplan der Uni Wien Forschungsschwerpunkte festgelegt (siehe <http://www.univie.ac.at/rektorenteam/ug2002/entwicklungsplan.html>). Deren LeiterInnen stehen mit dem GZ in engem Kontakt, um DoktorandInnen, die diesen Forschungsschwerpunkten zugeordnet werden, Möglichkeiten zur Vernetzung und Austausch zu ermöglichen. Ebenfalls eine Art der Profilbildung ist die Entwicklung alternativer Lehrformen für den künftigen, neuen Doktoratsstudienplan. Hier geht es vor allem ums Ausprobieren, um die starre Trias von „Forschungsseminar“ – „Privatissimum“ – „Wahlfach“ aufzubrechen. Den ersten Testlauf – das Forschungsseminar

„Sozialwissenschaftliche Denkmuster“ – und seine Ergebnisse sind auf den folgenden Seiten genauer dokumentiert.

Zu guter letzt möchte ich noch darauf hinweisen, dass das Graduiertenzentrum derzeit eine Projektlaufzeit von drei Jahren (also bis Ende 2008) hat. Nach bisheriger Erfahrung wird sich erst bis dahin das volle Potential dieser Plattform entfaltet haben. Neben einer Reihe von Unzulänglichkeiten, die unsere Arbeit im Augenblick (noch) bestimmen, ist es doch gelungen, einige maßgebliche Veränderungen herbeizuführen. Zugleich dürfen wir nicht übersehen, dass sich das Profil des Doktoratsstudiums selbst gerade stark verändert. Ob die Konzeption des GZ einigen Jahren dem dann entwickelten Profil noch entspricht, ist derzeit kaum zu sagen. Bis dahin gilt aber: Beleben wir das sozialwissenschaftliche Feld in Wien durch unsere Initiativen. Seien wir innovativ! Nur Mut!

Thomas König

Wissenschaftlicher Assistent am Graduiertenzentrum der Fakultät für Sozialwissenschaften

Die Steuerungsgruppe des Graduiertenzentrums

von Erik Tajalli

Im März 2006 trafen sich erstmals DissertantInnen der Fakultät für Sozialwissenschaften, um über die Entwicklung des gerade in Entstehung begriffenen Graduiertenzentrums zu diskutieren und zu begleiten. Aus dieser Runde entstand die sogenannte Steuerungsgruppe des Graduiertenzentrums. Doch was verbirgt sich eigentlich hinter diesem technisch-bürokratischen Ausdruck?

Aufgaben

Bei den zweimal pro Semester statt findenden Treffen diskutiert die Steuerungsgruppe über die allgemeine Entwicklung des Graduiertenzentrums ebenso wie über konkrete Projekte, die im Rahmen des Graduiertenzentrums entwickelt werden.

Zentral in der Arbeit der Steuerungsgruppe sind vor allem die folgenden Punkte:

1. Zu Beginn der Tätigkeit der Steuerungs-

gruppe, als das Graduiertenzentrum noch im Projektstadium war, stand vor allem die strategische Ausrichtung des Graduiertenzentrums zur Debatte. Es wurde darüber diskutiert, welche Anforderungen an ein Graduiertenzentrum von Seiten der Doktoratsstudierenden überhaupt gestellt werden, welche Aufgaben das Graduiertenzentrum übernehmen kann und soll und vor allem wie auf die Bedürfnisse und die Anforderungen am besten eingegangen werden kann. Diese inhaltliche Auseinandersetzung mit den Aufgaben und Zielen des Graduiertenzentrums ist natürlich nie vollkommen abgeschlossen, sondern bedarf eines ständigen Erweiterungs-, Überprüfungs- und Erneuerungsprozesses, der nur in einer breiten Diskussion und unter Einschluss aller Studienrichtungen in diesem Forum erfolgen kann.

2. Die Steuerungsgruppe übernimmt eine wichtige beratende Funktion für die MitarbeiterInnen des Graduiertenzentrums. Neue

Ideen und Konzepte können hier erst besprochen und gemeinsam evaluiert werden. Im Rahmen der Steuerungsgruppe wurden die konkreten Richtlinien festgelegt, welche die Projekte und Forschungsgruppen erfüllen müssen, die um Förderung beim Graduiertenzentrum ansuchen. Die eingereichten Projekte werden in der Steuerungsgruppe besprochen und evaluiert, um so den MitarbeiterInnen des Graduiertenzentrums eine Hilfe bei der Entscheidung über deren Förderungswürdigkeit zu geben. Die MitarbeiterInnen des Graduiertenzentrums wiederum berichten der Steuerungsgruppe über die Aktivitäten des Graduiertenzentrums, über administrative Belange und legen das jährliche Budget vor.

3. In der ersten Phase der Etablierung des Graduiertenzentrums kommt der Steuerungsgruppe verstärkt die Arbeit zu, das Graduiertenzentrum als solches unter den Studierenden bekannt zu machen und auf die Möglichkeiten hinzuweisen, welche das Graduiertenzentrum für selbst entworfene Initiativen von Doktoratsstudierenden bietet. Es wird somit gewährleistet, dass der Bedarf der DoktorandInnen an der Fakultät direkt an das Graduiertenzentrum getragen werden kann, dass es also einen Informationsfluss in beide Richtungen zwischen DoktorandInnen und Graduiertenzentrum gibt.

Zusammensetzung und Arbeitsweise

Die Steuerungsgruppe besteht aus einem Kreis von 25 DissertantInnen der Fakultät, also der Doktoratsstudien Kultur- und Sozialanthropologie, Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie. Bei den regelmäßigen Treffen nehmen ca. 3-4 DoktorandInnen pro Studienrichtung teil. Diese Beschränkung der TeilnehmerInnenzahl bei den Treffen der Steuerungsgruppe auf maximal 15 Personen erwies sich als zweckmäßig, einerseits, um eine effiziente Diskussion und Entscheidungsfindung in der Gruppe zu ermöglichen und andererseits, um eine gleiche Repräsentation aller Studienrichtungen in diesem Forum zu gewährleisten (1). Schließlich fungieren die Mitglieder der Steuerungsgruppe als Relais zwischen dem Graduiertenzentrum und den Studierenden der jeweiligen Studienrichtung.

Erfahrungen

In dem knapp einen Jahr, seitdem sich die Steuerungsgruppe regelmäßig trifft, wurde der Kreis der TeilnehmerInnen an der Steuerungsgruppe schrittweise um alle Studienrichtun-

gen erweitert. Die Steuerungsgruppe half bei der strategischen Ausrichtung des Graduiertenzentrums ebenso mit, wie bei der Planung von Veranstaltungen oder bei der Ausarbeitung konkreter Richtlinien für die Projekteinreichung. In dieser Frühphase des Graduiertenzentrums, in welcher der Bekanntheitsgrad des Graduiertenzentrums unter den DoktorandInnen noch nicht so groß war, übernahmen einzelne Mitglieder der Steuerungsgruppe auch verstärkt die wichtige Arbeit, Ideen für erste Projekte des Graduiertenzentrums zu formulieren, gemeinsam mit anderen DoktorandInnen eigene Projekte umzusetzen oder etwa interdisziplinäre Forschungsgruppen zu bestimmten Themen zu initiieren. In diesem Sinne stellt die freiwillige, unentgeltliche Arbeit der TeilnehmerInnen der Steuerungsgruppe einen wichtigen Beitrag zum erfolgreichen Gelingen des Graduiertenzentrums und das Herzstück der Vernetzung von DoktorandInnen auf der Fakultät dar.

Erik Tajalli

Mitglied der Steuerungsgruppe des GZ, Scholar am Institut für Höhere Studien, Lektor und Dissertant am ipw.

Fußnote:

(1) Auf Grund der inhaltlichen und strukturellen Arbeit, welche die Graduierteninitiative powi04 auf der Politikwissenschaft bereits geleistet hatte, war die Studienrichtung Politikwissenschaft anfangs stark überrepräsentiert.

Forschungsseminar "Sozialwissenschaftliche Denkmuster"

– Erfahrungen mit einem Prototyp für zukünftige Lehrveranstaltungen für Doktoratsstudierende

von Thomas König

Eine der zentralen Erkenntnisse neuerer sozialwissenschaftlicher Wissenschaftstheorie besteht in der Einsicht, die Erkenntnisleistung empirischer Forschung als Teil eines epistemologischen Bruchs zu sehen. Die Idee war daher, für das Wintersemester 2006/07 ein Seminar anzubieten, das es DoktorandInnen der Fakultät und angrenzenden Disziplinen ermöglicht, diese Form der Reflexion für das eigene Dissertationsunterfangen in der Gruppe auszuprobieren. Wie es in der Beschreibung des Seminars heißt:

„Jede wissenschaftliche Reflexion bedingt eine paradigmatische Verankerung, die freilich ohne entsprechenden soziopolitischen und zeitlichen Kontext nicht denkbar ist. Weitere im Zusammenhang stehende Denkmuster in Betracht zu ziehen, einer in diesem Sinne reflexiven Diskussion der „Paradigmen“ statt zu geben, ermöglicht dann eine kompakte, durchargumentierte wissenschaftliche Auseinandersetzung. Diese Auseinandersetzung ist Gegenstand des Forschungsseminars.“

Eine neue Form des Seminars

Zugleich bildete das Seminar selbst eine neue Form der Auseinandersetzung. Es war interdisziplinär angelegt, was sich nicht nur auf die TeilnehmerInnen bezog, sondern auch auf die LeiterInnen der einzelnen Blöcke. Während nämlich Eva Kreisky, als Verantwortliche des GZ aus dem Team der VizedekanInnen, die Gesamtleitung des Seminars übernahm, wurden die insgesamt fünf Blöcke von verschiedenen WissenschaftlerInnen gestaltet: Elisabeth Nemeth (Professorin am Institut für Philosophie) übernahm die wissenschaftstheoretische Einleitung; die thematischen Blöcke wurden vor allem von Habilitierten bzw. Habilitierenden der Uni Wien, also post docs im weitesten Sinne, geleistet: Monika Bernhold (Projektleiterin am Institut für Zeitgeschichte, Block „Begriffe, Themen, Perspektiven von Cultural Studies und Kulturwissenschaft/en“), Brigitte Kossek (habilitiert am Institut für Geschichte, Block „feministische und postkoloniale Theorie“), Helmut Lukas (a.o. Professor am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie, Block „Materialismus“), und Hans Pühretmayer (Habili-

tant am Institut für Politikwissenschaft, Block „Poststrukturalismus/Critical Realism“).

Alle TeilnehmerInnen konnten sich zu Beginn mit ihrem Dissertationsthema einem dieser Blöcke zuordnen und wurden in weiterer Folge von den jeweiligen LeiterInnen zu Vorbesprechungen für die gemeinsame Gestaltung des Blockes eingeladen. In den einzelnen Blöcken wurde dann über die einzelnen Dissertationsvorhaben der TeilnehmerInnen unter Berücksichtigung der wissenschaftstheoretischen Reflexion der jeweils impliziten epistemologischen Grundlagen diskutiert.

Das Konzept des Seminars setzte sich einige Ziele, die seinen innovativen Charakter gut aufzeigen: Zunächst war angestrebt, eine intensive Zusammenarbeit der DoktorandInnen mit post docs zu erreichen. Der Hintergedanke dabei ist, dass ForscherInnen auf der (breiten) mittleren Stufe des wissenschaftlichen Feldes oftmals einen besseren, unkomplizierten Zugang zu NachwuchswissenschaftlerInnen haben und daher eine wichtige MittlerInnenfunktion übernehmen (ein Aspekt, der in der österreichischen Diskussion der Nachwuchsausbildung kaum bedacht wird). Weiters sollte im Seminar das Forschungsvorhaben der DoktorandInnen im Mittelpunkt stehen, aber thematisch gerahmt sein, so dass die TeilnehmerInnen einen wichtigen Arbeitsschritt für die Dissertation im Rahmen des Seminars ausüben konnten. Hintergrund hierbei ist die von vielen DissertantInnen geteilte Erfahrung, dass in den herkömmlichen Forschungsseminaren völlig andere Themen behandelt werden, als im eigenen Projekt im Vordergrund stehen, während in den Privatissima zwar diese Projekte referiert werden, allerdings ohne besonders geforderten Zugriff nur das Thema und der Forschungsstand referiert wird.

Probleme, Erfahrungen, Ausblick

Das Resümee des Seminars ist zwar, dass diese Ziele weitgehend erreicht wurden: Die Leitung durch die post docs hat bei den TeilnehmerInnen große Begeisterung geweckt (und vice versa), und die Einbettung der Dissertations-

themen in „sozialwissenschaftliche Denkmuster“ hat letztlich gut geklappt. Besonders positiv hervorgehoben wurde, dass das Seminar für das eigene Dissertationsprojekt fruchtbar war und dass sein Workshop-Charakter sich angenehm von den Erfahrungen mit vielen (sicher nicht allen!) Privatissima unterschied.

Allerdings haben sich einige organisatorische Probleme ergeben, welche die Schwächen des Konzepts sehr deutlich gemacht haben. Dazu gehört in erster Linie die Trennung in Organisation und thematische Leitung. Während ein Team von vier DoktorandInnen unter Anleitung von Eva Kreisky die organisatorische Arbeit unternahm, lag die inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Blöcke ja bei den LeiterInnen. Dabei zeigte sich, dass die LeiterInnen genauer über das Konzept informiert werden hätten müssen. Aber auch die TeilnehmerInnen mussten mehrfach angehalten werden, an allen Blöcken zu partizipieren – offenbar war die Konzeption auch hier schlecht vermittelt. Der Leistungskatalog über die zu absolvierenden Aufgaben im Rahmen des Seminars ist in Zukunft von Anfang an zu benennen.

Eine weitere Schwäche war die unklare Funktion der LeiterInnen in den Blöcken und in der Betreuung der Dissertationsprojekte. Es ist klar, dass eine Betreuung im engeren Sinne

hier nicht geleistet werden kann. Dennoch liegt die Versuchung nahe, mit Problemen im eigenen Projekt zu den LeiterInnen zu gehen, auch wenn diese eben nur für die Vorbereitung und Abhaltung des jeweiligen Blocks bezahlt werden. Die LeiterInnen hatten damit auch immer mit einer Abgrenzung zu tun; vor allem war dabei ein mehrfaches Missverständnis, wie weit der Block als Frontalvortrag organisiert werden sollte und wie weit darin Diskussion und Auseinandersetzung mit den eingebrachten Dissertationsprojekten bestehen sollte.

All diese Erfahrungen sind natürlich kein Einspruch gegen ein sehr interessantes, vor allem sehr produktives Seminar, sondern Hinweise, welche Dinge in Zukunft vorab genauerer Berücksichtigung bedürfen. Das Seminar und die dabei gezogenen Erfahrungen dienen als Grundlage für weitere, ähnliche Veranstaltungen. Schließlich handelte es sich um einen ersten Versuch, der innovative Lehrformen für ein neues, den Anforderungen der Nachwuchsausbildung besser entsprechendes Doktratsstudium erst einmal suchen und ausprobieren sollte.

Thomas König

Wissenschaftl. Assistent am Graduiertenzentrum der Fakultät für Sozialwissenschaften

Istanbul Armenian Community's Reflection on and Response to the Armenian Genocide

A Survey through Contemporary Print Media

von Anı Demecioglu

“Men make their own history, but they do not make it as they please; they do not make it under circumstances chosen by themselves, but under circumstances directly encountered, given, and transmitted from the past.”

Karl Marx (1)

History cannot be written without people. Such an omission can especially be fallacious when the subject under consideration is a genocide or another crime against humanity. Historical analysis very often suffers from too sweeping judgments about people that are subjected to atrocities such as genocide or other painful instances. Thus, in their way of thinking histori-

ans tend to commit the same mistake as the perpetrators do in their action: creating “the other” through oversimplifications. Blanket characteristics that are claimed to be shared by all members of a certain ethnic or religious group of people are misleading, no matter the source it comes from. In the same manner, talking of “The Armenian” in the context of the Armenian Genocide bears similar fallacies.

The Divergence among Armenians

In my previous attempts at finding explanations for the Armenian Genocide, I pointed at rationales that were rooted more in soci-

oeconomic affairs of the time rather than in the ideological environment. (2) I came to the conclusion that in the Armenian case, a presupposed economic superiority cannot be taken as a rationale for genocide, since Armenians did not constitute a homogenous body under the Ottoman Empire.

The socioeconomic discrepancy, based on a supposed inconsistency in cultural and intellectual development among Armenians and Turks living in the second half of the 19th century Ottoman Empire, can generally be considered a product of mutual misapprehension. The Tanzimat-Phase (1839-1876) had critical significance over the evolution of this supposed divergence in various ways: The two decrees of 1839 (Hatt-ı Şerif-i Gülhane) and 1856 (Hatt-ı Hümayun) facilitated not only Armenian but also other non-Muslim millets' political emancipation under the Ottoman Empire.

In the Armenian case it was already under Ottoman Sultan Selim III.'s rule (1789-1807) that some Armenian circles started up new ventures such as establishing schools, hospitals and printing houses – most of which being financed by amiras (*). The thus increased intellectual livelihood, later also abetted by Tanzimat reforms, forwarded both cultural and political emancipation among the mostly urban Armenian population under the Ottoman rule – altogether called as the zartonk.

It was already due to Greek independence in 1830 that more and more Armenians replaced the positions that were evacuated by the Greek toward the mid of the 19th century. Armenian amiras' and other merchants' position improved progressively due to the wealth they accumulated, but also due to the fact that they became the agents of most of the European companies. The Armenian middle-class, on the other hand, was made up of craftsmen and artisans that were organized in guilds called esnaf.

A third group of Armenians contained the ones abandoned from their homelands in Eastern Anatolia due to the forced evacuation of the Muslim peoples from the Balkan regions and their settlement in Eastern and Southeastern parts of Anatolia. Deserted from their homes, these Armenians settled down in large cities such as Constantinople and Smyrna, and lived there under dreadful conditions.

Paradoxically enough, decades of reforms did not bring about much improvement into the

lives of Armenians in the eastern provinces. On the contrary, the interventions from the capital only worsened the situation. In this context the concept of "relative deprivation" – a concept introduced by Ted Gurr – could be appropriate to use. (3) It is defined as an actors' perception of discrepancy between their value expectations and their value capabilities, the former being the goods and conditions of life to which people believe they are rightfully entitled, and the latter the goods and conditions they think they are capable of getting and keeping.

The more rights Armenians in the capital gained, the more their people in the eastern rural areas saw themselves entitled to postulate their needs and requests. These, however, remained unheard on a great scale, which again encouraged the local Kurdish and Turkish in their treatment against Armenians. The number of emigrants from the rural areas increased drastically after 1856, and the ones who remained suffered living conditions very similar to those of servitude or serfdom. (4) The gap between eastern and western Armenian living conditions expanded.

Istanbul Armenians

The Armenian community of Istanbul is a salient one among other Armenian communities throughout the world. One reason for this is that they were, to a great extent, spared of the deportations and mass killings of the last decades of the Ottoman Empire. The responses to a genocide differ between those survivors who have to continue to share one "homeland" with the perpetrators and those who choose to leave the perpetrator country. The Armenians in Istanbul belong to the former.

Departing from an at this stage certainly too broad materialist approach, and observing that it was possible for some Armenians in Istanbul to not simply survive the genocide, but also to proceed with their way of life, the question to raise is: How did the remnants of the Armenian community handle the events of and around 1915? Moreover, how was it possible for them to further maintain and develop their social and economic relationships to their Turkish fellow citizens immediately after the genocide?

Sources

Scholars in their long lasting struggle of persuasion against the Turkish denial (5) of the Armenian Genocide were reluctant to rely on

Armenian sources in their studies. However, it is high time that research on Armenian Genocide divests itself of such reservations. My work therefore will primarily focus on Armenian sources. Considering the role that print media played on the Armenian political life, especially in the last years of their existence under the Ottoman Empire, I will be relying on a great scale on one of the most influential contemporary papers: the Armenian daily Jamanag.

Still appearing today, after more than 90 years where the resources to construct an oral history of the times are vanishing day by day, Jamanag remains the only "alive" instance for comparing Armenian reactions to genocide and its denial then and today.

A re-reading of the Jamanags from almost 90 years ago helps to reconstruct the various dimensions of the Armenian life in the Ottoman capital during the last years of the Empire and then over the period of the establishment of the Turkish Republic. It illustrates their involvement in the daily economic, political, and social life, as well as their interactions with their Turkish compatriots.

Finally, a comprehensive study of the Jamanag of the time not only gives a sense of the Armenian zeitgeist of the period, but also further helps uncovering the extent to which Istanbul

Armenian played a role in the establishment of both the Turkish and Armenian Republics.

(*) Amiras constitute the Armenian merchant class in the Ottoman Empire who, mostly as sarrafs (bankers) played a critical role in the empire's finances.

Ani Demecioglu

Studied Economics at the Wirtschaftsuniversität Vienna and took part in research and study exchanges in the USA, Armenia, Russia and Turkey. Currently she is a doctoral candidate at the Department of Political Science of the University of Vienna.

Fußnoten:

- (1) Marx, Karl. The Eighteenth Brumaire of Louis Napoleon. 1852
- (2) Degirmencioglu, Ani. Auf den Spuren ökonomischer Komponenten in den Völkermordtheorien am Beispiel des Armenischen Genozids [Tracking the Economic Components in the Theory of Genocide - Case Study: The Armenian Genocide,] Unpublished Graduation Thesis, Vienna, 2005
- (3) Gurr, Ted. Why Men Rebel. Princeton: Princeton University Press, 1974, p. 24, as in Astourian, Stephan H. "Genocidal Process: Reflections on the Armeno-Turkish Polarization" in: Hovannisian Richard G. (ed.) The Armenian Genocide: History, Politics, Ethics. New York: St. Martin's Press, 1992, p. 58.
- (4) Bournoutian, George A., A Concise History of the Armenian People. Costa Mesa, California: Mazda Publishers Inc., 2003, p. 259.
- (5) For the official position of the Turkish Republic to the „Armenian Allegations and the Facts,“ see: <http://www.kultur.gov.tr/EN/BelgeGoster.aspx?17A16AE30572D313A781CAA92714FCE05A19570EB48D9460> [02.03.2007]

Erzählte Identität(en). Identitätskonstruktionen in Narrativen der Liebe

von **Alexandra Kofler**

Identität benennt das Spannungsfeld zwischen der existentiellen Frage „Wer bin ich?“ und den verfügbaren historischen, kulturellen als auch sozialen und politischen Antwortmöglichkeiten und Sinnpotentialen. Ausgehend von den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen im Verlauf des 20. Jahrhunderts zeigt sich Identität nicht mehr als ein singuläres Lebensprojekt oder in sich geschlossener, kontinuierlicher Lebensverlauf von Subjekten, sondern als etwas, das stets in Frage steht, das es zu erhalten oder neu zu formulieren gilt. In Anbetracht dessen spricht die Mehrheit gegenwärtiger Identitätstheorien von einer fragmentierten Existenz des Menschen. Dort wo

sich traditionelle, gesellschaftliche Ordnungen auflösen und der individuelle Möglichkeitsraum zunimmt, sei Identität unmöglich geworden, herrsche vorwiegend Differenz. Ausgehend von dieser Problemlage gilt es zu fragen, wie und in welcher Form Identität angesichts einer beobachtbaren Zunahme von gesellschaftlichen und individuellen Erfahrungen der Fremdheit, der Diskontinuität des eigenen Lebens oder der Brüchigkeit von Lebensentwürfen, dennoch möglich ist. Lässt sich also ausgehend von den zwei großen theoretischen Konzeptionen des zugrundeliegenden und des zerfallenden Subjekts, ein Identitätsbegriff denken, der mit der Erfahrung des

zeitlichen Wandels und der lebensweltlichen Diskontinuität vereinbar ist?

Ziel des Projekts „Erzählte Identität(en)“ ist es, die beiden Positionen nicht als Entscheidungskriterium zu verstehen, sondern gerade nach dem Sinn der unterschiedlichen Bedeutungen zu fragen. Eine mögliche These könnte dann sein: Das Subjekt ist weder ein souverän-fundamentales, noch ein unterworfenes, sondern eine sich wandelnde, semantisch-narrative und dialogische Einheit, die von der Auseinandersetzung mit dem Anderen, lebt (1). In einer solchen hermeneutischen Blickrichtung geht es dann um eine narrative Deutung des Subjekts und dessen Identität, die sich als eine mögliche Antwort auf die Aporien des gegenwärtigen Identitätsdiskurses erweisen könnte.

Die Untersuchung verläuft dabei auf zwei Ebenen: Einerseits über eine Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Identitätsdiskurs als einer historisch-problemorientierten Verortung seiner Grundlagen und Fragestellungen. Andererseits über eine narrationsanalytische Studie, die auf qualitativ-empirischem Wege versucht, den narrativen Sinnstiftungsprozessen in Erzählungen nachzuspüren. Gegenstand der Analyse bilden dabei lebensgeschichtliche Erzählungen zum Thema Liebe, Intimität und Partnerschaft, die in Form von narrativen Interviews erhoben werden. Diese „Narrative der Liebe“ werden gemäß dem „interpretive turn“ innerhalb der Kulturwissenschaften als Handlungstexte (2) analysiert: Die Erzählung ist eine symbolisch-kulturelle Praxis, die immer schon zwischen Selbst und Anderem vermittelt. Die im Erzählen sich konstituierende narrative Identität ist dann auch keine reine Erfindung des Sprechers: Einerseits bedarf sie stets der Aushandlung mit sozialen Anderen, andererseits ist sie immer situiert in einem spezifisch kulturellen Kontext, der gesellschaftliche Machtverhältnisse, Diskurse, Magien oder Ideologien mit einschließt (3). Identität kommt in ihrer narrativen Deutung also vorwiegend als ein interaktiv und lebensgeschichtlich situiertes, performativ-kommunikatives, Produkt in den Blick (4). Diesem Umstand trägt dann auch eine bestimmte, hermeneutisch-kulturwissenschaftliche Methodik Rechnung: Während das narrative Interview (5) die Einmaligkeit und Veränderbarkeit der im Gespräch ablaufenden Identitätskonstruktion respektiert, erlaubt die Methodik der objektiven Hermeneutik (6) eine detailreiche Rekonstruktion des narrativen Prozesses der Sinnkonstitution.

Die bisherige Exploration des Materials lässt

vermuten, dass die historisch-kulturellen Umbrüche, die sich in der postmodernen Kritik wie auch in der sozialwissenschaftlichen Individualisierungsthese spiegeln, ein zentrales Moment der Narrative der Liebe bilden. Die zunehmende Aufweichung und der Zerfall normativer Lebens- und Beziehungsmuster, wird nicht nur anhand der Erzählungen greifbar, sondern zeigt auch, inwiefern in einer solchen Ausgangslage die Gestaltung von Sinn- und Lebenskonzepten zu einer Aufgabe wird, die dem Subjekt überantwortet ist. Identität, so können wir schon jetzt vermuten, erweist sich also weder als ein lebenslanger, stabiler Tatbestand, noch als ein Besitz der Person, sondern als eine immer wieder neu zu leistende, narrative Aufgabe. Entgegen der Rede von der unüberwindbaren Differenz gegenwärtiger Lebenswelten, werden die untersuchten Erzählungen somit Zeugen eines Bemühens um Identität, einer narrativen Aushandlung dessen, wer man ist und sein will. Das Subjekt zeigt sich in einer narrativ-hermeneutischen und kulturwissenschaftlichen Perspektive also nicht nur in seiner Selbst- und Welterkenntnis auf Geschichte(n) angewiesen, es muss sich auch immer wieder neu und anders erzählen um zu einem Verständnis von sich selbst und seiner Welt zu kommen.

Alexandra Kofler

Studierte Philosophie und Geschichte in Wien. Seit 2005 arbeitet sie an ihrer Dissertation, wofür sie 2006 eine 18-monatige Förderung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Form eines DOC-Stipendiums erhielt.

Fußnoten:

- (1) Zima, Peter v. (2000). Theorie des Subjekts. Subjektivität und Identität zwischen Moderne und Postmoderne. Tübingen: Francke Verlag.
- (2) Ricoeur, Paul (2005). Vom Text zur Person. Hamburg: Meiner Verlag.
- (3) Sieder, Reinhard (1998). Erzählungen analysieren – Analysen erzählen. Narrativ-biografisches Interview, Textanalyse und Falldarstellung. IN: Wernhart, Karl R. und Zips, Werner (1998). Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Wien: Promedia.
- (4) Deppermann, Arnulf u. Lucius-Hoehne, Gabriele (2002). Rekonstruktion narrativer Identität. Opladen: Leske + Budrich.
- (5) Schütze, Fritz (1987). Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien. Hagen.
- (6) Oevermann, Ulrich (1979). Die Methodologie einer ‚objektiven Hermeneutik‘ und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. IN: Soeffner, Hans-Georg (1979). Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler Verlag.

JungakademikerInnen in prekären Arbeitssituationen unter besonderer Berücksichtigung von Soziologie-AbsolventInnen

von Priska Lautner

„Prekarität ist überall“ (1), mit diesem prägnanten Satz geht der Vortrag von Pierre Bourdieu im Jahre 1997 einher. In den damaligen Diskussionen der Forscher spiegelt sich das wieder, was heute immer weiter fortschreitet: Die zunehmende Prekarisierung in allen Bereichen.

Im Speziellen werde ich mich in meiner Dissertation mit der prekären Arbeitssituation von JungakademikerInnen auseinandersetzen unter besonderer Berücksichtigung von Soziologie-AbsolventInnen. Der Einstieg in die Berufswelt verläuft nicht mehr linear und der Abschluss eines Studiums ist keine Garantie mehr für einen Job. Was die Prekarität ausmacht, sind ungesicherte Dienstverhältnisse, die keine sozialen Absicherungen bieten. Viele halten sich mit selbstständiger Projektarbeit über Wasser, oder hangeln sich von einem unbezahlten oder schlecht bezahlten Praktikum zum nächsten.

Die aktuelle soziologische Debatte um die zunehmende Verschärfung am Arbeitsmarkt kann nur als ständiger Dialog mit der Forschung aufgefasst werden. Es gibt verschiedene Ansätze, an das Problem heranzugehen und verschiedene Thesen und Theorien, um das Problem zu analysieren. Ich habe es mir zum Ziel gesetzt, mich mit diesen aktuellen Thesen auseinanderzusetzen, möchte aber auch eine allgemeine Entwicklung der Berufssoziologie zur soziologischen Ungleichheitsforschung aufzeigen. Der theoretische Teil meiner Dissertation wird sich also mit den aktuellen Debatten der Ungleichheitsforschung beschäftigen und die zunehmende Prekarisierung auf makro-, meso- und mikrosoziologischer Ebene beleuchten.

Auf theoretischer Ebene gelten in Bezug zur Flexibilisierung der Erwerbsarbeit, vor allem folgende Schlagwörter: zunehmende Individualisierung, Subjektivierung von Arbeit (2) und wie schon erwähnt, Prekarisierung. Martin Kronauer spricht in diesem Zusammenhang

auch von Exklusion (3). Andere Termini, vor allem durch Ulrich Beck geprägt, sind Risikogesellschaft, Entstandardisierung der Erwerbsarbeit, die einhergeht mit einer Pluralisierung von Lebensformen und mit entscheidenden Risiken für die Individuen selbst (4). Robert Castel beschreibt vor allem in seiner neuesten Publikation die Gefahr für die Individuen aufgrund der zunehmenden Prekarisierung, die von einer Hyperindividualisierung und Risikoverschiebung auf die Individuen selbst ausgeht, beginnend bei prekären Arbeitsformen (5). Alle diese Implikationen gilt es in dieser Arbeit zu behandeln.

Für meine methodische Auseinandersetzung, die parallel zur Theoriediskussion stattfinden wird, wähle ich mehrere Zugänge. Meine primäre Forschungsfrage zielt darauf ab, wie mit prekären Arbeitsverhältnissen gelebt wird. Es geht dann speziell darum, wie SoziologInnen und andere AkademikerInnen, den Einstieg in die Berufswelt schaffen, welche Arbeitsverhältnisse sie eingehen, ob diese Arbeitsbeziehungen unabgesichert sind und wie sich solche atypischen Beschäftigungsverhältnisse auf ihre berufliche und biographische Entwicklung auswirken.

Thesen, die dahinter stehen, sind unter anderem die folgenden: aufgrund der ungesicherten Arbeitsverhältnisse kommt es zu Änderungen in der Lebensplanung, so entscheiden sich zum Beispiel Personen in prekären Arbeitssituationen seltener für Kinder oder beginnen mit der Familienplanung später. Während des „Wartens“ auf eine fixe Anstellung, werden womöglich andere Ausbildungen absolviert, wovon sich die AbsolventInnen eine sichere Arbeitsplatzmöglichkeit versprechen. Auf jeden Fall wirken sich prekäre Arbeitsverhältnisse auf das private Leben der AbsolventInnen aus. Andererseits möchte ich hier aber auch auf die „Chancen“ flexibler Arbeitsbeziehungen eingehen.

Für die methodische Vorgangsweise wähle

ich einen phänomenologischen Zugang, der auf die Soziologie Alfred Schütz' und sein Konzept der Lebenswelt zurückgeht. Für den Menschen ist die „natürliche“ Welt intersubjektiv erfahrbar gemacht, er orientiert sich an vorgegebenen Handlungsmustern und Handlungsroutinen und hinterfragt nur einzelne Aspekte der Dinge bzw. nimmt seine Welt als eine natürliche, bereits produzierte wahr. Von diesem Konzept möchte ich in meiner Dissertation ausgehen und mir ansehen, wie sich die Lebenswelt durch prekäre, also in diesem Fall besser atypische Beschäftigungsformen, gestaltet.

Methodisch folge ich also überwiegend einem qualitativen Ansatz. Konkret befrage ich SoziologInnen und in Folge auch AbsolventInnen anderer Studienrichtungen mittels qualitativen offenen Interviews über ihren Berufseinstieg. Um eine kontrastive Analyse zu ermöglichen, möchte ich wahrscheinlich auch eine kürzere quantitative Umfrage mit einem größeren Sample, starten. Außerdem werde ich Gruppendiskussionen arrangieren, in denen AbsolventInnen unterschiedlicher Studienrichtungen ihren Berufseinstieg darstellen sollen. Besonderer Fokus liegt bei all diesen methodischen Zugängen auf prekären bzw. atypischen Beschäftigungsformen nach Abschluss des Studiums. Um eine Analyse des gegenwärtigen Meinungsklimas festzuhalten, wird der Begriff „Prekarisierung“ in gängigen Medien untersucht.

Als Auswertungsmethode der gesamten Daten wird das Kodierparadigma der Forschungs-

strategie der Grounded Theory Anwendung finden. Anzustreben ist eine Typologie, wie AkademikerInnen in prekären Arbeitsverhältnissen Schwierigkeiten meistern, wie sie diese bewerten und welche Lösungen sie dafür finden.

Mein Forschungsprojekt soll sowohl den gängigen Diskurs der soziologischen Ungleichheitsforschung wiedergeben, als auch durch meine eigenen empirischen Ergebnisse einen Beitrag zu dieser Thematik liefern.

Priska Lautner

Studierte Japanologie mit Spezialisierung auf Interkulturelle Kommunikation und Soziologie an der Universität Wien. Derzeit freiberufliche Wissenschaftlerin und Dissertantin am Institut für Soziologie.

Fußnoten:

- (1) Bourdieu, P. (1998): „Prekarität ist überall.“ In ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienst des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK, 96-102.
- (2) Lohr Karin und Hildegard Nickel (2005): „Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen“ In dies.: Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- (3) Kronauer, Martin (2001): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- (4) Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (5) Castel, Robert (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Berlin: Clausen & Bosse, Leck.

Wohl geplante Spontaneität.

Der Sturz des Milosevic-Regimes 2000 als inszenierte Massendemonstration in Serbien

von Silvia Nadjivan

Diese im Jänner 2007 eingereichte Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, warum das Milosevic-Regime „erst“ 2000 gestürzt wurde und welche Rolle dabei Straßendemonstrationen spielten. Um dies zu beantworten, wird das besagte Regime als „männerbündische“ (1) „Pseudo“-Demokratie klassifiziert und in drei „Felder“ unterteilt: in das „politische Feld“ (Regierungs- und oppositionelle Parteien), in das „gesellschaftliche Feld“ (bestehend aus regimetreuen und oppositionellen Massenme-

dien, Universitäten, NGOs, Kirche sowie aus der Mehrheit der unprivilegierten Menschen, die sich keinen Organisationen anschlossen, jedoch im Zuge von Demonstrationen mobilisiert werden konnten) und in das „ökonomische Feld“ („politische Kapitalunion“, Kleingewerbe, Schattenwirtschaft und mafiotische Verbände). Prozesshafte Veränderungen in und zwischen diesen Feldern führten nämlich zum Regimewechsel.

Ressourcenknappheit zur Machtsicherung des Milosevic-Clans

Zum wesentlichen Machtpotential der serbischen „Top-Elite“ bzw. des „Milosevic-Clans“ gehörte die Kontrolle über knappe und begehrte Güter, wodurch Abhängigkeiten des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Feldes geschaffen wurden. Die Informalisierung und folglich Deregulierung von Politik und Wirtschaft seit Mitte der 1980er Jahre wirkte sich dahingehend aus, dass jene, die zum Milosevic-Clan gehörten oder in einem Naheverhältnis mit ihm standen, (informelle) Privilegien genossen, während die Bevölkerungsmehrheit grundsätzlich mit (formellen) Verboten konfrontiert war. Die Milosevic-Herrschaft wurde über längere Zeit mit begrenzten Ressourcen gesichert, nicht obwohl, sondern weil die Bevölkerungsmehrheit am Existenzminimum lebte und zunächst keine Zeit für oppositionelles Engagement hatte. Durch die Wirtschaftskrise waren nahezu alle gezwungen, sich durch Schattenwirtschaft über Wasser zu halten.

Umgekehrt begann der Milosevic-Clan seit Mitte der 1990er Jahre zusehends die Kontrolle über finanzielle Ressourcen zu verlieren. Internationale Subventionen für oppositionelle Bewegungen in Serbien brachten zwar kurzfristig betrachtet dem Land mehr Geld. Mittelfristig stärkten sie die Institutionalisierung und Professionalisierung höchst heterogener Oppositionsbewegungen – insbesondere des gesellschaftlichen Feldes.

Die Straße als außer-institutioneller „Erscheinungsraum“

Die „Straße“ fungierte in Serbien als ein wesentlicher Austragungsort sozialer Konflikte wie auch als ein elementares Artikulationsforum oppositioneller Gruppen, die aus dem hegemonialen Diskurs der Machtelite ausgeschlossen waren. Um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen und Macht pluralistisch zu konstruieren, traten höchst heterogene oppositionelle AkteurInnen des politischen und gesellschaftlichen Feldes zwischen 1991 und 2000 auf die Straße. Im „Erscheinungsraum“ (2) Straße wurden – fernab von der veröffentlichten Meinung der Machtelite – opponierende Wirklichkeiten publik gemacht, pluralistisch Macht produziert und Vernetzungen unter oppositionellen AkteurInnen ermöglicht. Oppositionelle Straßendemonstrationen der 1990er Jahre knüpften dabei an jene Bedeutung der Straße an, die diese im Zuge der jugoslawischen Legitimitätskrise in den 1980er Jahren erlangt hatte. Schließlich war Slobodan Milosevic vor

allem mit Hilfe organisierter Massenproteste an die Spitze Serbiens gelangt. Regimeerhaltende und regimekritische Kräfte konstruierten gemeinsam die Macht der Straße bzw. deren pluralistische Machtzuschreibungen.

Die oppositionelle Straße bildete allmählich das Gegenpol zu zusehends informalisierten (zum Teil privatisierten) staatlichen Institutionen. Zugleich wurden Demonstrationen, ob nun für oder gegen das Regime, stets als spontane öffentliche Versammlungen inszeniert, obwohl sie realpolitisch oft männer- bzw. geheimbündisch organisiert wurden.

Voraussetzungen für den Regimewechsel

Grundvoraussetzungen für einen möglichen Regimewechsel bildeten „der drohende Zusammenbruch des Staatsapparates, seine Unterhöhlung“ (3) und das verlorene Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung bzw. ihre „Wut“ (4). Schließlich waren alle begonnenen Kriege der 1990er Jahre verloren und die wirtschaftliche Situation des Landes auf den Stand nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgefallen. Wesentliches Merkmal der innenpolitischen Konflikte und des Regimewechsels selbst waren die finanziellen, organisatorischen und logistischen Ressourcen, auf welche die KontrahentInnen des politischen und gesellschaftlichen Feldes zurückgreifen konnten: Je verringerter der Aktionsradius und damit verbunden die finanziellen Mittel des Milosevic-Clans wurden, desto weiter reichten Netzwerke und Ressourcen der Oppositionellen, so dass die Top-Elite bzw. Milosevic-Clan selbst ausgeschlossen und gestürzt wurden. Hatte das Milosevic-Regime vor allem Ende der 1990er Jahre staatliche Institutionen zusehends deprofessionalisiert und privatisiert, institutionalisierte und professionalisierte sich umgekehrt der oppositionelle Widerstand insbesondere des gesellschaftlichen Feldes. Hatten Oppositionelle des politischen Feldes das Regime in seinem Weiterbestand gestützt, so war es vor allem das oppositionelle Potenzial des gesellschaftlichen Feldes, das zum Sturz führte. Oppositionelles Engagement des gesellschaftlichen Feldes bewegte sich im Laufe von zehn Jahren aus dem semi-öffentlichen Raum heraus, bis es auf staatliche Institutionen übergriff. So basierte der Regimewechsel zum einen auf der Spontaneität kollektiver Wut – manifestiert auf der Straße, zum anderen auf national und international gelenkten männer- und geheimbündischen Organisationsformen von Straßenprotesten. Auf Grundlage des männlichen Stereotyps und der Geheimhaltung war Milosevic an die Spitze Serbiens

gelangt. Unter Anwendung gleicher Strategien vollzog sich sein Sturz.

Methode

Im Zuge eines einjährigen Forschungsaufenthaltes (2002-2003) wurden zwischen April und August 2003 dreißig qualitative, halb standardisierte Interviews mit regimeerhaltenden und oppositionellen AkteurInnen des politischen und des gesellschaftlichen Feldes durchgeführt. Die InterviewpartnerInnen wurden dabei ereignisorientiert ausgewählt, d.h. gemäß ihrer Funktion bei den jeweiligen oppositionellen Straßendemonstrationen. Neben ihrer Funktion als Primärquelle erfüllen manche Interviews sogar die Funktion der Sekundärquelle, wenn beispielsweise InterviewpartnerInnen gesamtgesellschaftliche Bedingungen wie Schattenwirtschaft oder staatliche Repressionen gegen Oppositionelle interpretieren. Fokussiert werden nicht zuletzt

Bedeutungszuschreibungen und kollektive Wahrheiten rund um das Verhältnis von Macht und direkter Gewalt bei Straßenprotesten, Mechanismen des Regimes oder internationale Finanzierungen von Oppositionellen.

Silvia Nadjivan

Dissertantin und Lektorin am ipw

Literatur (eine Auswahl):

- (1) Kreisky, Eva (1994): Das ewig Männerbündische. Zur Standardform von Staat und Politik. In: Leggewie, Claus (Hrsg.). Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik. Darmstadt, 191-208.
- (2) Arendt, Hannah (2003a): Vita activa oder vom tätigen Leben. München: Piper Taschenbuch Verlag (1. Aufl. 1967).
- (3) Arendt, Hannah (2003b): Macht und Gewalt. München: Piper Taschenbuch Verlag (1. Aufl. 1970).
- (4) Ebd.

Demokratie in der Schule: Gelebte Schulautonomie auf Ebene der Kinder?

von Michaela Reischitz

In meiner Dissertation, die ich aus einem soziologischen Blickwinkel und nach dem absolvierten Studium der Soziologie und Politikwissenschaft schreibe, beschäftige ich mich damit, wie sich Autonomie auf der Ebene der Kinder darstellt. Autonomie meint dabei nicht den so oft missverständlich gebrauchten Begriff der Verwaltungsebene, sondern einen Begriff, der sich mit den Möglichkeiten der Selbst- und Mitbestimmung beschäftigt.

Schule und der Besuch von Schule wird meinem Verständnis nach als Alltag von Kindern gesehen, als Ort, an dem die Basis für gesellschaftliche Handlungsspielräume gelegt wird und als einer der ersten Orte, an dem Kinder außerhalb von Familie partizipieren können und müssen. In der Schule stellen sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Strukturen dar, an denen sichtbar wird, wie sich diese bilden, wie sie angenommen und modifiziert werden.

Deshalb frage ich danach, wie sich gelebte Schulautonomie auf der Ebene von Grundschulkindern unter verschiedenen Rahmenbedingungen darstellt. Schulautonomie ist ein

Schlüsselwort des politischen und öffentlichen Diskurses. Dies führt zu missverständlichen Interpretationen, denn Autonomie auf der Ebene der Kinder meint eher Mitbestimmung und Partizipation. Bei meinem Versuch, diese Möglichkeiten darzustellen, soll das jeweilige Verhalten der Kinder im Mittelpunkt stehen. Den Rahmen bildet die Ebene der Verwaltung und der Schulpolitik, die damit auch auf die Demokratieentwicklung von SchülerInnen wirkt. Der Autonomie der Kinder wurde aus meiner Sicht bisher wenig Beachtung zugestanden. Zugleich lässt sich in den letzten Jahrzehnten ein Paradigmenwechsel innerhalb der Kindheitsforschung ausmachen. Das Kindheitsbild hat sich insofern gewandelt, dass Kinder nun als selbständige AkteurInnen wahrgenommen werden. Sie sind somit auch für sich selbst verantwortlich. Für die Forschungspraxis heißt das, dass sie selbst über sich Auskunft geben dürfen, wobei sie als ExpertInnen ihres Alltags gesehen werden. Aus dieser Tendenz heraus wählte ich ein qualitatives Forschungsdesign, wobei ich ethnographisch vorgehe. Ich habe videounterstützte Beobachtungen und Grup-

pendiskussionen mit Schulkindern durchgeführt.

Nicht zuletzt interessiert mich die Möglichkeit der Autonomie, da diese das Selbstwertgefühl und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung fördert und die Erfahrung, „nicht einfluss- und bedeutungslos zu sein“⁽¹⁾, vermittelt. Dies wirkt zurück: Schule ist einer der ersten Orte, an dem Kinder mit Demokratie zu tun haben, wo sich ihr Bezug zu dieser prägt. Den Demokratiebegriff entlehne ich bei John Dewey, der einen nicht unumstrittenen, aber ganzheitlichen Begriff gewählt hat, der sich über politische Systeme hinweg erstreckt und sich auf menschliches Zusammenleben in allen Beziehungen ausweitet. Der/die Einzelne bringt sich dabei mit all seinen/ihren Fähigkeiten und Interessen ein, wobei Mitbestimmung und Selbstverwirklichung wichtige Elemente darstellen ⁽²⁾.

Ein weiterer Hintergrund meines Forschungsinteresses ist der bildungspolitische Rahmen, den unsere Gesellschaft zur Verfügung stellt.

Die Leistungs- und Wissensgesellschaft strebt nicht nur nach Leistung, sondern auch nach deren Vergleichbarkeit. So wurden international vergleichbare Schulleistungstest und andere pädagogische Qualitätssicherungsinstrumente etabliert. Ihr Einsatz ist nicht unumstritten und hat breite öffentliche Diskussionen und Forderungen nach Reformen im Schulbereich angeregt, an denen ich mich hiermit beteiligen will.

Michaela Reischitz

Dissertantin am Institut für Soziologie, Mitglied der Steuerungsgruppe des Graduiertenzentrums

Fußnoten:

(1) (vgl.) Susman, G. I. (1976): *Autonomy at work. A Sociotechnical Analysis of Participative Management*. New York: Praeger

(2) Dewey, John (2000): *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. Weinheim: Beltz

Staatsschwächung und Warlordisierung an den Beispielen Sudan, Irak und Kosovo

von Thomas Schmidinger

Die theoretische Analyse von Staatlichkeit, „nation building“ und Staatsschwächung ist das Ziel dieser von Eva Kreisky betreuten Dissertation aus dem Fach politische Theorie und Ideengeschichte. Verschiedene Theorieansätze zu Staatszerfall bzw. Staatsschwäche sollen diskutiert und anhand des Irak, des Sudan und des Kosovo theoretische Überlegungen zum Zusammenhang von Staatlichkeit und ihrem Zerfall formuliert werden. Die Länderbeispiele dienen primär als Indizien und empirische Rückkopplung für die Theoriearbeit.

Dabei soll der Frage nachgegangen werden, welche inneren Faktoren von Herrschaft und Staatlichkeit den Zerfall bzw. die Schwächung von Staatlichkeit fördern. Gibt es eine Verbindung von personalisierter illegitimer Herrschaft und Staatsschwäche? Welche Zusammenhänge gibt es zwischen unterschiedlichen Formen der Machtausübung, politischer Ökonomie und Staatlichkeit?

Die Begriffe „failed state“ und dem gegenüber „nation building“ sind in den letzten Jahren zu Modebegriffen der Politikwissenschaft geworden und haben sich teilweise vom wissenschaftlichen Diskurs in den Journalismus verlagert. Meist wird dabei der Staat seinem Zerfall oder seiner Schwächung diametral gegenüber gesetzt. Der Staat wird dabei vom populären und unkritischen Wissenschaftsbetrieb, von Fukuyama bis zum deutschen Politikberater Ulrich Schneckener in einen Gegensatz zur Warlordisierung gesetzt, die ausschließlich auf einen Angriff von außen zurückgeführt wird.

Ich gehe hingegen davon aus, dass der Übergang vom Warlord zum Staatsmann ein fließender ist. Erfolgreiche Warlords werden zu Staatsmännern oder gar Staatsgründern, erfolglose bleiben im besten Fall Guerilla-Chefs, im schlechtesten Fall Terroristen oder Mafia-bosse. Bande und Staat gehen dabei inein-

ander über, sind Hybride in einem soziopolitischen Kontinuum. Dabei mündet der aus dem Bandenwesen hervorgegangene Staat im Falle des Staatszerfalls wieder in das Bandenwesen zurück. Eine einfache positive Bezugnahme auf den Staat, wenn dieser auch noch so autoritär ist, verkennt das Potential der Warlordisierung, das gerade in einem autoritären Staat grundlegend ist.

Die Entwicklung im Irak seit der Verhängung des UN-Embargos 1991 und v.a. nach dem Sturz des Baath-Regimes 2003 zeigt ebenso die Tendenz zur Warlordisierung eines autoritären Staats, wie die Erosion des durch ein islamistisches Militärregime regierten Sudan. Als Regierungen, die nicht nur unfähig waren bzw. sind, sozialen Ausgleich und Legitimität herzustellen, sondern v.a. den Staat selbst in unterschiedlicher Art und Weise privatisierten, gebärdeten sie sich zunehmend selbst wie Warlords. Sie tragen damit die Hauptverantwortung für die Privatisierung von Gewalt und die Schwächung des Staates.

Im Falle des Kosovo gilt es noch zu untersuchen ob aus der Herrschaft ehemaliger UCK-Kommandanten unter internationaler Kontrolle eine funktionierende Staatlichkeit entstehen kann oder die Rivalität unterschiedlicher privater Akteure auf dem Gewaltmarkt eine solche dauerhaft verhindern wird. Die jüngsten Demonstrationen der Gruppierung „Vetevendosje“ um Albin Kurti oder der Anschlag auf UN-Fahrzeuge in Priština vom 19. Februar 2007, deuten jedenfalls darauf hin, dass diese Frage noch länger offen bleiben wird und zumindest einzelne albanische Nationalisten weiterhin als bewaffnete parastaatliche Akteure auftreten werden.

Dass der Staat im Zeitalter der neoliberalen Reduktion der Staatsaufgaben auf reine Obrigkeitfunktionen sich selbst die Legitimität zunehmend entzieht und ein Staat, der keine anderen Aufgaben mehr besitzt als eben die Gewalt zu monopolisieren, selbst nur mehr als Meta-Warlord agiert, wird durch die Gegenüberstellung zwischen (gutem) Staat und (bösem) Warlord in der Diskussion verschleiert. Der Begriff des „failed state“ oder des Staatszerfalls erfüllt damit nicht nur eine politikwissenschaftliche, sondern auch eine ideologische Funktion. Er dient der Verschleierung des Rackets als Kern von Macht und damit des Staates und der Legitimierung des Staates durch die Monopolisierung der Gewalt. Wenn Staat und Racket unkritisch als dichotome Gegensätze gesetzt werden, wird damit der Charakter des Staates als protection racket

verleugnet.

Ausgehend vom Racket-Begriff der Kritischen Theorie, wird an Begrifflichkeiten einer Herrschafts- und Machtkritik gearbeitet. Da es sich bei der Untersuchung um kein historisch weit zurückliegendes Thema handelt, sondern um die Beobachtung und Analyse rezenter jüngerer Ereignisse, fließen neben klassisch politikwissenschaftlichen Methoden mit kritisch-dialektischem Ansatz auch andere sozialwissenschaftliche Methoden in den Methodenmix ein.

Ich gehe von der Hypothese aus, dass Staatsterror durch illegitime Herrschaft und der Zerfall von Staatlichkeit in rivalisierende Warlords eng miteinander verbunden sind. Totalitärer Staat und Racket sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Neben der Illegitimität von Herrschaft, kann jedoch auch ein Abbau der Staatsfunktionen durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik, delegitimierend auf Staatlichkeit wirken. Insbesondere im Falle des Sudan zeigen sich hier unmittelbare Auswirkungen der ökonomischen Liberalisierungspolitik zugunsten der Parteigänger des islamistischen Militärregimes, die mit zur Delegitimierung des Staates an der Peripherie beigetragen haben. Ähnliches gilt für die Entwicklung des Irak, dessen staatliche Erosion ich bereits in der Spätphase des Baath-Regimes verortete. Der zweite Fokus der Arbeit richtet sich dahingehend auf den Zusammenhang von Neoliberalismus und Staatsschwächung.

Die – latent oder offen – bewaffneten Konflikte im Sudan, Irak und Kosovo dienen dabei als empirische Beispiele für die Diskussion theoretischer Überlegungen. Ziel des Forschungsprojektes ist es nicht nur, die Ursachen und Entwicklungen der bewaffneten Konflikte im Sudan, Irak und des Kosovo zu untersuchen, sondern auch die Strukturen parastaatlicher Akteure zu analysieren, ihre ökonomischen und politischen Interessen nachzuvollziehen und in einen regionalen Kontext einzubinden. Dabei werden lokale und globale Gewaltmärkte mit ihren Warlords, Terrorgruppen, und den dort tätigen Private Military Companies (PMCs) ebenso als Teil erodierender Staatlichkeit analysiert, wie staatliche Akteure, die aufgrund fehlender Legitimität privaten Interessen dienstbar gemacht wurden.

Thomas Schmidinger

Lektor und Dissertant am ipw, Flüchtlingsbetreuer und Obmann der im Irak tätigen Hilfsorganisation Wadi

Ein neoliberales Drogenbusiness?

von Meropi Tzanetakis

In diesem politikwissenschaftlichem Forschungsprojekt sind für das Drogenbusiness (1) drei Schlagwörter von zentraler Bedeutung: Profitorientierung (im Sinne von Gewinnmaximierung), Globalität und Illegalität. Ein wesentliches Moment kommt hinzu, nämlich dass sich der Handel mit Drogen an die jeweiligen ökonomischen, politischen und soziostrukturellen Rahmenbedingungen anpasst. Verbunden mit dem Umstand, dass das Drogengeschäft floriert, sind wesentliche Eckpunkte des hochkomplexen und undurchsichtigen Phänomens Drogenbusiness umrissen.

Neoliberalismus wird als ein politökonomischer Prozess verstanden, der vom ungehemmten Kapitalismus gesteuert wird. Er ist nicht nur eine Ideologie, sondern eine hegemoniale Form des Regierens und ein dominantes Projekt. Im Rahmen des Projektes werden u.a. folgende Veränderungsprozesse im Zeichen des Neoliberalismus betrachtet: Marktorientierte Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung der Märkte sowie Flexibilisierung der verschiedenen Staatstätigkeiten. Auch die Anpassung an die Marktbedürfnisse ist von zentraler Bedeutung.

Der Forschungsstand zu dem Themenfeld Drogen in Europa ist durch eine Fülle an Arbeiten zum Drogenkonsum und zur Drogenpolitik gekennzeichnet. Beim Drogenhandel wird jedoch vorwiegend auf die Ebene der Kleinhändler sowie die Handelsrouten fokussiert. Die Ebene der Großhändler und Wiederverkäufer wird meiner Ansicht nach zu selten wissenschaftlich abgehandelt. Hier sehe ich eine Forschungslücke, die ich erschließen will. Erste Schritte in diese Richtung habe ich bereits in meiner Diplomarbeit gemacht, in der ich mich mit den Einflussmöglichkeiten des Drogenbusiness auf Staatlichkeit in westeuropäischen Industriegesellschaften beschäftigt habe. Als zentrales Bindeglied zwischen Drogenhandel und Staat in Westeuropa konnte ich gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse (Globalisierung, Neoliberalismus und Informalisierung) erfassen. Von zentralem Interesse für meine aktuelle Forschungsarbeit ist das Spannungsverhältnis zwischen neoliberalen Prozessen und Veränderungen des Drogenbusiness in „Westeuropa“.

Eine Spezialisierung und gleichzeitig eine Einschränkung wird auf vier Ebenen vollzogen: Beim Drogenbusiness konzentriere ich mich auf die Ebene der Großhändler und Wiederverkäufer. Neben dem erwähnten Mangel an Forschungsarbeiten, spielt diese eine wichtige Rolle bei der Problematik des illegalen Drogenhandels, was sich auch darin zeigt, dass bei dieser Ebene staatliche Prohibitionsmaßnahmen spärlich greifen. Dies liegt darin begründet, dass diese durch einen oligopolen Sektor charakterisiert ist und gewisse Methoden entwickelt worden sind, welche der Drogenrepression entgegen gerichtet sind. Nach innen haben Werte wie Vertrauen, Loyalität und Verlässlichkeit eine besondere Bedeutung. Genauso wichtig ist es, den Informationsgrad der Beteiligten auf ein Minimum zu reduzieren. Nach außen wird versucht, mit den Mitteln von Korruption, Kooperation, Gewalt, Geldwäsche und Investitionen in legale Unternehmen, die Geschäftsinteressen zu schützen.

Eine geographische Fokussierung auf westeuropäische Industriegesellschaften erweist sich – zur Erfassung der Ebene der Wiederverkäufer und Großhändler –bezogen auf meine Forschungsfragen als notwendig. Es geht um transnationale und globale Netzwerke, aber Ausgangspunkt ist „Westeuropa“. Es bildet, trotz der länderspezifischen Drogensituation und -politiken, einen einheitlichen Drogenmarkt, resultierend aus dem einheitlichen Binnenmarkt mit einem freien Warenverkehr. Deswegen wird in diesem Forschungsprojekt ein Konstrukt geschaffen, das realpolitisch nicht mehr existent ist, nämlich das Herausnehmen „Westeuropas“ vom übrigen Europa. Bei der Frage nach der Grenzziehung von „Westeuropa“, besonders nach der EU-Osterweiterung, zeigt sich die Problematik dieses Begriffs.

Neoliberalismus ist als Schnittstelle von Ökonomie und Politik zu sehen – deswegen kann von politökonomischen Prozessen ausgegangen werden. Er schafft neue globale Bedingungen und birgt somit auch eine ideale ökonomische, politische und soziale Konstellation für Drogengeschäfte in sich. Grenzen zwischen legalem Kapital, regulären Wirtschaftsabläufen (z.B. Waffen- und Rüstungsindustrie) und illegalem Drogenhandel werden verwischt, z.B. durch Geldwäsche und Investitionen.

Als vierte Ebene ist die Illegalisierung des Drogenmarktes zu nennen. Repression auf (fast) allen Bereichen ist dabei der Grundsatz. Die nicht ganz zielführende Logik der Drogenprohibition ist es, den Markt durch ein strafrechtliches Verbot in allen Bereichen zu unterbinden. Das Drogenverbot kann auch als Deregulierung des Drogenmarktes begriffen werden, woran ich in meinem Projekt anknüpfen werde.

Aus den vier Zusammenhängen ergeben sich folgende Forschungsfragen: Welche – sozialen, politischen, ökonomischen – Verflechtungen zwischen neoliberalen Prozessen und einem vermeintlichen Wachstum des Drogenbusiness in „Westeuropa“ können ausfindig gemacht werden?

Können die Operationsmöglichkeiten von Großhändlern und Wiederverkäufern (Korruption, Kooperation, Gewaltverhältnisse, Geldwäsche und Investitionen) in „Westeuropa“ durch neoliberale Prozesse profitieren? Gibt es einen strukturellen Nährboden, der diese Handlungsmöglichkeiten begünstigt?

Anhand einer Case Study (CS) soll die Frage geklärt werden, mit welchen Mitteln Großhändler und Wiederverkäufer staatliche Restriktionsmaßnahmen gegen den Drogenhandel umgehen können.

Die Forschungsfragen sollen anhand folgender methodischer Herangehensweise untersucht werden. Im Theorieteil werden Primär- und Sekundärquellen anhand der Objektiven Hermeneutik interpretiert. Der empirische Forschungsansatz wird eine CS sein. Als Untersuchungseinheit wird eine Gruppe von Drogenhändlern (im Besten Fall ein Netzwerk von Drogenhändlern) gewählt, die auf der Ebene der Großhändler und Wiederverkäufer angesiedelt ist und geographisch primär in „Westeuropa“ lokalisiert ist. Die CS erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität. Dieses Netzwerk soll von einem europäischen Gericht durch ein Strafverfahren rechtskräftig verurteilt worden sein. Die Aufarbeitung eines bereits prozessierten Falles ist notwendig, um Probleme zu lösen, die sich aus der Illegalität des Drogenhandels ergeben. Die Umsetzung der CS wird mittels qualitativer Untersuchungsverfahren möglich. Zur Datenerhebung werden halbstrukturierte, leitfadengestützte ExpertInneninterviews genauso wie Dokumenten- und Aktenanalyse zur Anwendung kommen. Diese Daten sollen mittels themenorientierter Transkripte und Kommentierung der Erhebungssituationen aufbereitet werden. Die erste Phase der Auswertung sieht die Rekonstruktion des Falls vor, anschließend sollen typische Hand-

lungsmuster systematisiert werden.

Meropi Tzanetakis

Dissertantin am ipw und Redaktionsmitglied

Fußnoten:

(1) siehe Tzanetakis, Meropi: Cash Cow Drogenbusiness, In: Politix, Nr.21, Wien, 2006, S. 44-45.

Gundula Ludwig

Universitätsassistentin am ipw

von Luise Luksch

Perfekt

Nachdem Gundula Ludwig im September 2006 als Assistentin ans Institut kam, hatte sie bereits eine spannende Reise hinter sich. Sie hat das Studium der Erziehungswissenschaften und Sozialwissenschaften in Wien begonnen, dann aber beschlossen, es sei dem Studium zuträglich, auch einmal den Ort zu wechseln und ist nach Innsbruck gegangen, zumal dort auch ein feministisch-gesellschaftstheoretischer Bereich innerhalb des Curriculums angeboten wurde. Von Innsbruck ging es später nach Südamerika weiter, wo Gundula Ludwig andere Lebensverhältnisse und Selbstverständlichkeiten kennengelernt hat. Daraus resultierte letztendlich der Wunsch, woanders weiterzustudieren. Mit dem Wechsel nach Berlin baute sie auch ihre Fächerkombi in Erziehungswissenschaften und Kritische Geschlechter- und Sozialforschung um und verbrachte dort zwei Jahre, die sie für sich als theoretische und politische Schule bezeichnet. Eine weitere Reise führte sie nach New Orleans, um die Diplomarbeit abzuschließen. Die Konfrontation mit einer völlig neuen Struktur (z.B. Rassismus, Entzifferung unbekannter Codes) hat neue Fragen aufgeworfen, wie beispielsweise das Interesse, daran noch einmal zu reflektieren, wie die Begriffe race, class und gender zusammengehen. Sie schloss ihr Studium zum Thema Öffentlichkeit und die Transformationsprozesse von Öffentlichkeit bei Kornelia Hauser ab. Da sie bereits bei der Diplomarbeit mit Gramsci und politischen Theorien gearbeitet hat und wußte, sie möchte im Bereich der Staatstheorie auf der Politikwissenschaft ihre Dissertation schreiben, beschloß sie 2004 wieder nach Wien zurückzukommen.

Präsens

Zur Frage nach ihrer Einschätzung und Position zum Thema Universität und Lehre, erzählt Gundula Ludwig, dass für sie die Universität neben der Kunst und Kultur jener gesellschaftliche Bereich ist, in dem die Leute ein bisschen den Unmittelbarkeitsverhältnissen entrissen sind. Dies bringt die notwendige Distanz, um kritische Gedanken denken zu können. Universität interessiert sie, sie ist selbst auch durch diese politisiert worden, und sie sieht diese als

einen Ort, an dem man Menschen zum Nachdenken bringen kann.

Ludwigs politischer Anspruch an die akademisch-wissenschaftliche Tätigkeit ist immer auch mit der Vermittlungstätigkeit verbunden. Der Bereich der Lehre ist gegenwärtig an neue Anforderungen geknüpft. Die Studierenden stehen heute unter Druck und wollen primär einen Schein machen, gleichzeitig gibt es noch als Echo den Anspruch, dass Studierende kritisch aus ihrem Seminar rausgehen – es sei ein bisschen schwierig, hier die Linie zu finden. Studierende müssten die Erfahrung schließlich selber machen, Texte zu lesen. Insofern ist für sie das Politische an der Lehre, zu versuchen, ein Umfeld zu organisieren, in dem jemand denken kann und auch eine Position finden kann.

Gundula Ludwig hält es mit Foucault und Gramsci, die Intellektuelle als konstitutiven Teil für den Macht und Wissen-Komplex begreifen. Deren ausgearbeitete Theorien finden Eingang ins Alltagsverständnis und haben ganz zentral mit Hegemonie und Regierungstechniken zu tun, da „Begriffe ausgearbeitet werden, in denen und mit denen und durch die sich die Subjekte letztlich auch denken. Wenn man das radikal zu Ende denkt, heißt das, dass es bei Wissenschaft oder Theorien nicht nur darum geht, dass man etwas über die Gesellschaft sagt, sondern dass man, indem man was sagt, das ja auch erst herstellt. Ich finde, wenn man das wirklich ernst nimmt, dann bedeutet das eine Verantwortung, bei der es darum geht, sich genau in dieses Gefüge zwischen Macht und Wissen oder Hegemonie und Intellektualität, in dieses Spiel der Begriffe (das ja immer widersprüchlich und auch von Macht durchzogen ist) einzumischen.“ Die Lehre sei der Versuch, diese Freiheit zu geben – und letztlich auch ein elitärer Arbeitsbereich, an dessen Form der Wissensproduktion viele Leute nicht teilhaben können. Genau daran ist für Ludwig auch eine Verantwortung zur Einmischung angeknüpft.

Ihre Dissertation schreibt sie im Bereich der feministischen Staatstheorie. Es gäbe schon viele Untersuchungen dazu, wie der Staat an sich vergeschlechtlicht ist oder wie sich einzelne Policies unterschiedlich auf die Geschlechter auswirken, aber bislang wurde kaum sys-



tematisch ausgearbeitet, dass die Subjekte nicht an sich schon (vergeschlechtlichte) Subjekte sind, sondern als solche erst hervorgebracht werden. Gundula Ludwig möchte daher versuchen, sich als Ausgangspunkt ein staats-theoretisches Handwerkszeug mit Gramsci und Foucault zu bauen, um dann der Frage nachzugehen, „wenn der Staat zentral daran beteiligt ist, die Subjekte zu produzieren, was bedeutet dies eigentlich aus einer feministischen Perspektive wenn man da das Geschlecht mitreindenkt?“ Vorläufiger Titel der Dissertation: Geschlecht regieren. Der Staat und die Produktion von vergeschlechtlichter Subjektivität.

Abgesehen von Dissertation und Lehrtätigkeit ist Ludwig der weitere Teil einer Arbeitsgruppe, die an der Ausformulierung der Bereiche Gender und Politische Theorie für die Bakkalaureatsumstellung arbeitet. Darüber hinaus erzählt sie, dass sie gern und oft Artikel schreibt.

Futur

Im Gespräch über den gegenwärtigen neoliberalen Umbau des Universitätssystems und dessen spürbare Auswirkungen ist Gundula Ludwig der Ansicht, dass sich die Unis so lange es geht dagegen wehren sollten, zu einer Ausbildungsstätte zu werden, sondern tatsächlich an dem festhalten sollten, dass Studium eine Vorbildung ist. Sie würde dies aller-

dings weniger an Inhalten festmachen – ihr geht es mehr darum, Reflexionsfähigkeit zu entwickeln, Position zu beziehen, das auch argumentieren und aushalten zu können. „Mir geht’s darum, dass die Studis einen Gedanken durchdenken und den dann beurteilen sollen, dass sie sozusagen ein Verhältnis zu ihren Verhältnissen bekommen. Es geht um Denken lernen.“

Auf die Frage, was sie denn zum Begriff Forschung assoziiert, sagt sie: „Idealiter wäre es, man zieht sich zurück und schreibt und schreibt und schreibt und denkt und liest. Gerade während des Semesters wird das oft verunmöglicht, wenn man lehrt und sonstwas zu tun hat. Aber prinzipiell finde ich gut, wenn man das was man beforscht und wichtig und interessant findet, versucht weiterzugeben. Die Vermittlungsarbeit selbst ist ein großer Teil des Denkprozesses für mich. Insofern hat die Forschung ihre ganz konkreten Anknüpfungspunkte in der Empirie, einfach in den ganz konkreten Alltagserfahrungen.“

Der Name „Gundula“ bedeutet übrigens „die kleine Kämpferin“, fügt sie mit einem ironischen Lächeln noch hinzu.

Luise Luksch

Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

Stefanie Wöhl

von Tina Olteanu



Stefanie Wöhl ist seit November 2006 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien tätig und zugleich, nach zahlreichen anderen Stationen, in einer neuen Stadt.

So studierte die geborene Hamburgerin Politikwissenschaft in Frankfurt am Main und Bonn. Nach dem Studium arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main, bevor sie 2003 mit ihrer Dissertation anfang. Dafür zog es sie dann nach Marburg, wo sie im Rahmen der Nachwuchsgruppe „Europäische Integration im Globalisierungsprozess“ ihre Dissertation zum Thema: „Gender Mainstreaming in der Europäischen Union. Eine staats-theoretische Analyse“ verfasste. Die Arbeit fragt nach den Umsetzungsmöglichkeiten und institutionellen Barrieren im Gestaltungsprozess von Gender Mainstreaming aus einer macht- und hegemonietheoretischen Perspektive. Zwei zentrale Thesen lauten, dass in staatlichen Verwaltungen, die Gender Mainstreaming als top-down-Prozess umsetzen sollen, geschlechtsspezifische Machthierarchien und vergeschlechtlichte Herrschaftsstrukturen bestehen, die die Umsetzung von Geschlechterpolitiken behindern. Und zweitens, dass Gender Mainstreaming bisher nur als Konsens- und Modernisierungsstrategie wirkt, da durch die

wettbewerbsstaatliche Integrationsweise der Europäischen Union Gender Mainstreaming in der europäischen Beschäftigungsstrategie durch die angebotspolitische, flexibilisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf europäischer Ebene als auch in der Bundesrepublik Deutschland konterkariert wird. Gender Mainstreaming wird daher als eine Form von Geschlechterpolitik beschrieben, die den derzeitigen marktförmigen Umbau europäischer Gesellschaften stabilisiert.

Auch in Zukunft wird sie sich zusammen mit Prof. Birgit Sauer und Mag. Gundula Ludwig mit diversen Themen rund um Staat, Regieren und Geschlechterverhältnisse beschäftigen. Schon im Sommersemester bietet Stefanie Wöhl ein Proseminar zum Thema „Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterverhältnisse“ an.

Neben der wissenschaftlichen Perspektive zählen für Stefanie Wöhl Erfahrungsaustausch und politisches sowie soziales Engagement. So war sie im Frauenrat der Universität in Frankfurt am Main tätig, aber auch als Referentin für politische Bildung im internationalen Jugendaustausch. Dort richtete sie schon Mitte der neunziger Jahre den Blick Richtung „Osten“ wie etwa Polen und Ungarn und organisierte mehrere Begegnungsfahrten und europäische Konferenzen. Nach dem Abitur 1993 verschlug es sie jedoch zuerst nach Frankreich, wo sie im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres bei einer internationalen Menschenrechtsorganisation tätig war, die sich vor allem mit den Lebensbedingungen junger MigrantInnen der zweiten und dritten Generation in den Banlieues von Paris auseinandersetzte. Die Hinwendung zur Politikwissenschaft scheint daher fast zwangsläufig erfolgt zu sein.

Nun ist sie seit einigen Monaten in dem zuvor „unbekannten Wien“ und ist schon angekommen, was nicht zuletzt an ihrer Neugierde liegt, mit welcher sie die Stadt erkundet. „Frankfurt ist zwar auch eine Großstadt, aber Wien bietet eine größere kulturelle Vielfalt“. Zudem genießt sie es, am Wochenende die Wanderschuhe anzuziehen und die Umgebung von Wien zu Fuß zu erkunden.

Tina Olteanu

Universitätsassistentin am ipw und Redaktionsmitglied

Initiativkolleg ,Vienna School of Governance'

von Josef Melchior

Die „Wiener Schule für Governanceforschung“ (Vienna School of Governance (ViGo)') wird als eines von zwölf Initiativkollegs an der Universität Wien im Herbst 2007 seinen Betrieb aufnehmen. Sie wird zwölf KollegassistentInnen die Möglichkeit eines dreijährigen, strukturierten und speziell geförderten Doktoratsstudiums bieten. Die KollegassistentInnen werden nach einem internationalen Ausschreibungsverfahren ausgesucht und erhalten die Gelegenheit, ihr Dissertationsvorhaben in einem interdisziplinären und anregenden Umfeld zu entwickeln, wobei sie von MentorInnen vor Ort und international ausgewiesenen GastprofessorInnen und Vortragenden unterstützt und begleitet werden. Nähere Informationen zur Ausschreibung werden auf einer eigenen Homepage der Universität Wien im Laufe des April 2007 veröffentlicht werden.

Governanceforschung im weitesten Sinne beschäftigt sich mit der Art und Weise wie gesellschaftliche Ziele definiert, in Politiken umgesetzt und gesellschaftlich zur Wirkung gebracht werden. Neue Entwicklungen im ökonomischen und sozialen Umfeld haben Veränderungen in der Art und Weise des Regierens mit sich gebracht, die oft als Wandel von hierarchischer Kontrolle hin zu netzwerkartigen Interaktionen, von staatlicher Lenkung zu marktorientierter Koordination und von verbindlicher Gesetzgebung hin zu freiwilliger Kooperation beschrieben werden. Diese Transformationen bedeuten eine Herausforderung für die traditionelle Rolle des Staates, die Fähigkeit der Gesellschaft, ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandel zu verarbeiten und zu bewältigen und wirft Fragen im Hinblick auf die Effizienz, die Effektivität und die Legitimation der neuen Arrangements und Konfigurationen auf.

Die „Wiener Schule für Governanceforschung“ macht es sich zur Aufgabe, diese Entwicklungen mit Hilfe verschiedener theoretischer Zugänge und einer komparativen Perspektive zu erforschen, wobei der Schwerpunkt auf der Analyse von Veränderungen der Regierungsformen und -modi in einer Reihe von hochrelevanten Politikfeldern und verschiedenen Weltregionen liegt. Die Wechselwirkung von nationalen, supranationalen und globalen Ent-

wicklungen wird dabei ebenso in den Blick genommen wie der Vergleich von Entwicklungen in Europa mit jenen in Ostasien (mit einem Schwerpunkt auf China, die beiden Koreas und Japan), Afrika und Nord- und Südamerika.

Die „Wiener Schule für Governanceforschung“ vereint elf höchstqualifizierte und erfahrene Forscherinnen und Forscher von der Fakultät für Sozialwissenschaften und der Fakultät für Philologisch-Kulturelle Studien. Eine enge Kooperation ist außerdem mit der politikwissenschaftlichen Abteilung des Instituts für Höhere Studien in Wien geplant, das eine der führenden Einrichtungen für postgraduelle Ausbildung und Governanceforschung in Österreich ist. Teammitglieder sind in führenden internationalen Forschungskonsortien involviert und führen eine Reihe von Forschungsprojekten durch, die für die Erforschung des Wandels der Regierensweise höchst relevant sind. Die Zusammenarbeit im Rahmen der „Wiener Schule für Governanceforschung“ verspricht wissenschaftliche Synergien im Hinblick auf die wechselseitige Befruchtung von unterschiedlichen Zugängen, Forschungsperspektiven und Forschungsfragen; im Hinblick auf wissenschaftliche Innovationen und im Hinblick auf die praktische Relevanz der Forschungsergebnisse.

Die „Wiener Schule für Governanceforschung“ verspricht, ein attraktiver Standort zu werden, der hoch motivierte und talentierte junge ForscherInnen anzieht, die entweder eine akademische Karriere, eine führende Position in international tätigen Unternehmen, in internationalen Organisationen, NGOs oder der öffentlichen Verwaltung anstreben, für die ein solides Wissen über spezifische Politikfelder, Regierensweisen und -techniken, kommunikative Fähigkeiten und Sensibilität im Umgang mit kulturellen Differenzen Kernkompetenzen darstellen.

Das Curriculum ist darauf ausgerichtet, die jungen ForscherInnen in der Entwicklung ihrer Forschungskompetenz und ihren professionellen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu unterstützen. Das Curriculum umfasst drei Schwerpunkte: a) Theorien und Methodologie der Governanceforschung, b) Politikfelder,

Governanceinstrumente und Governancemodi und c) Spezifika unterschiedlicher geographisch-kultureller und sozio-ökonomischer Räume des Regierens. Im Bewusstsein des engen Zeitrahmens für die Fertigstellung einer Dissertation zielt das Curriculum darauf ab, den ForschungsstudentInnen ein gediegenes theoretisches und methodologisches Fundament und fortgeschrittenes Wissen über die Herausforderungen der Governanceforschung zur Verfügung zu stellen. Der Unterricht wird überwiegend in Englisch erfolgen und die Dissertation ist ebenfalls auf Englisch zu verfassen.

Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt in der eigenständigen praktischen Forschungstätigkeit, die durch individuelles Monitoring und Supervision unterstützt wird und die Organisation von und die Teilnahme an Workshops und Summer Schools. In Zusammenarbeit mit der Universität wird den KollegiatInnen zusätzlich ein attraktives Qualifizierungsangebot zur Verfügung gestellt, das von intensiven Sprachkursen, über Kurse für englischsprachiges wissenschaftliches Schreiben und Publizieren bis hin zum Projektmanagement und zur Hochschuldidaktik reicht – inklusive

der Möglichkeit, Erfahrungen in der Lehre zu sammeln. Die Einbeziehung von international angesehenen Gastprofessorinnen und Gastvortragenden wird den KollegassistentInnen zusätzliche Impulse geben und sie mit dem avanciertesten Stand der Governanceforschung konfrontieren.

Die „Wiener Schule für Governanceforschung“ wird das Forschungsprofil der beteiligten Fakultäten erhöhen und dazu beitragen, eine kritische Masse aufzubauen, die es erlaubt, im sich entwickelnden europäischen Forschungsraum und darüber hinaus erfolgreich zu konkurrieren. Für die zukünftigen KollegassistentInnen bietet sie eine der wenigen Gelegenheiten in Österreich für eine intensive, von Erwerbszwängen weitgehend befreite, sozialwissenschaftliche Doktoratsausbildung auf höchstem internationalem Niveau.

Josef Melchior

Ass.Prof. am Institut für Politikwissenschaft und Sprecher des Initiativkollegs ‚Vienna School of Governance‘.

Von LeistungsträgerInnen und Elfenbeintürmen

Kritische Überlegungen zur Reform der Universität

von der Basisgruppe Politikwissenschaft

Wollte man studieren, wie denn gutgemeinte Reformbemühungen einen gegenteiligen Effekt zeitigen, so bietet die Geschichte der Universitätsreformen genug Material.

Die Forderung der 60er Jahre, die Universität solle sich aus dem Elfenbeinturm herauswagen, hat sich erfüllt, allerdings nicht ganz im Sinne ihrer ErfinderInnen. Diese wollten eine sozial engagierte Universität, das Ergebnis war aber, dass die Gesellschaft die Universität stärker für ihre Zwecke einspannte, gesellschaftliche Zwänge sich stärker an der Universität auswirkten und so der Reflexionsort, den die Universität ja auch darstellen könnte, unterging. Heute wirft der Arbeitsmarkt, bevor er von den AbsolventInnen überhaupt betreten wird, schon seine Schatten auf die Uni-

versität. So begrüßt die OECD in ihrer Studie über die Universitäten in Österreich die letzten Reformen, da sie den Geldfluss von Leistung abhängig machten. Ihr geht dieser Schritt allerdings noch nicht weit genug. Sie empfiehlt: „Further strengthen the performance-based funding system in tertiary education. Study fees should be raised, supported by a loan scheme with income-contingent repayments.“ (1) Einerseits sollen die Studiengebühren erhöht werden, andererseits sollen Stipendien an Leistung gekoppelt werden. Leistung – was auch immer genau darunter verstanden wird – wird so zum Dreh- und Angelpunkt der ganzen Angelegenheit, ist doch das Bild vom „Bummelstudenten“ nicht nur den universitären Eliten, sondern auch in der öffentlichen

Meinung verhasst.

Auch die Studierenden haben diese Zwänge schon teilweise internalisiert: StudienanfängerInnen wissen, von Karrierebeilagen der Medien und dem ganzen öffentlichen Diskurs geschult, worauf es ankommt: Leistung und schneller Studienabschluss, allerdings natürlich nicht ohne etliche Zusatzqualifikationen und ‚soft skills‘ erworben und genug ‚networking‘ betrieben zu haben. Sie wissen, dass die Konkurrenz am Arbeitsmarkt hart ist und man deshalb sehen muss, wo man bleibt. Dieser Zusammenhang wurde einmal treffend auf den Punkt gebracht: „Indem der Staat von einer Nachfrage- zu einer Angebotsagentur der Ware Arbeitskraft wird, wandeln sich die Anforderungen an die Individuen: von konformistischen KonsumentInnen und braven, untätigen ArbeiterInnen, denen ihre geleistete und vom Nachfragestaat als wertvoll gesicherte Arbeit als Beweis und Argument ihrer Zugehörigkeit zum Verteilungspakt hinreichte, zu Veredelungsakteuren ihrer eigenen Ware Arbeitskraft.“ (2)

Ob das der Wahrheitsfindung und der Wissenschaft, die die Universität ja gerne als Aufgaben ins Feld führt, dienlich ist, ist zu bezweifeln. Besonders bei den Sozialwissenschaften kann das zu Problemen führen, wie auch den schlauerer Köpfen der Studentenbewegung auffiel. So meinte Hans-Jürgen Krahl, ein Vertreter des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung schon in den 60ern auf einem teach-in, es gehe um „die Anpassung geistiger Arbeit an kapitalistische Arbeitszeitnormen und darin besteht Technokratisierung der Hochschule; das bedeutet, dass die qualitative Zeit bildungsgeschichtlicher Reflexionsprozesse immer mehr an geistige Arbeitszeitnormen angepasst wird – dass diese Anpassung es erschwert, überhaupt noch Gesellschaft als Ganzes zu durchschauen.“ (3)

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet Krahl als Schüler Theodor W. Adornos zu dieser Einsicht kam, war doch auch diesem das Problem des prekären Verhältnisses von Universität und Gesellschaft bewusst. Er sah auch, dass die Universität selbst oft kritische Gedanken verminderte. So merkte er an, dass es in gewisser Hinsicht ein Glücksfall sei, selbst nicht eine reguläre Universitätskarriere eingeschlagen zu haben, denn sonst wäre es nicht mehr der Fall, dass „[...] ich es nach wie vor riskiere, ungedeckte Gedanken zu denken, die sonst von diesem übermächtigen Kontrollmechanismus, der da Universität heißt, den meisten Menschen schon sehr früh, vor allem in der Zeit, in der [...] [sie] Assistenten sind, abgewöhnt werden.“ (4)

Genau das ist aber verstärkt eingetreten: Das

Erbringen von Leistung, das den kritischen Gedanken abwürgt, wird zum Fetisch, der von jeder konkreten Bedeutung beraubt ist. Diese Fixierung auf ein Ziel, das nicht hinterfragt wird – und so Überlegungen unmöglich macht, die auf den Grund dieser Veranstaltung zielen – bringt aus den Universitäten eine objektive Verblödung hervor.

Plagiate

Die Ahndung von Plagiaten etwa führt diese Tendenz vor Augen. In den letzten Jahren brach eine regelrechte Hysterie aus, dass immer mehr Arbeiten auf den Universitäten abgeschrieben seien. Ein paar Fälle wurden von den Medien aufgegriffen, ja sogar ein „Plagiatsjäger“ machte dort von sich reden. Anstatt allerdings schlicht die Frage zu stellen, warum den Studierenden offenbar ein schneller Studienabschluss wichtiger ist, als die zeitraubende Arbeit sich seines eigenen Verstandes zu bedienen und über diesen etwas herauszufinden, kam der Ruf nach Bestrafungen auf. Eigene Computerprogramme wurden geschrieben, um Plagiate dingfest zu machen und die Sanktionen reichen von „schwarzen Listen“ bis hin zum Entzug des akademischen Titels. Nun werden weitere Konsequenzen aus dem Anstieg an Plagiatsfällen gezogen: Auf einer Konferenz der StudienprogrammleiterInnen der Sozialwissenschaftlichen Fakultät im Februar wurde der Vorschlag einer Vertreterin der Studierenden, Prüfungen einiger Vorlesungen, die in der Studieneingangsphase, also im ersten Semester stattfinden sollen, durch schriftliche Essays zu ersetzen, sofort mit dem Hinweis auf das Plagiatsproblem durch einen der anwesenden Studienprogrammleiter abgeblockt. Offenbar sollen Studierende am besten gar keine eigenständigen Arbeiten zu Hause mehr verfassen, denn sie könnten ja irgendwo abschreiben. Eigenständiges, gar kritisches Denken wird den Studierenden somit gleich zu Beginn des Studiums abgewöhnt (sofern die Schule diese Aufgabe nicht ohnehin schon erledigt hat).

Anmeldesysteme

Ein beträchtlicher Anteil des Budgets, das für die Universitäten zur Verfügung steht, wird aufgrund von leistungsbezogenen Indikatoren an die Universitäten verteilt. Einige dieser Indikatoren, die in der sogenannten Formelbudget-Verordnung von März 2006 festgelegt wurden, beziehen sich auf die Anzahl der Studierenden, die innerhalb der Mindeststudiendauer zuzüglich Toleranzsemester studieren bzw. ihr Studium abschließen.(5)

Eine Auswirkung davon an der Universität Wien ist das Vorhaben des Rektorats ein universitätsweites Anmeldesystem zu implementieren, das Studierende aufgrund ihrer Studiendauer und aufgrund ihrer Noten bevorzugen oder benachteiligen kann. Dieses Anmeldesystem ist eine adaptierte Version des Punkte-Systems, das die wirtschaftswissenschaftlichen Studien derzeit verwenden. Jede(r) StudentIn hat dabei ein gewisses Punktekontingent zur Verfügung, das auf die gewünschten Lehrveranstaltungen aufgeteilt werden kann. Wer auf eine Lehrveranstaltung die meisten Punkte gesetzt hat bekommt dann den Lehrveranstaltungs-Platz. Eine Bevorzugung von schnell Studierenden mit guten Noten erfolgt dann, indem deren Punktekontingent aufgestockt wird.

Studienpläne

Auch bei der Arbeit der Studienplan-Entwicklung wird man mit den Auswüchsen der Reformbemühungen konfrontiert. Denn die Drop-out Quote, also die Anzahl der Studierenden, die das Studium abbrechen, ist ebenfalls ein wichtiger Indikator für die Universität. Dabei zählen aber nur Studierende zum Drop-out, die nach dem zweiten Studiensemester aufhören. Eine Folge davon ist, dass das Rektorat der Universität Wien bildungspolitische Maßnahmen ergreift, um die Studienabbrüche auf das erste Semester zu ‚verlagern‘ – es soll also am Studienanfang ordentlich aussortiert werden. So werden Knock-out Prüfungen zu Studienbeginn eingeführt und manchen Studienrichtungen werden Quoten vorgegeben, wie viele Studierende nach den ersten Semestern übrig bleiben sollen. Auch auf die Studienplangestaltung wirken sich diese Maßnahmen aus. Etwa weist das Rektorat die Curricular-Arbeitsgruppen, die die Studienpläne erstellen, darauf hin, dass prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen nicht in den ersten Semestern angeboten werden sollen, da diese hier zu kostenintensiv seien. Prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen sollen erst dann angeboten werden, wenn nur noch die Studierenden übrig sind, die die ersten beiden Semester überstanden haben.

Zur Ehrenrettung des Elfenbeinturms

Der Elfenbeinturm und damit ein möglicher Ort der Reflexion wurde also gründlich abgeschafft. Studierende sollen neben der Erwerbstätigkeit zur Finanzierung der Lebenserhaltungskosten und neben der Sozialarbeit, die sie für die Studiengebühren ableisten, in Mindeststudienzeit mit ausgezeichneten Noten

das Studium abschließen, ohne abzuschreiben versteht sich und bitte ohne Kritik zu üben an den Verhältnissen, in denen Leistungsindikatoren jeden kritischen Gedanken unterbinden. In dieser Situation möchte man fast zu einer Ehrenrettung des Elfenbeinturms schreiten: Die Universität als Ort der Reflexion über die gesellschaftlichen und ökonomischen Zwänge, denen sie momentan unterworfen wird, von dem aus aber auch interveniert wird – darum sollte es gehen.

Die Basisgruppe Politikwissenschaft

Zuständig für die Arbeit der Studienvertretung an der Studienrichtung Politikwissenschaft

Fußnoten:

- (1) <http://images.derstandard.at/20070213/OECDgoingforgrowth.pdf>, 14.2.2006
- (2) Pirker, Peter: Un-heimliche Verwandtschaft. Zum Naheverhältnis von Zivil- und Bürgergesellschaft, in: Streifzüge 3/2000
- (3) Krahl, Hans-Jürgen: Konstitution und Klassenkampf. Schriften und Reden 1966-1970, Frankfurt a. M. 1985, S. 319
- (4) Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a. M. 1971, S. 135
- (5) Formelbudget-Verordnung, <http://www.ris.bka.gv.at/bundesrecht/>, 20.2.2006

ECPR – Möglichkeiten für JungwissenschaftlerInnen

von Julia Mourão Permoser

Das European Consortium for Political Research (ECPR) ist ein Verband akademischer Institutionen, der 1970 mit dem Ziel gegründet wurde, die Forschung, Weiterbildung und internationale Zusammenarbeit von PolitikwissenschaftlerInnen in ganz Europa zu unterstützen. Heute sind circa 325 Institutionen aus 40 Ländern Mitglieder des ECPR und ihre Aktivitäten reichen weit über Europa hinaus.

Außer der traditionellen ECPR General Conference und verschiedenen Publikationen, organisiert das ECPR auch mehrere Summer Schools und Spring Schools für Master- und DoktoratsstudentInnen ihrer Mitgliedsinstitutionen. StudentInnen der Mitgliedsinstitutionen des ECPR haben die Möglichkeit, sich um die Teilnahme an diesen hochwertigen Ausbildungen, sowie um finanzielle Unterstützung hierfür zu bewerben.

Zum Beispiel unterstützt das ECPR jedes Jahr die Essex Summer School in Social Science Data Analysis and Collection, eine der renommiertesten Summer Schools in Europa. Die Stärke der Essex Summer School liegt bei den quantitativen Methoden und das Angebot in diesem Bereich streckt sich von einführenden Kursen wie „Data Analysis for Beginners using SPSS for Windows“ bis hin zu fortgeschrittenen Kursen wie „Pooled Time Series Cross-Section Analysis: Macro Panel Data in the Social Sciences“. Nichtsdestotrotz bietet die Summer School auch einige Kurse in qualitativen Methoden wie etwa Grounded Theory und teilnehmender Beobachtung an. Daneben bietet die Essex Summer School ein ganzes Programm in Diskurstheorie, das von den Schülern des bekannten politischen Philosophen Ernesto Laclau geleitet wird und unter anderem Kurse über Diskurs und Psychoanalyse, Diskurs und Dekonstruktion, sowie Diskurs und Narrativität beinhaltet.

In Österreich sind 7 Institutionen Mitglieder des ECPR: Das Institut für Europäische Integrationsforschung (EIF) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, das Österreichische Institut für Internationale Politik (OIIP), die Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Innsbruck, die Abteilung Politikwissenschaft des Instituts für Höhere Studien (IHS), das Institut für Poli-

tikwissenschaft der Universität Salzburg, das Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und das Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien.

StudentInnen dieser Institutionen dürfen an den Aktivitäten des ECPR teilnehmen und können sich um finanzielle Unterstützung für ihre Teilnahme bewerben. Das ECPR bietet zwei allgemeine Formen der finanziellen Unterstützung: Reisekostenzuschüsse aus dem Mobility Fund und Zuschüsse aus dem Scholarship Fund. Die Reisekostenzuschüsse betragen zwischen €300 für die ECPR Standing Groups Summer Schools und €500 für die ECPR Summer School in Methods and Techniques in Ljubljana oder die Essex Summer School. Jedes Jahr darf nur eineN StudentIn pro Mitgliedsinstitution von dieser Quelle profitieren. Die Zuschüsse aus dem Scholarship Fund betragen für die Oxford und Cologne Spring Schools circa ein Drittel der Studiengebühren. Für die Essex Summer School beträgt der Zuschuss aus dem Scholarship Fund circa €200. Jedes Jahr können drei StudentInnen pro Mitgliedsinstitution von dieser Quelle profitieren.

Für die Essex Summer School besteht noch eine weitere Möglichkeit der Finanzierung, nämlich der Reduced Fee Place. Die reduzierten Studiengebühren kosten pro Kurs £450 statt der normalen £680, das bedeutet eine Vergünstigung von circa 34%. Für die Summer School 2007 ist die Frist für Bewerbungen um einen Reduced Fee Place der 1. April. Das Antragsformular kann online abgerufen werden, unter der Adresse: <http://www.essex.ac.uk/methods/application/ecprapplication07.htm>

Alle Bewerbungen um finanzielle Unterstützung durch das ECPR müssen von offiziellen VertreterInnen der Mitgliedsinstitution an das ECPR weitergeleitet werden. Für das Institut für Politikwissenschaft und das Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien ist Univ. Prof. Peter Gerlich (peter.gerlich@univie.ac.at) der institutionelle Vertreter. Für mehrere Informationen über die Bewerbungsprozeduren sind folgende Personen Ihre AnsprechpartnerInnen: Univ. Prof. Dr. Peter Gerlich (peter.gerlich@univie.ac.at), Univ. Ass. Mag.

Roman Pfefferle (roman.pfefferle@univie.ac.at) und Univ. Ass. Mag. Julia Mourao Permoser (julia.mourao.permoser@univie.ac.at).

Julia Mourão Permoser, Universitäts-Assistentin in Ausbildung am ipw und Redaktionsmitglied

Um mehr Informationen über die ECPR Summer Schools selbst zu bekommen, besuchen Sie die ECPR-Website: <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/summerschools/index.aspx>

Chile, All Ways Surprising

von Tanja Trost und Maximilian Eichinger

Den Tod des viejo gusano Pinochet haben wir verpasst. Aber auch so verfolgte uns seine Präsenz während der gesamten zweiwöchigen Exkursion nach Santiago de Chile und Valparaíso im vergangenen Wintersemester 2006. Schließlich ist das Land seit Beginn der Demokratisierung 1990 in zwei große Lager gespalten: Auf der einen Seite befindet sich die Regierungskoalition (Concertación por la Democracia), die aus den gemeinsamen Anstrengungen gegen die Militärdiktatur geboren wurde, auf der anderen Seite die Opposition „Alianza por Chile“.

Während unserer Studienreise mit Dr. Stimmer besuchten wir (PoWi-Studierende und eine Studentin der Vergleichenden Literaturwissenschaft) die beiden großen Universitäten (Universidad de Chile, Universidad Católica), politische Parteien, die österreichische Botschaft, die Delegation der EU-Kommission und andere wichtige Akteure des chilenischen Lebens. Ob wir die gleichen Antworten auf unsere Fragen jetzt erhalten würden ist fraglich, da Augusto Pinochet eine Woche nach Beendigung der Exkursion gestorben ist.

Staatlichkeit und Privatisierung

Der Grundton bei allen Parteien war, dass Chiles Kurs weiterhin beibehalten werden solle, um weiteres Wirtschaftswachstum zu garantieren. Man müsse sich jedoch verstärkt um die Integration sozial schwacher Gruppen in dieses System bemühen, wobei Freihandel und Marktliberalismus aber grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden dürften. Einzig kleine Parteien, wie die nicht im Parlament vertretene „Partido Humanista“, setzen sich für einen Mittelweg zwischen Regulation und Freihandel ein. Überraschend für uns war die kritische Haltung von europäischer Seite, da der Botschafter der EU-Kommission, der österreichische Botschafter und der Handelsdelegierte der Meinung waren, dass Chile ein funktionie-

rendes Sozialsystem aufbauen müsse, um ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft in arm und reich zu unterbinden. Insofern ist es wichtig, die Positionen der ungewöhnlichen Regierungskoalition Chiles aus ChristdemokratInnen, SozialdemokratInnen und SozialistInnen nicht mit den Positionen linker Parteien in Europa und Lateinamerika in einen Topf zu werfen. Die Regierung baut in bilateralen Beziehungen auf Außenhandelsabkommen und öffnet Chile für den internationalen Markt – ein Trend, der bereits unter Pinochet eingeleitet wurde. Möglich wurde diese Politik durch die Zerschlagung der Interessensvertretungen, sowohl der ArbeitnehmerInnen als auch der Klein- und Mittelbetriebe. Da zudem keine nationale Industrie geschützt werden muss, kann sich das Land durch praktisch nicht vorhandene Außenzölle im besten ricardianischen Sinn als Primärgüterlieferant am Weltmarkt behaupten. Ein Gutteil des Staatshaushaltes beruht allerdings noch immer auf den Einnahmen aus dem staatlichen Kupferunternehmen Codelco. Dieses wurde im Gegensatz zu anderen Staatsbetrieben als auch zur herrschenden Ideologie weder in der Pinochet-Ära noch danach privatisiert. Da Kupfer auch in naher Zukunft als unersetzlicher Bestandteil des Industrialisierungsprozesses Asiens benötigt werden wird, ist die Gefahr eines Exportrückgangs vorerst nicht absehbar. Auch das binominale Wahlsystem erschwert eine höhere Staatsquote, da kleine und oftmals alternativ denkende Parteien nicht im Kongress vertreten sind und die Stimme von vielen WählerInnen nicht erhört wird. Die starke Präsidentin Michelle Bachelet muss sich ihre hauchdünne Mehrheit zudem ständig sichern, da Kritik nicht nur von Außen, sondern auch innerhalb der Koalition reichlich vorhanden ist.

SERNAM

Eine Sonderrolle im Politischen System nimmt

das Servicio Nacional de la Mujer ein. Die Ministerien müssen mit dem „Frauenministerium“ Quotenpläne zur Frauenförderung erstellen. Bei Nichteinhaltung drohen den betroffenen Abteilungen Budget- und Lohnkürzungen. Frauen werden in Chile nach wie vor in allen Bereichen diskriminiert – eine Tatsache, der SERNAM auch durch Veröffentlichung nach Geschlecht getrennter Statistiken entgegenzuwirken versucht, damit die Ziele der Chancengleichheit und Gleichstellung erreicht werden können.

Sonnen- und Schattenseiten

Die wenigen freien Minuten verbrachten wir beim Pisco Sour-Studium im Barrio Brasil oder Bellavista, bzw. beim gemeinsamen Kochen in der „Casa Aventura“, einer Jugendherberge in Valparaíso. Wir besuchten Pablo Nerudas verschiedene zu Museen umgewandelte Häuser, beneideten die privilegierten StudentIn-

nen am riesigen grünen Campus der Universidad Católica, quetschten uns in die Metros und „Micros“ Santiagos und erfreuten uns am schönen Wetter. Einzigartig – die Atmosphäre in Valparaíso, der „Perle des Pazifiks“. Und einen Tag am Strand konnten wir auch genießen, um uns Ozonloch-bedingte Sonnenbrände als Souvenir abzuholen. Der Sonnenschein wurde auf dieser Exkursion leider durch organisatorische Defizite, sowie durch fehlenden Kontakt mit ChilenInnen, getrübt. Enttäuschend war zudem, dass wir zwar als offizielle Delegation der Universität Wien fungierten, doch die anfangs in Aussicht gestellte – und dann ausgebliebene – finanzielle Unterstützung ein tiefes Loch in unserem Budget hinterließ.

Maximilian Eichinger und Tanja Trost
Studierende am ipw



Anspruch und Wirklichkeit

von Matthias Falter

Elisabeth Kübler hat in ihrer mit dem Herbert-Steiner-Preis 2004 ausgezeichneten und nun auch in Buchform erschienenen Diplomarbeit eine vergleichende Untersuchung der Antisemitismus bekämpfenden Maßnahmen von OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und EUMC (Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit) und der von der EU 1997 eingerichteten EUMC (Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit) durchgeführt. Während die OSZE 2003 und 2004 einschlägige Konferenzen organisierte, geriet die vorher wenig bekannte EUMC vor allem wegen der offensichtlich politisch motivierten Nichtveröffentlichung einer Studie über Antisemitismus in Europa in den Blickpunkt. Aufgabe und Anspruch der Arbeit von Elisabeth Kübler ist die „kritische Analyse der gesamteuropäischen Bekämpfungsstrategien“ des Antisemitismus (S.11).

„Eine effektive Antisemitismusbekämpfungsarbeit bedarf einer tiefen theoretischen und begrifflichen Absicherung“ (S. 168). Genau jene Begriffsarbeit leistet Elisabeth Kübler in den ersten beiden Kapiteln. So ist etwa, wie Elisabeth Kübler bemerkt, der Begriff des „neuen Antisemitismus“ schon problematisch, da er Kontinuität verschleiert, sich Struktur und Motive antisemitischer Stereotype jedoch nicht grundlegend geändert haben, andererseits unterliege auch der Antisemitismus in seinen Erscheinungsformen Transformationen, denen Rechnung getragen werden müsse.

Auf diese theoretischen und begrifflichen Grundlagen aufbauend, analysiert und kritisiert die Autorin die Antisemitismusbekämpfungsmaßnahmen von OSZE und EUMC. So konstatiert Kübler jene paradoxe Situation, dass „zwar auf der theoretischen und ontologischen Ebene im Vorfeld zu den Konferenzen beziehungsweise Studien noch relativ wenig Differenzierungen vorgenommen wurden, die Resultate aber doch einen breiten Konsens zeigen, dass Antisemitismus nicht mit Rassismus und Xenophobie gleichgesetzt werden kann“ (S.168), Das begriffliche Defizit – bei der OSZE noch stärker vorhanden als bei der EUMC – werde sowohl bei der (Nicht-)Definition von Antisemitismus als auch beim Ausarbeiten von Gegenstrategien deutlich.

Auch in puncto Selbstreflexion verortet Elisabeth Kübler ein großes Defizit: „eine kritische

Reflexion zum europäischen Integrationsprozess [ist] an sich bei den untersuchten Texten der OSZE und der EUMC an keiner Stelle zu finden (...). Die Antisemitismusbekämpfungsmaßnahmen werden von einem Status quo des sich immer stärker vereinigenden Europas entwickelt“ (S.170).

Die Conclusio der Autorin wird durch die aktuellen Entwicklungen bestätigt: Angesichts der Appeasement-Politik Europas gegenüber dem Islamismus, sei es nun in seiner etatistischen Ausprägung im Iran, in seiner semi-staatlichen Form in den Gebieten der Palästinensischen Autonomiebehörde oder als Terror-NGO im Fall der Hisbollah, wird jeglicher Anspruch auf ernsthafte Antisemitismusbekämpfung ad absurdum geführt.

Elisabeth Kübler: Antisemitismusbekämpfung als gesamteuropäische Herausforderung. Eine vergleichende Analyse der Maßnahmen der OSZE und der EUMC, [Unipress Hochschulschriften Bd. 148], Wien, 2005, LIT-Verlag.

Matthias Falter

Diplomand und Studienrichtungsvertreter am ipw

Europa – verflucht begehrt.

Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien

von Stefan Marx

Edgar Hösch schreibt im Vorwort seiner „Geschichte der Balkanländer“: „Die Völker des ‚Balkans‘ sind seit dem Wendejahr 1989, das in Ost- und Südosteuropa das Ende der kommunistischen Parteiherrschaft einleitete, aus ihrer peripheren Lage am Südostrand des europäischen Kontinents in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.“ (1)

Er beschreibt damit sehr anschaulich die Notwendigkeit der eingehenden Beschäftigung mit den Ländern des Balkans. Der vorliegende Band unternimmt den Versuch dieser Notwendigkeit zu entsprechen.

Europa – so die Arbeitshypothese der Verfasser – habe sich in den behandelten Ländern während der letzten 15 Jahre zu einem der wichtigsten Begriffe entwickelt und stellt eine zentrale Zukunftsperspektive für die Menschen in diesen Ländern dar. Begriffe wie Demokratie und Wohlstand stehen im Zentrum der Erwartungen und die Modernisierung der sich bis vor kurzem bekriegenden Gesellschaften wird als Voraussetzung für den Frieden in dieser Region angesehen.

Die drei großen Themen des Bandes sind die Länder Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, deren Entwicklungen und deren „Europaphantasien“ zunächst einzeln vorgestellt und analysiert und danach zusammenfassend verglichen werden. Faszinierend und zugleich eine große Stärke an den einzelnen Beiträgen ist die Fülle der verwendeten Quellen in denen sowohl Wissenschaftler als auch Journalisten und Literaten, Politiker und Wirtschaftstreibende der jeweiligen Länder zu Wort kommen.

Darüber hinaus wird in zwei Kapiteln auf die Begriffe Staatlichkeit, Geschlecht und Vergeschlechtlichung von Europavorstellungen genauer eingegangen.

Vedran Dzihic geht in seinem Beitrag auf Bosnien-Herzegowina ein und spannt den Bogen über die Staatlichkeit und ihre Tücken („Koordination einer permanenten Krise“, S.14) über den Bosnien-Krieg (1992-1995) und die „historische Schuld“ Europas bis zum Begriff von Europa als bosnischem Mythos. Brisantes an der Situation des Europabegriffes für Bosnien-Herzegowina wird ersichtlich aus der Analyse des Verhältnisses zwischen dem Land am

Balkan und der supranationalen Union, denn: „Egal auf welcher Ebene die Betrachtung des Verhältnisses zu Europa einsetzt, wird es deutlich, dass Europa als essentialisierter „Kampfbegriff“ in den Prozessen der Selbst- und Fremdidifikation und der politischen Kämpfe rund um die Staatlichkeit verwendet wird.“ (S.93).

Hrvoje Paic behandelt in seinem Beitrag die Situation Kroatiens und beginnt mit einer Kontextualisierung der Europa- und Balkanvorstellungen anhand der Schlagworte Geschichtsrevisionismus, ethnische Identifizierungsprozesse und Nationalismus. Wobei er sich auch mit der Problematisierung des Patriarchats beschäftigt und nationalistische patriarchale Kulte rund um Franjo Tudjman („pater familias Croaticum“, S.108) ausmacht.

Die Beschreibung der Instrumentalisierung der Begriffe Europa und Balkan als Repressionsinstrumente, aber auch ihre Bedeutung als Determinanten der Auslöschung der „jugoslawisch-sozialistischen Historiografie“ (S.153), sowie Produktion von Kriegsgründen, Selbstisolationismus und die Legitimierung und Delegitimierung der (Neo-)Liberalisierung zielen auf die Feststellung ab, dass diese Begriffe nicht von der politischen Elite gesteuert sind, sondern vielmehr als Subideologie funktionieren, „die aus der Geschichte, von den Individuen und dem Kollektiv“ (S. 156) erzeugt worden sind. Und wiederum als Elemente von umfassenderen Ideologien dienen.

Silvia Nadjivan nimmt sich zunächst dem Thema der Kontinuitäten innerhalb der serbischen Eliten und des Phänomens Milosevic an und baut darauf ihre Analyse der Modernisierungskonflikte im Kontext mit dem EU-Integrationsprozess auf.

Sie attestiert ein dialektisches System von Europavorstellungen in der serbischen Gesellschaft und stellt die Begriffspaare zivilisiert/wild, reich/arm, unmoralisch/moralisch in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Für sie stellt die Situation der Begriffsschemata innerhalb des Europadiskurses eines der wichtigsten Probleme der demokratischen Modernisierung des Landes dar. Wobei der orthodoxen Kirche mit ihrem Anspruch der moralischen Überlegenheit die Rolle einer Bremse zukommt, vor allem in Sachen Menschen-, Frauen- und Min-

derheitenrechte.

Saskia Stachowitsch beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit dem Begriffspaar Geschlecht und Europa und thematisiert die strukturellen Veränderungen der Wahrnehmung der Frau durch den Systemwandel sowie die vergeschlechtlichte nationalistische Mobilisierung im Zuge der Balkan-Kriege. Hier wird insbesondere die starke Sexualisierung der Konflikte betont, die mit einem hohen Ausmaß an sexueller Gewalt gegen, Feminisierung von und Drängen in eine Opferrolle sowohl des gegnerischen Lagers, als auch der eigenen Kriegsverweigerer einherging. Die Vergeschlechtlichung von Europavorstellungen in den drei beobachteten Ländern nimmt den Rest des Kapitels in Anspruch, wobei hier wiederum die einzelnen Länder analysiert werden und Europa als moralische Instanz (S.239), bis hin zum „entmännlichenden“ (S.260) Europa, dargestellt wird.

Durch den sehr persönlichen Zugang der Verfasser zu den betrachteten Ländern entwickelt sich über die Kapitel – neben der wissenschaftlichen Relevanz – eine Authentizität, die aus den vielen verschiedenen Quellen und Aussagen stammt, die jede der aufgestellten Thesen untermauern können. Die Aktualität und die Brisanz des Themas, die

sich auch aus den vielen Stimmen, die sich dazu über die Jahre zu Wort gemeldet haben, ableiten lässt, zeigt die Wichtigkeit der Beschäftigung damit. Und der Zeitpunkt könnte kaum besser gewählt sein, um sich mit einer solchen Palette von Europabildern, ihren Zwecken und Zielen, sowie den durch sie bemühten Klischees auseinander zu setzen, zumal in Form eines diese Bilder in jeder Weise übersichtlich und unterhaltsam darstellenden Bandes.

Dzihic, Vedran, Nadjivan, Silvia, Paic, Hrvoje, Stachowitsch, Saskia: Europa - verflucht begehrt. Europa-Vorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien, 2006, Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung.

Stefan Marx

Student am ipw und Redaktionsmitglied

Fußnote:

(1): Hösch, Edgar: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München (1988) 2004.

Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart

von Maximilian Wollner

Das vorliegende Handbuch zur Geschichte politischer Ordnungen ist ein von Alexander Gallus und Eckhard Jesse herausgegebener Sammelband und umfasst in zehn wissenschaftlichen Beiträgen die verschiedenen Ausformungen politischer Systeme von der Antike bis zur Gegenwart. Die Herausgeber sind im Fach Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz tätig und versammeln in ihrem Werk AutorInnen aus Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft. Es ist 2004 zum ersten Mal erschienen und erscheint dieser Tage in einer zweiten, aktualisierten und ergänzten Auflage, die zum Rezensionszeitpunkt leider

nicht vorgelegen ist, im Verlag Böhlau bei UTB als Taschenbuch um knapp dreißig Euro. Das Buch trägt als Motto den Ausspruch Winston Churchills von der Demokratie als schlechtesten Staatsform (mit Ausnahme aller anderen von Zeit zu Zeit ausprobierten) und beginnt mit einem Überblick über die wissenschaftliche Typologisierung von Staatsformen in Geschichte und Gegenwart des Mitherausgebers Alexander Gallus. So erwähnt er die Einteilung der Staatsformen nach Aristoteles, eines der frühesten Zeugnisse der wissenschaftlichen Beschäftigung mit politischen Systemen, erwähnt die im Mittelalter vorherr-

schende Konkurrenz zwischen geistlicher und weltlicher Macht als wenig ertragreich für die Systemlehre und zitiert weiters die Einteilung der Staatsformen nach Montesquieu und nach Kant. Über die Ideen Georg Jellineks und Hans Kelsens kommt er schließlich zur modernen Typologie, welche je nach Untersuchungsgegenstand vornehmlich zwischen Monokratien und Demokratien, zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien und zwischen totalitären und autoritären Diktaturen unterscheidet. So kommt er zu dem Schluss, dass trotz all dieser Tradition die eine wahre und gerechte Staatsform noch nicht gefunden sei und der Staat als solche heute sogar bedroht werde durch zahlreiche supranationale Tendenzen.

Der Historiker Alexander Demandt weist in seinem Beitrag darauf hin, dass es im Lateinischen und Griechischen kein dem deutschen Begriff »Staat« entsprechendes Wort gegeben habe, dass es dennoch aber den modernen Staatsformen entsprechende Staaten gegeben habe, die sich über Gebiet, Volk und Gewalt definierten. Eine starke Verbindung zwischen Religion und Politik sei für diese Epoche ebenso charakteristisch, wie für die Staaten des Mittelalters mit deren Anlehnung an die Civitas Dei-Lehre des Augustinus und an die spätere Zweigewaltenlehre, wie der Historiker Gerhard Dohrn van Rossum feststellt. Die Historikerin Luise Schorn-Schütte stellt in ihrem Beitrag fest, dass die vielen unterschiedlichen Staatsformen der frühen Neuzeit bei aller Verschiedenheit doch zumindest eines, nämlich die zunehmende Institutionalisierung der Herrschaftsverteilung, bedingten. Diese wurde im Zeitalter der Revolutionen bereits in Verfassungen ausgehandelt und festgeschrieben. Mit dem Aufkommen von Verfassungen kam es aber auch zu den noch heute häufig gebrauchten Begriffen von Verfassung einerseits, und Verfassungswirklichkeit andererseits. So rückt der Historiker Hans Fenske auch besonders die Staatenentwicklung etwa Amerikas und Frankreichs im Zeitalter der Revolutionen ins Licht. Die erste große Phase der Demokratisierung vor allem der europäischen Staaten untersucht der Politologe Uwe Backes in seinem Beitrag. Seine Kollegen, Steffen Kailitz und Armin Pfahl-Traughber, untersuchen schließlich in je einem Beitrag die Staatsformen des zwanzigsten Jahrhunderts: einerseits, Aufstieg und Fall der vielen Diktaturen mit ihren ideologischen Legitimationen und andererseits, die weiterhin wachsende Zahl der Demokratien, wobei hier näher auf die Unterschiede verschiedener Demokratien und die Einordnung in funktionierende und defekte Demokratien eingegangen wird. Unter diesem

Stichwort stellt auch der Politologe und Mit-Herausgeber Eckhard Jesse, einen Vergleich bestehender politischer System im Hinblick auf ihre Dauer und demokratische Qualität an. Das Motto wieder aufgreifend und den Band abrundend lehnt der Politologe Roland Sturm die gegenwärtig herrschende Stimmung, die angesichts von Europäisierung und Globalisierung einen Untergang der Staaten vorhersagt, ab und zeigt dagegen auf, dass unter anderem rechtsstaatliche Kriterien weiter fortbestehen würden und dass auch die bisherigen Vorstellungen von Staatsformen im einundzwanzigsten Jahrhundert, wie etwa der postmoderne Staat, die Informationsgesellschaft und der europäisierte Staat, sowohl Vor- als Nachteile, Kritiker und Befürworter hätten.

Der Sammelband enthält insgesamt sehr informative Beiträge, welche besonders bei der Recherche und dem Verschaffen eines Überblicks hilfreich sein können. Da die Herausgeber versucht haben, hier ein Handbuch zu verfassen, weisen die einzelnen Artikel zum größten Teil die gleiche Struktur auf, was für ein schnelles Nachschlagen ebenso hilfreich ist, wie die in vielen Beiträgen enthaltenen Forschungsstände und Begriffsdefinitionen. Hilfreich sind auch die vielen, vor allem in den von PolitikwissenschaftlerInnen geschriebenen Beiträgen enthaltenen Tabellen und Übersichten. Die Verwendungsmöglichkeit als Handbuch wird hingegen durch die dafür zu langen Beiträge sowie ein fehlendes Glossar und Sachregister eingeschränkt.

Gallus, Alexander/ Jesse, Eckhard (Hg.), Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart. Ein Handbuch, Köln/Weimar/Wien, Böhlau Verlag, 2004

Maximilian Wollner

Student am ipw und Redaktionsmitglied

Die arabischen Staaten. Geschichte, Politik, Religion, Gesellschaft und Wirtschaft

von Maximilian Wollner

Der vorliegende Band wurde von dem Wiener Publizisten und ehemaligen Chefredakteur zahlreicher Zeitschriften, darunter der ÖH-Express, Walter M. Weiss herausgegeben und versammelt Beiträge zu den politischen Systemen aller zweiundzwanzig Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga. Die AutorInnen sind alle in der Politikwissenschaft oder Islamwissenschaft tätig oder sind langjährige KorrespondentInnen in den jeweiligen Ländern, der Herausgeber studierte Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaft in Wien. Das Buch schließt eine noch offene Lücke, gab es doch ein solches Handbuch bislang nicht. Es ist erst kürzlich im Palmyra-Verlag erschienen und gebunden um rund fünfundzwanzig Euro erhältlich. Die Beiträge zu den einzeln behandelten Ländern sind im Schnitt rund fünfzehn bis fünfundzwanzig Seiten lang und alle gleich aufgebaut. So enthalten alle Beiträge zu Beginn einen knappen Überblick über die wichtigsten statistischen Daten und einen Abriss der jüngeren Geschichte über einige Seiten. Danach folgen ein manches Mal sehr kurz geratener Einblick in das politische System, Beschreibungen der wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Merkmale und ein Resümee und Ausblick auf mögliche Konflikte oder wichtige Ereignisse der näheren Zukunft. Neben den Beiträgen finden sich im Anhang zu jedem Land eine kurze Überblicksbibliographie sowie ein sehr praktischer Webguide mit den Internetadressen der Regierungen und ausgewählter Gesellschaften und Medien und einfache wie praktische schwarz-weiß gedruckte Länderkarten. Letztere sind vor allem insofern praktisch, als sie leicht zum Beispiel in Seminararbeiten verwendbar sind. Auf einen wissenschaftlichen Apparat wurde nach Angaben des Herausgebers bewusst verzichtet.

Auf den ersten Blick fällt auf, dass etwa die Beiträge zu Ägypten und vor allem zu den palästinensischen Gebieten länger geraten sind. Der Beitrag zu Ägypten wurde von Amr Hamzawy, zur Zeit beim Carnegie Endowment for International Peace in Washington tätig, und dem bekannten Ägypten-Experten Friedemann Büttner verfasst und enthält nicht zu knappe Informationen über Ägyptens Weg in die Unabhängigkeit, wobei sowohl die Zeit vor Nasser als auch die Zeit danach beschrieben werden. Der Abschnitt zum politischen System enthält einen Einblick in die Verfassung und die Entwicklung sowohl der Parteien als auch der zivilgesellschaftlichen Akteure. Auf die wirtschaftliche Lage und Entwicklung wird nur am Rande eingegangen. Der mit knapp vierzig Seiten bei weitem längste Eintrag behandelt

die palästinensischen Gebiete und wurde von Susanne Knaul, tätig als freie Nahostkorrespondentin unter anderem für taz und Die Presse und Margret Johannsen, tätig am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, verfasst. In dem vergleichsweise langen Teil zur Geschichte wird rund dreitausend Jahre ausgeholt und der Nahe Osten unter Bezugnahme auf unter anderem antike und biblische Quellen als eine schon immer konfliktreiche Region beschrieben. So wird auch deutlich, wie die Mischung aus Ethnien und Religionen zu der heute für den Konflikt so grundlegenden Bildung von Mythen und Legenden geführt hat. Der Geschichtsabriss reicht schließlich bis zum Sommer vergangenen Jahres. Die Beschreibung des politischen Systems gibt einen Überblick über die Geschichte der PLO und die jüngeren Konflikte zwischen Fatah und Hamas und leitet in die Beschreibung der desolaten Sozialstruktur und Wirtschaftslage Palästinas über. Im Resümee wird schließlich gefolgert, dass nur eine Lösung in beiderseitigem Einverständnis und durch Kompromisse beider Seiten zustande kommen kann.

Der Sammelband enthält insgesamt viele kurze Beiträge, die zwar für eine intensive Beschäftigung mit dem Thema unzureichend sein mögen, einem Überblick und Einstieg sowie groben Vergleich aber durchaus dienlich sind. Ein Werk ähnlich den von Wolfgang Ismayr herausgegebenen Handbüchern darf man nicht erwarten, schließlich sind letztere auch in größerem Format gedruckt und mehr als doppelt so lang. Die wissenschaftliche Verwendbarkeit wird durch fehlende Ergänzungen in Fuss- oder Endnoten und die etwas zu knappen Literaturhinweise, welche sich auch noch wie viele andere nützliche Informationen erst im Anhang finden lassen eingeschränkt. Schade ist auch, dass es kein Sachregister gibt und auf eine wissenschaftliche Transliteration zumindest der wichtigsten Namen oder als Tabelle im Anhang gänzlich verzichtet wurde. Dennoch liegt mit diesem Band ein bislang einzigartiges Werk zur Beschreibung der politischen Systeme in deutscher Sprache hervor und kann sicherlich in vielen Fällen als Handbuch sehr dienlich sein.

Weiss, Walter: Die Arabischen Staaten. Geschichte, Politik, Religion, Gesellschaft, Wirtschaft. Palmyra, Heidelberg, 2007

Maximilian Wollner

Student am ipw und Redaktionsmitglied